links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 254/255 Juli/August 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

ALGERIEN

Maxime Rodinson

Die moslemische Welt und die Politik

SÜDKOREA

Rainer Werning

„Tiger" auf abschüssiger Bahn

BRDDR

Wolf-Dieter Narr

Zum Verfassungsentwurf

Uwe Kremer / Susi Möbbeck

Die SPD auf der Couch

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Schlacht um Berlin ist geschlagen. Die Ostverschiebung der politischen Landschaft hat gewiß nicht nur geographische Bedeutung. Daß im übrigen das ,,Volk'' nicht gefragt wurde, kommt nicht von ungefähr. Es neigt nämlich neuerdings dazu, die Antwort zu verweigern. Bei den Hamburger Wahlen waren die Nichtwähler erstmals stärkste ,,Partei''. Da ist es für die Volksvertreter in der Tat einfacher, gleich der Bild-Zeitung zu folgen, die immer weiß, was das Volk will. Wenn's um nationale Identitätsfindung geht, ist übrigens auch der Symbolwert von Fußballmeisterschaften nicht zu unterschätzen, wie der allgemeine Triumpf der ,,bodenständigen'' Kaiserlauterer Elf über die Bayern vermuten läßt.

Jenseits der symbolischen Aktionen gestaltet sich deutsche ,,Identität'' praktisch. M. Beyer zeigt, daß vor allem die Frauen als Verliererinnen des Zusammenschlusses dastehen werden. Dazu dokumentieren wir die Resolution des Berliner ,,Runden Tischs'' zum § 218. Während die reale Verfassung dieses Landes sich in nicht eben beruhigender Weise verändert, dümpeln die Debatten um Revision oder Neufassung der geschriebenen eher am Rande dahin. Das hat wohl damit zu tun, daß dieser Zug inzwischen abgefahren scheint. Mit den problematischen Facetten, Blindflecken und Perspektiven dieses Konstitutionsprozesses und der Diskussion darum beschäftigen sich der Kommentar und die Beiträge von W.D. Narr und E. Weick.

Ursachen und Folgen des Golfkriegs, genauer die ,,Weltordnung'', die er ausgedrückt und bestätigt hat, werden uns noch länger beschäftigen müssen. A. Wollin setzt sich mit der Politik der israelischen Regierung auseinander, während U. Merk und S. Schmidt die katastrophale Lage im vom türkischen Militär kontrollierten Teil Kurdistans schildern, die ansonsten kaum noch einer Schlagzeile wert zu sein scheint. Breiteren Raum widmen wir in dieser Nummer der politischen Situation in Nordafrika. M. Rodinson insbesondere versucht, die politische Bedeutung des hierzulande gerne zur fundamentalistischen Bedrohung stilisierten Islam genauer einzuschätzen.

Die Wogen, die der ,,Krieg in den Köpfen'' hierzulande verursacht hat, haben sich noch keinesfalls geglättet. Mit diesem und dem Verhältnis der Intellektuellen zur Macht beschäftigt sich L. Ludovico in seiner Erinnerung an die wilhelminischen ,,Flottenprofessoren''. Während es damals offen um imperialistische Großmachtpolitik ging, wird heute dafür weltgesellschaftliche Verantwortungsethik bemüht. In diesen Zusammenhang gehört auch die sogenannte ,,Blauhelm''-Debatte. Bei ihr geht es, wie J. Hippler und J. Link nachweisen, in Wirklichkeit um die Begründung einer eigenständigen, global interventionsfähigen Militärmacht BRD.

Die SPÖ hat sich jüngst von ,,sozialistisch'' in ,,sozialdemokratisch'' umgetauft. Diese Bezeichnung ist allerdings auch schon wieder überholt. Solch umstandslose Anpassung an den Zeitgeist findet sich indessen nicht überall. R. Rossanda begründet in ihrem Beitrag zum zwanzigjährigen Bestehen von *il manifesto*, warum sie eine Zeitung für notwendig hält, die sich sogar ,,kommunistisch'' nennt.

Standfestigkeit gegen den Strom reicht freilich nicht aus. Über die Tauglichkeit des Begriffs ,,Sozialismus'' und darüber, welche Gesellschafts- und Politikvorstellungen sich heute damit noch verbinden können, muß sorgfältig und genau diskutiert werden. Das eilfertige Streichen von Worten verhindert dies nur, dies gilt auch für die ,,Sozialistische Zeitung'' namens *links*.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Detlev Claussen, Carl-Wilhelm Macke, ,,Sovieticus''

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum (v.i.S.d.P.), Helga Haas-Rietschel

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: dpa

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel, Peter Leicht

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die September-Nummer 1991 ist der 15.8.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Usche Merk / Susanne Schmidt
Im Schönen das Grauen **5**

AKTUELL

Amos Wollin
Frieden in Nahost? **6**

Klaus Segbers
Jelzin: Ein Sieg für wen? **8**

Joachim Hippler
Bundeswehr als UNO-Truppe **9**

Jürgen Link
Blauhelme als ,,deutsche Wüstenstürmer''? **10**

Ludi Lodovico
Katheder-Irrationalismus (I): Flottenprofessoren **13**

Uwe Kremer / Susi Möbbeck
Die SPD auf der Couch **15**

Tim Köhler / Ulrich Brand
Keine ,,Theorie der Praxis''
Zur Berliner Volksuni 1991 **17**

HINTERGRUND

Robert Detobel
Islamischer Griff nach der Macht im Maghreb **27**

Maxime Rodinson
Die moslemische Welt und die Politik **28**

Interviews mit Abdelfattah Mourou und Said Saadi **29**

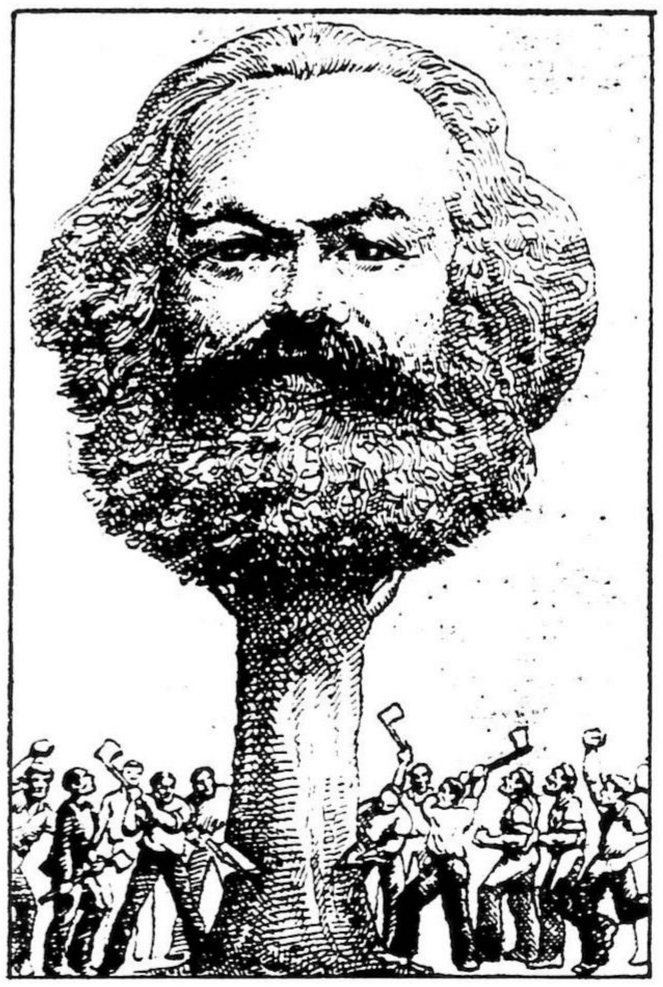
THEMA: Konstitutionsprozesse

Edgar Weick
Wiederholt sich 1848?
Zur Verfassungsdiskussion in der Paulskirche **19**

Wolf-Dieter Narr
Nur Sahne auf dem Kuchen
Zum Verfassungsentwurf **20**

Marina Beyer
Angst um die soziale Sicherheit
Zur Situation der Frauen in der Ex-DDR **24**

Offener Brief des frauenpolitischen Runden Tisches zum § 218 **26**



INTERNATIONAL

Die Karten auf den Tisch
Runder Tisch in der Sowjetunion **34**

Rainer Werning
Südkorea:
,,Tiger'' auf abschüssiger Bahn? **31**

THEORIE

Gerald Prein / Heinz Sünker
Anwalt der Subjektivität
Zum 90. Geburtstag von Henri Lefebvre **40**

RUBRIKEN

Editorial 2

LeserInnenbriefe 4

Rückblick 37
Rossana Rossanda:
20 Jahre auf der falschen Seite?
Zum Jubiläum von ,,il manifesto''

Lektüre 38

Termine 42

Nachruf 18
Joachim Perels:
Ein katholischer Sozialist
Zum Tode von Walter Dirks

Cosa Nostra
Abonnement **43**
Buchläden **44**

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr. 248

Ein gerechter Krieg?

Empört über die dümmliche, oberflächliche, medienhörige Begeisterung für die amerikanische Sache habe ich lange vor dem Kriegsausbruch eine Provokation versucht, bewußt in einfältiger Wortwahl: ,,Wenn ali Leit für de Amerikahner sinn, bin ich for Saddam!'' Ich habe damals nicht geahnt, daß man lange nach dem Krieg diesen einfältigen Satz mit verständigen Argumenten stützen kann. (. . .)

Doch im Nachhinein sehe ich ein, daß meine Argumentation nichts bringt. Denn stärker als rationale Argumente sind immer irrationale Emotionen. . .

Ich bin Deutscher und — nicht ganz arisch — ein Freund der Juden in Israel. Die Deutschen leiden — was sehr verständlich ist — unter einem Schuldkomplex den Juden gegenüber. Als die Raketen fielen, wurden vielen Juden Refugien in Deutschland angeboten, und nie war der Telefondraht heißer zwischen Deutschland und Israel als in der Zeit des Ölkrieges. Es war dabei ganz klar für die Deutschen: der Feind war eindeutig Saddam!

In Israel war es natürlich ähnlich. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe zwei Raketeneinschläge nahe an meiner Behausung in Tel Aviv gehört. Vor zwei Tagen habe ich die Wirkung gesehen: eine Trümmerwüste zu beiden Seiten einer Straße in Ramat Gan. Die Amerikaner waren die Freunde der Israelis. Viele angreifende Raketen wurde durch die hochtechnologische Abwehr der Amerikaner abgeschossen. Trotzdem sei der Gedanke erlaubt, daß das Ziel dieser Raketen nicht so sehr die Wohngebiete in Groß-Tel-Aviv und Haifa waren, sondern die amerikanisch-arabische Waffenbrüderschaft! Hätte Israel auf diese Provokation militärisch reagiert, hätte sich hier Israel militärisch auf die Seite der Amerikaner begeben, dann hätten sie dadurch auch eine Waffenbrüderschaft mit den Saudis, mit den Syrern und den Ägyptern hergestellt, eine hochnotpeinliche Situation für diese arabischen Staatsführer, möglicherweise eine offene Empörung auslösend in ihren moslemischen Staatsvölkern. An dem Beitritt Israels in den Krieg wäre die arabisch-amerikanische Waffenbrüderschaft zerbrochen. Das war Saddams Ziel, die Raketen auf Israel waren demgegenüber nur ein Mittel, dieses Kriegsziel zu erreichen. . .

Daran sollten die Israelis denken. Sie sollten auch daran denken, daß die amerikanischen Verbündeten, die Saudis, die Syrer und die Ägypter, in einer Frage die gleiche Meinung, das gleiche politische Bemühen haben wie die Iraker: Das Palästinenserproblem muß gelöst werden!

In der Frage des Ölkriegs am Golf sind Deutsche wie Israelis von den gleichen irrationalen Emotionen bewegt: Der verruchte Feind heißt Saddam. Gegen solche Irrationalismen ist kein Kraut gewachsen, sei es auch mit noch so vielen rationalen Argumenten gewürzt.

HANS BURGMANN

Betr.: *links* Nr.

Kaum selbstkritische Töne

Wenn man sich als jahre- bzw. jahrzehntelanger Leser von einer Publikation verabschiedet, ist man schuldig, dafür doch die Gründe anzugeben:

1. Mir sind die *links*-Beiträge zu abgehoben, d.h. sie bewegen sich fast ausschließlich auf einer ,,Meta-Ebene''. Sie waren für mich als Lehrer im Unterricht fast nie einsetzbar, weil es bei den Schülern m.E. darauf ankommt, möglichst umfassende Informationen zu geben, nicht aber mit Interpretationen zu beginnen.

2. Ich will die Schwierigkeiten, linke Positionen derzeit zu formulieren und zu diskutieren, nicht verkennen. Aber *links* verengte nach meiner Wahrnehmung den Blick zunehmend — oft in schwer erträglicher oberlehrerhaft dozierender Weise — auf ein schmales Spektrum, ohne ‚linke' Positionen umfassend zu diskutieren. Mit Fleiß wurden Abtrünnige ausgemacht und Ketzerhüte verteilt. (Hier kann ich dem Leserbrief von Horst-Dieter Zahn in *links* Juni'91) nur beipflichten.) Was auch immer in der großen, wie der kleinen Politik anstand, *links* wußte immer wo es hinging. Bloß, wer ging? Selbstkritische Töne waren selten zu vernehmen, weil eben keine eigene Praxis zu diskutieren war.

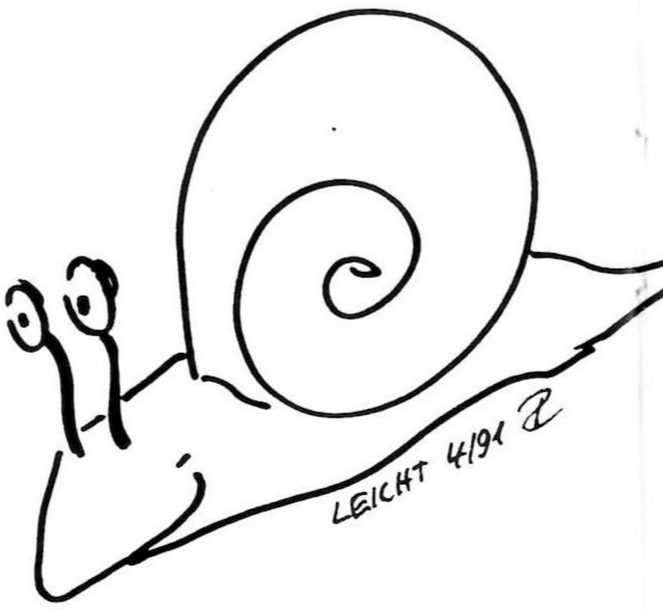
SIEGFRIED HELMER

Betr.: *links* und SB

Es reicht!

Es reicht! Der unerträgliche Artikel ,,Der Golfkrieg als zweites Bitburg'' (*links* 252/91) blieb unwidersprochen (und ich habe es endgültig satt, weiter solche *links*-Artikel finanziell zu unterstützen). Stattdessen wird im Editorial der *links* 253/91 auf übelste oberarrogante Art und Weise gegen die ,,Ökologische Linke'' polemisiert: ,,sektenartiges Gebilde'', ,,politische Unkultur'', ,,selbsternannte Linke'' — wer oder was links ist, bestimmt wohl allein das SB. Links sind danach scheinbar z.B. diejenigen, die behaupten, daß die ökologische Zerstörung ,,nicht auf alter Ausbeutungslogik beruht (,,Eine andere Moderne?'' links 6/91). Die 15,— DM monatlichen Fördermitgliedsbeitrag werde ich ab jetzt als Mitgliedsbeitrag einem von Euch elitär verleumdeten ,,Sektierertum'' zukommen lassen — ,,die Verdinglichung, kraft deren die einzig durch die Pasivität der Massen ermöglichte Machtstruktur diesen selbst als eiserne Wirklichkeit entgegentritt, ist so dicht geworden, daß jede Spontaneität, jene die bloße Vorstellung vom wahren Sachverhalt notwendig zur verstiegenen Utopie, zum abwegigen Sektierertum geworden ist'' (Dialektik der Aufklärung) — ein ,,Sektierertum'', welches sich noch im Klaren darüber ist (im Gegensatz zur SB-Metropolenlinken), daß ,,die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Vernichtung der Natur derselben raubbeuterischen kapitalistischen Produktionsweise entstammen, die die Zukunft ignoriert'' (ÖkoLi/AL).

STEFFEN BÜCHER



Wolf-Dieter Narr / Klaus Vack

Streitbarer Pazifismus!

Friedenspolitik und Friedensbewegung nach dem Golfkrieg
— Ein Beitrag zur Orientierung —

Herausgeber:
Komitee für Grundrechte und Demokratie

Wir haben im Golfkrieg und bevor derselbe am 17. Januar 1991 angefangen hat, eine eindeutige Position bezogen: Gegen den Krieg . . . Wir wollen mit dieser Streitschrift für den Frieden, umfassender als dies beispielsweise in einem Artikel oder einem Aufruf möglich ist, erläutern, warum unsere „Positionen" nicht willkürlichen oder gefühlsduseligen Entscheidungen entspringen oder den verhangenen Einsichten blauäugiger Träumer entsprechen. Sie resultieren vielmehr, so meinen wir, Schritt für Schritt und Argument für Argument zeigen zu können, aus drei Bezügen, an denen wir uns orientieren: dem normativen Bezug an Menschenrechten und Demokratie; der Quelle historisch-gegenwärtiger Erfahrungen im Hinblick auf die Lösung unvermeidlich immer neu aufkommender Konflikte zwischen Menschen und den Organisationen, die sie sich geben; der Einsicht in die spezifischen Zusammenhänge, die unser aller heutige Wirklichkeit ausmachen . . . Es liegt auf der Hand, daß Gewaltfreiheit/streitbarer Pazifismus/Menschenrechte einerseits und Krieg andererseits nicht kompromißfähig sind. Aber gerade solch existentiell entzweiende und das anderer sowie das eigene Leben in Frage stellende „Ereignisse" wie Kriege machen nie stillzustellende hinterfragende Überlegungen vonnöten . . .

Broschüre, 64 Seiten, Format DIN A 4, DM 6,--
Bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 20 % Rabatt

Bestellungen durch Vorauszahlung (dann portofreie Lieferung!)
Komitee für Grundrechte und Demokratie, 6121 Sensbachtal
Postgiro Frankfurt Nr. 391881-600, BLZ 50010060

KOMMENTAR

USCHE MERK / SUSANNE SCHMIDT

Im Schönen das Grauen

Das Botan-Gebiet, Herzstück Türkisch-Kurdistans, ist eine landschaftlich unvergleichlich schöne Gegend. Grüne saftige Wiesen, Hänge voll mit den schönsten Blumen, Olivenhaine, Maulbeerbüsche, Feigenbäume, ein wilder unbegradigter Fluß, Felsformationen, die jeden Karl May-Leser in Entzücken versetzen würden.

Doch das idyllische Bild ist trügerisch. Bei einer Fahrt durch das Botan-Gebiet trifft man immer wieder auf Spuren eines kaum vorstellbaren Terrors. Die türkischen Militärs und die Anti-Guerilla-Einheiten des Innenministeriums vertreiben systematisch die kurdischen Bewohner aus ihren Dörfern und vernichten ihre agrarische Existenzgrundlage. Getreidefelder und Obsthaine werden verbrannt, Bienenstöcke zerstört und Brunnen mit Beton zugegossen. Die Viehherden dürfen nicht mehr auf die Hochweiden getrieben werden und müssen deshalb verkauft werden. Oft werden Milch- und Lasttiere einfach erschossen. Die Menschen in diesen Gebieten sind permanenter Einschüchterung durch die Armee ausgesetzt, die vor keiner Brutalität und Demütigung halt macht.

Willkürliche Festnahmen, stundenlange Verhöre mit Folter und Mißhandlung sind Alltag in diesen kurdischen Provinzen, die seit Ende der 80er Jahre dem Ausnahmezustand unterliegen. Vertreter von kurdischen Menschenrechtsvereinen berichten, wie dabei vorgegangen wird: Dorfbewohner werden nachts aus dem Schlaf gerissen, auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. In einem Fall mußten sich die Männer mit dem Gesicht nach unten in den Schnee legen und die Militärs exerzierten stundenlang auf ihren Rücken. Als abschließende Perversität wurden sie gezwungen, menschliche Exkremente zu essen. In anderen Fällen wurden die Frauen auf den Dorfplatz gezerrt und vor den Augen ihrer Männer, Kinder und des ganzen Dorfplatzes stundenlang vergewaltigt. Dies sind keine Einzelfälle. Es ist vielmehr erklärtes Ziel der türkischen Zentralregierung, diese Gegend zu entvölkern. Sie legitmiert ihr Vorgehen damit, daß der in den Bergen des Botan-Gebietes operierenden Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) der Rückhalt und die Möglichkeit, in der Bevölkerung unterzutauchen, entzogen werden muß.

Parallel zum Beginn der Golfkrise intensivierte die türkische Regierung ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ließ ihn sich international bestätigen. Am 23. August 1990 verkündete die Türkei formell die Aufhebung essentieller Menschenrechte in den kurdischen Provinzen (Ostprovinzen) im Europarat in Straßburg, ohne irgendwelchen Protesten zu begegnen. Diese Politik der „verbrannten Erde" hat bis heute die Vertreibung von über 50 000 Menschen und die Zerstörung von fast 400 Dörfern in den kurdischen Gebieten der Türkei zur Folge. Die meisten der Vertriebenen leben seit ihrer Flucht in den Elendsvierteln rund um die kurdischen Provinzstädte oder in Zelten und Plastikplanen entlang den Straßen.

Wer heute durch die kurdischen Gebiete der Türkei fährt, zweifelt keine Sekunde daran, daß es sich hier um ein militärisch besetztes Land handelt. Vor jedem Ort, jeder Ansiedlung, selbst mitten in der Landschaft zwischen zwei Ortschaften kontrollieren bis an die Zähne bewaffnete Militärs und Sonereinheiten. Der Flughafen von Diyarbakir gleicht einem Militärlager. Die durch die internationale Öffentlichkeit und den Hilfsrummel bedingte teilweise Zurückhaltung der türkischen Autoritäten hat mit der Auflösung der Flüchtlingslager und dem Abzug der letzten internationalen Hilfsstäbe definitiv ihr Ende gefunden. Einige Dörfer im Botan-Gebiet sind regelrecht von der Außenwelt abgeschnitten. Der Zugang ist Fremden untersagt. Aber auch dort, wo dies nicht der Fall ist, ist es kaum möglich, mit den Dorfbewohnern zu sprechen. Bei der kleinsten Andeutung, es könnte zu einem Gespräch mit Einheimischen kommen, schlendern einige Uniformierte scheinbar unbeteiligten Blickes vorbei und das Gespräch verstummt oder die Gesprächspartner verschwinden rasch.

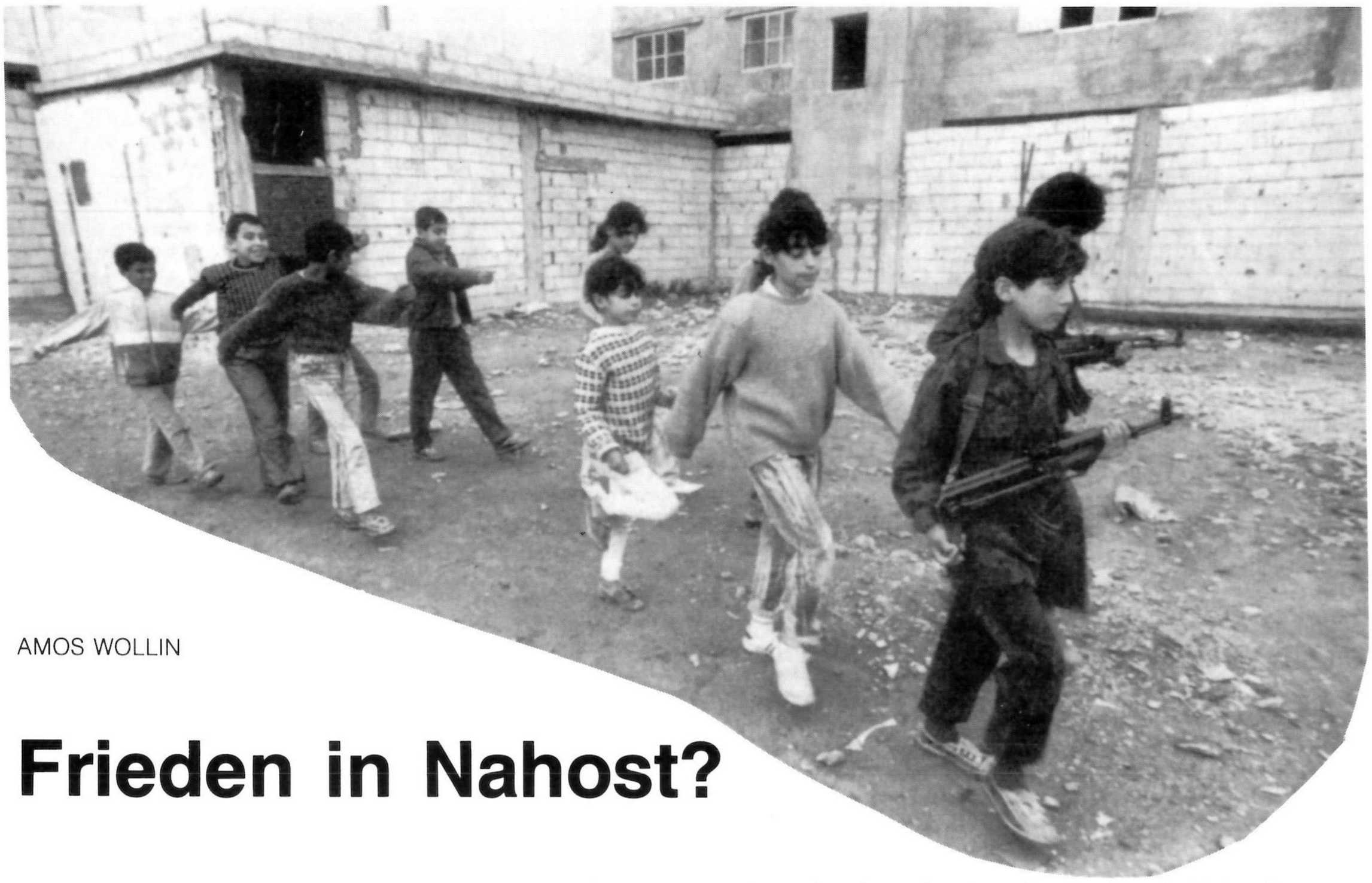
Die Kurdenpolitik des Özal-Regimes, die in den rücksichtslosen Militäraktionen der Anti-Guerillaeinheiten ihren direkten Ausdruck findet, schafft erst die Massenbasis der PKK in den kurdischen Gebieten. Seit 1984 führt die PKK einen bewaffneten Kampf gegen Ankara für ein unabhängiges Kurdistan und gilt heute als die stärkste kurdische Organisation in der Türkei. Im Frühjahr dieses Jahres kam es nach jahrelangem blutigem Kampf zwischen PKK und der türkischen Regierung zu einer überraschenden Wendung. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Türkei im Zusammenhang mit dem Golfkrieg entgegengebracht wurde, nutzte die PKK und erklärte sich bereit, mit dem türkischen Regime über eine politische Lösung zu verhandeln.

Turgut Özal war kurzfristig in die Defensive gedrängt und zum reagieren gezwungen. Im April 1991 verabschiedete das Parlament in Ankara ein neues Sprachgesetz und erfüllte damit scheinbar eine der von der PKK-Führung geforderten Bedingungen. In den Medien wurde dieser Schritt als enormer Erfolg und als Liberalisierungszugeständnis gefeiert. Doch der Schein trügt. Diese neue Regelung gilt nur für den privaten Bereich. Der Gebrauch der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit, z.B. bei Gericht, im Hospital, auf Ämtern, ist auch weiterhin verboten.

Aber nicht nur, daß sich die reformierte Sprachregelung der kurdischen Sprache als reine Augenwischerei entpuppte. Im Gegenzug dieser angeblichen Freizügigkeit wurde am 12.4.1991 von der Großen Nationalversammlung der Türkei ein neues Gesetz zur Bekämpfung des Terrors verabschiedet. Dieses Anti-Terror-Gesetz schafft die Basis dafür, Repressionen rechtsstaatlich zu machen. Vor allem wird erstmals offen und ungeschminkt die Folter juristisch festgeschrieben und erlaubt. Weiter sieht es den Bau von speziellen Hochsicherheitstrakten vor, die gezielte Unterbringung in Einzelzellen, Kontaktverbote untereinander sowie mit Anwälten und Familien. Nach Ansicht von Vertretern der Menschenrechtsvereine trägt dieses Anti-Terror-Gesetz dramatisch zur Verschärfung der Situation bei. Es gab unter Anwendung des neuen Gesetzes Verhaftungswellen in Mardin und Bitlis. In den vergangenen Wochen wurden die Menschenrechtsvereine in Urfa, Batman und Antep zwangsweise geschlossen. Ein Arzt und mehrere Apotheker wurden verhaftet und gefoltert; Hauptanklagepunkt war die Annahme und Verteilung von Hilfsgeldern, die medico international im Rahmen eines Soforthilfeprojekts für die kurdischen Binnenflüchtlinge übergeben hatte. Gegen diese Verschärfung wird mit verschiedenen Aktionen in der gesamten Türkei protestiert, u.a. fand von Anfang Mai bis Mitte Juni ein Hungerstreik von ca. 1000 Häftlingen in verschiedenen Gefängnissen Kurdistans und der Türkei statt. Er rief große lokale Solidarität, aber auch weitere Verschärfung der Repression hervor.

Willkürliche, gewalttätige Razzien, bei denen es nicht selten zur Verhaftung gesamter Dörfer kommt, sind zwar nicht neu. Auch nicht, daß in den türkischen Gefängnissen gefoltert wird. Aber seit der Verabschiedung des Gesetzes können diese skandalösen Menschenrechtsverletzungen unter dem Deckmantel des Rechtssystems fortgesetzt werden. Diese Verschleierung ist notwendig geworden, nachdem das NATO-Mitglied Türkei — KSZE-Gesprächspartner und Anwärter für die EG-Mitgliedschaft — mehr und mehr ins Gerede gekommen war. Auch die Tourismusbranche bleibt von diesem Problem nicht unberührt. Zumindest im Moment stehen die Clubs an der türkischen Mittelmeerküste leer. Mit großem Aufwand wurde deshalb nach Ende des Golfkrieges besonders in Deutschland für die Türkei geworben: „Buchen Sie jetzt die Türkei, in diesem Jahr müssen Sie hin — Türkei 1991. Noch sind die schönsten Plätze frei." Sehen wir zu, daß sie frei bleiben. ■

Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen von medico international und bereisten Anfang Juni die kurdischen Gebiete in der Osttürkei.



AMOS WOLLIN

Frieden in Nahost?

Wird Israel einer Nahost-Friedenskonferenz letztlich doch zustimmen? Feststeht: Keines der großen Probleme vor denen Israel jetzt steht, kann ohne eine möglichst rasche Herstellung des Friedens gelöst werden. Beschaffung von Wohnungen und Arbeitsplätzen für die in den vergangen zwei Jahren eingewanderten 300 000 Juden aus der Sowjetunion (und letztlich auch aus Äthiopien, sowie deren soziale Integration in einem kleinen Staat mit 4,5 Millionen Einwohnern, erfordert Investitionen und Kredite, die eine kriegsorientierte Wirtschaft, welche selbst nur durch intensive amerikanische Unterstützung und Spenden aufrechterhalten wird, unmöglich beschaffen kann.

Die produktive Einbeziehung der noch weiter nach Israel strömenden Massen, darunter ein hoher Prozentsatz von Akademikern und erfahrenen Experten auf verschiedensten Gebieten, läßt sich nur in einem Israel erreichen, das mit seiner Umwelt in Frieden lebt und in der lage ist, durch gemeinsame Entwicklungsprojekte mit den arabischen Nachbarn, entsprechende Aufgaben für die zum Teil hochqualifizierten (und jetzt arbeitslosen oder anders beschäftigten) Kräfte zu schaffen. Auf was sonst sollten zehn und bald hunderttausend Ingenieure hoffen, mehr als 6000 Ärzte unter den bisherigen Einwanderern, ein Heer von Technikern aller Arten, in einem Land, das bereits für mehr als zehn Prozent Arbeitslose zu sorgen hat? Ohne die politische Lösung des Nahostkonflikts bleibt Israel für ausländisches Investitionskapital zu unsicher und deshalb unattraktiv. Und solange wie ein Drittel der Jahresbudgets für Militärauslagen „reserviert" bleibt, wird es an dem nötigen Geld für produktive Entwicklungspläne und Arbeitsbeschaffung fehlen.

Israel kann wirtschaftliche und damit auch politische Unabhängigkeit nur dann erreichen, wenn es den militär-industriellen Komplex in eine produktive exportorientierte Marktwirtschaft verwandelt: das wäre nur in Friedenszeiten machbar, wenn Handel mit den nächsten Nachbarn möglich wird, und das Potential für gemeinsame landwirtschaftliche und industrielle Produktion (z.B. auf dem Gebiet der Chemie und des Textils) entwickelt werden kann. Die immer kritischer werdenden Wasser- und Energieprobleme sind ebenfalls nur aufgrund der regionalen Zusammenarbeit lösbar. Weitere gemeinsame Interessen wie regionale Projekte auf dem Gebiet des Tourismus brächten allen Ländern des Nahen Ostens stabile und einträgliche Vorteile. Gleichzeitig wird eine solche auf gemeinsame Interessen aufgebaute Zusammenarbeit das gegenseitige Vertrauen stärken und den dauernden Frieden gründlicher verankern helfen.

Früher hat es arabischerseits keine Friedensbereitschaft gegeben, aber in den letzten Jahren hat sich das Rad gewendet, und gerade die Regierung Schamir in Israel zeigt wenig Kompromißbereitschaft, eine politische Lösung herbeizuführen, die nur durch Beilegung des Konflikts mit dem palästinensischen Volk möglich ist, dessen Recht auf Realisierung seiner nationalen Selbständigkeit respektiert werden müßte. Die Palästinenser sind in ihrer von der PLO vertreten Mehrheit bereit, ihr eigenes

▶ Konzessionen an Israel ◀

zukünftiges Staatswesen auf die gegenwärtig von Israel (seit '67) besetzten Gebiet zu beschränken und auf solcher Basis mit Israel in Frieden zu koexistieren.

Israels Regierung lehnt jedoch auch diese Rumpfstaat-Lösung ab. Sie will keinerlei Verhandlungen mit der PLO zulassen und weigert sich nicht nur, das besetzte Jordan-Westufer und den Gazastreifen freizugeben, sondern intensiviert dort Landnahme und eine Erweiterung der bestehenden jüdischen Siedlungen, damit der Besatzungs-Status-Quo weiter untermauert wird. Wie Schamir betont: Groß-Israel vom Mittelmeer bis zum Jordanfluß muß ganz dem rasch wachsenden israelischen Volk zur Verfügung stehen.

Angesichts des amerikanischen und israeli-

schen Drucks im Rahmen der bisher noch offenen Baker-Initiative zur Einberufung einer regionalen Konferenz, an die sich bilaterale israelisch-arabische und israelisch-palästinensische Friedensverhandlungen anschließen sollen, neigt jetzt anscheinend ein Teil der Palästinenser-Führung dazu, noch weitergehenden Konzessionen an Israel zuzustimmen: unter gewissen Bedingungen und gegen Versprechungen für die weitere Zukunft, wären die Palästinenser bereit, sich mit einer langjährigen „Zwischenlösung" zu begnügen, die bereits im Camp-David-Abkommen zwischen Präsident Carter, Menachem Begin und Präsident Sadat im Jahre 1978 vorgeschlagen, aber von den Palästinensern und dem jordanischen König verworfen wurde, weil sie den Aufschub der palästinensischen staatlichen Souveränität bedeutet und auf Jahre hinaus nicht mehr als ein Maß an lokaler Selbstverwaltung in den weiterhin von Israel besetzten/beherrschten Gebieten bringen würde.

Jedenfalls sind es nur „Friedensbrösel", die vom Tisch Bakers und Schamirs fallen und von Palästinensern nolens volens aufgehoben werden, weil die Palästinenser weder ein Machtfaktor sind noch einflußreiche Fürsprecher haben, seitdem es nun angeblich eine „Brave New World" von Demokratie und Gerechtigkeit gibt.

Aber auch dieses letzte realpolitische Zurückschrauben der schon fast auf den Nullpunkt reduzierten palästinensischen Aspirationen stellt Schamir noch nicht zufrieden: Jerusalem besteht auf zusätzlichen Konzessionen und stellt weitere Bedingungen, die zu einer bedingungslosen Kapitualtion der Palästinenser führen, noch bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben. In einem Interview mit der Kairoer Zeitung „AlAhram" bemerkte der ägyptische Publizist Mohammed Hassanin Heikal (am 30.5.1991): „Israel hatte immer seinen Plan für die Besitzergreifung von ganz Palästina.
Nun ist es soweit, und Israel will für nichts auf der Welt einen Teil davon hergeben; der israelische Ministerpräsident hat es klar gesagt, indem er die ‚Land-für-Frieden'-Formel ablehnte, und Ariel Scharon arbeitet den Punkt noch deutlicher heraus, indem er dafür die ‚Frieden-für-Frieden'-Formel eingesetzt hat. Diese Formel kann nur bedeuten, daß die Araber Israel anerkennen und ihre Beziehungen mit Israel normalisieren müssen, wenn sie ihre eigene Vernichtung vermeiden wollen, die der ähnlich sieht, die Irak erlitten hat. Syrien und die Palästinenser wissen besser als alle anderen, daß in den gegenwärtigen Versuchen nichts für sie drin ist. Aber sie wollen nicht die Neinsager sein. Keine politische Führung kann unter den bestehenden Umständen wagen zu sagen: Ich sehe da keine Hoffnung. Wenn sie das ausspricht, dann muß sie abtreten. Also bleibt ihnen nichts übrig als dieses Spiel mitzumachen."

In Israel selbst haben diese Erfolge Schamirs (natürlich mit amerikanischer Hilfe) zu einer weiteren Stärkung rechtsextremer Tendenzen geführt, und zu einer Verlängerung der Ohnmacht, in die Israels Friedensbewegung insbesondere seit der Golfkrise gefallen ist. ■

Pnina Feiler über die Frauen in Schwarz

Pnina Feiler wurde in Polen geboren. 1938 immigrierte sie nach Israel. Ihr Mann, Eliezer, wanderte im gleichen Jahr aus Deutschland ein. Er war Mitglied der kommunistischen Partei und saß dafür während des britischen Mandats mehrmals im Gefängnis. Beide leben im Kibbuz Yad-Hanna. Beide sind heute in der Friedensbewegung aktiv. Gegen Eliezer und drei andere läuft derzeit ein Prozeß, weil sie sich in Rumänien mit PLO-Vertretern zu Gesprächen getroffen hatten. Nachstehend ein Auszug aus Pninas Referat während der Tagung des deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten in der Evangelischen Akademie Arnoldshain.

Angefangen hat die Bewegung „Frauen in Schwarz" beim Beginn des Libanon-Krieges, um die Toten im Kriegsgeschrei nicht zu vergessen. Es sind nicht viele Aktivistinnen, sie tragen verschiedene Namen. Eine dieser Bewegungen nennt sich „Mütter gegen das Schweigen". Die Bewegung gewann während der Intifada an Stärke. Zunächst waren es nur israelische Frauen, die sich, in Schwarz gekleidet, jeden Freitag zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags in Jerusalem mit Plakaten „Gegen Okkupation, für den Frieden", „Gegen Brutalität" usw. aufstellten. Inzwischen finden diese Proteste an 29 Orten in Israel statt. Auch Palästinenserinnen beteiligen sich jetzt daran. Wir — ich spreche für die israelischen Frauen in Schwarz — empfinden uns als Patrioten. Wir glauben, daß das, war wir tun, für das Überleben Israels wichtig ist. Und es entspricht einfach dem Bedürfnis der Frauen, den Tod von Kindern anzuklagen. Sogar die „gelbe Presse" findet inzwischen Worte der Anerkennung für uns (was nicht heißt, daß sie auf unsere Seite umgeschwenkt wäre).

Inzwischen beteiligen sich hier und da auch Männer an unserer Bewegung. Andere Gruppen verstehen sich feministisch und wollen nicht, daß sich Männer beteiligen. Etwas anderes ist noch interessant. Auch aus den Kibbuz erhalten wir Zulauf. Die Kibbuzim hatten sich bisher eigentlich immer aus der Politik herausgehalten. Für mich ist dies ein Zeichen, daß sich etwas bewegt.

Ich habe gestern abend Dan Diner gefragt, ob er glaube, daß es einen Sinn habe, was wir machen. Er hat mir geantwortet: „Eigentlich nicht". „Dann", habe ich gesagt, „sollen wir Drogen schlucken, saufen und einfach warten, bis die erste Bombe fällt."

Ich kann das nicht. Ich werde verrückt, wenn ich nichts tun kann. Vielleicht ist also unsere Aktion einfach eine Schwäche. Aber das glaube ich natürlich nicht. Hat nicht Brecht gesagt, daß schon viel gewonnen ist, wenn einer aufsteht und „Nein" sagt! Die wissenschaftliche Psychologie hat ihm später recht gegeben, mit Fakten und Zahlen. Ich meine das Milgram-Experiment. Man wollte herausfinden, wie weit Versuchspersonen bei der Anwendung von Gewalt zu gehen bereit waren. Es zeigt sich, daß etwa 66 % der Versuchspersonen bereit waren, den fiktiven Stromstoß bis zur letalen Grenze zu geben. Später hat man das Experiment wiederholt und in die Gruppe eine Person eingeschleust, die sich von vornherin weigerte mitzumachen. Nun zeigte sich, daß nur noch 33 % der Versuchspersonen dazu bereit waren.

Meine Erfahrung ist, daß nichts verlorengeht. Was wir tun, wird bleiben. Wir ermutigen uns mit den Worten aus dem Lied Wolf Biermanns: „Du, laß dich nicht erschrecken, in dieser Schreckenszeit". Ich will schlicht mit Überzeugung davon träumen können, daß nicht Niobe, sondern die Gewalt versteinert. Was Ihr draußen für uns tun könnt? Es hat bereits Solidaritätsbriefe an uns gegeben. Das können wir brauchen. Mehr brauchen wir nicht. Solidaritätsbekunden an die „Nashim Beshachor", die „Frauen in Schwarz".

Die Anschrift:
Kibbuz Ma'abaroth
Soshana Arad
(Nashim Beshachor)
Israel

KLAUS SEGBERS

Jelzin: Ein Sieg für wen?

Die Wahl Boris Jelzins am 12. Juni zum russischen Präsidenten ist zwar auch historisch: die erste demokratische Wahl dieser Art in Rußland, die zweite in der bisherigen UdSSR (nach Georgien ein paar Wochen zuvor), und rund 150 Millionen Russen sollen sich nun korrekt vertreten fühlen. Allerdings: nur achtzig Prozent von ihnen leben in der RSFSR und waren somit Wahlbürger, nur ca. 105 Millionen von ihnen waren wahlberechtigt, davon gingen ca. siebzig Prozent auch zur Wahl, von denen wiederum sechzig Prozent für Jelzin stimmten. Kein glänzender Sieg also, verglichen etwa mit der triumphalen Wahl zum sowjetischen Volksdeputierten in Moskau 1989 mit neunzig Prozent der Stimmen. Aber überzeugend doch in einer Zeit allgemeiner politischer Apathie, nach Monaten heftiger Kampagnen gegen den exkommunistischen Hoffnungsträger und nach erbitterter Gegenwehr von vieren der übrigen fünf Kandidaten.

Vor allem läßt sich das Wahlergebnis als ein weiterer Schritt hin zu einem neuen Zentrismus werten (vgl. *links* Nr. 253), dem Versuch, entscheidende Teilmengen großer Interessengruppen für einen entschieden — gradualistischen, organisierten Systemwechsel zu gewinnen. Die ,,neun-plus-eins''-Vereinbarung vom 23.4. 1991 und die Folgetreffen am gleichen Ort bei Moskau mit weiteren Übereinkünften waren dazu eine wesentliche, aber noch längst nicht hinreichende Voraussetzung. Die vorübergehende, gewiß nicht allzulang andauernde politische Stabilisierung der sowjetischen (um Gorbatschow) und der russischen (um Jelzin) Zentristen gibt eine weitere Atempause.

Ja — auch Jelzin ist Teil der neuen Mitte, für Markt und im Prinzip auch für den Unionserhalt (wenn auch nicht jeden Quadratkilometer, und ohne Gewalt). Die Souveränitätsbestrebungen der autonomen Gliederungen Rußlands legen ihm eine integrationsfreundliche Haltung auch gegenüber der Union nahe.

Der sich als Radikaldemokrat verstehende Jelzin ist vom neuen Zentrismus eingefangen worden und muß nun zeigen, daß er nicht nur agieren, nicht nur Stimmungen auffangen, sich nicht nur an großen Gegenspielern reiben kann, sondern daß er politisch gestalten kann. Eine wesentliche Voraussetzung dazu hat er — noch: seine große Popularität, die wie oft in Rußland nicht so sehr mit seinen Qualitäten als mit seinem Erscheinungsbild, mehr noch: mit der Dämonisierung durch seine Gegner zu tun hat. Die verbliebenen Kommunisten Rußlands sind zersplittert und zunächst abgeschlagen. Die Arbeiterbewegung ist in ihrer neuen, durch die administrative Übertragung der Bergwerke an Rußland notdürftig verhüllte Niederlage geschwächt und zunächst still, eher aus Verzweiflung denn aus überzeugter Hoffnung.

Aber Jelzins größter Gang hat nun begonnen: mit formalen Kompetenzen wie sie niemand in Rußland seit dem Zaren hatte, mit einer Volkslegitimation, um die sich Gorbatschow nie bewarb (und die er wohl nicht mehr bekommen kann), hat er die Verantwortung auf sich konzentriert und kann Mißerfolge kaum noch weiterreichen. Selbst berechtigte Hiweise auf allgemeine Steuerungsdefizite, auf verbleibende Kompetenzen der Unionsorgane, auf objektive Probleme von Übergangsprozessen könnte nun die Immunisierung nicht mehr bieten, die ihm die Opferrolle erbrachte.

Dabei könnte er sie in absehbarer Zeit brauchen. Die Zerfallsprozesse nicht nur in der Union, sondern auch in Rußland sind noch längst nicht gebremst und gezähmt. Neuer Unmut wird sich bilden und ein Ziel suchen, das dann schon, mit tätiger Hilfe der ausgegrenzten Radikalen aller Lager, der russische anstelle des sowjetischen Präsidenten sein könnte.

Derzeit wird die Restunion in Harvard, Moskau und, demnächst, in London auf Marktkurs getrimmt. Dieser Weg ist richtig — nicht weil er optimal wäre, sondern weil ein einigermaßen funktionierender Markt immer noch besser als ein zuverlässiges und sich fortschreibendes Desaster wäre. Eine Alternative dazu ist nirgends und definitiv nicht in Sicht. Dieser Marktkurs, der also nun rasch und relativ bestimmt eingeschlagen werden wird — neun Monate nachdem das 500-Tage-Programm im letzten Herbst zunächst gescheitert war —, wird das Lager derjenigen vergrößern, für die der neue Zentrismus zu anstrengend, zu fordernd, zu ungewohnt, zu glatt und zu hart sein wird. Die Ränder werden breiter werden.

Dann erst wird die wirkliche Bewährung des Boris Jelzin kommen. Dann wird sich zeigen, ob er den Weg vom Symbol des aufstehenden Rußland zum Moderator einer auseinanderstrebenden, der Reformlogik nach auseinandertreibenden Gesellschaft findet.

Diese Reformlogik enthält Markt, Rationalisierung, Akkumulierung. Dies alles verkörpert Jelzin zunächst nicht. Er ähnelt wie kaum noch einer (und ganz ähnlich wie Gorbatschow) einem guten, effektiven Präfekten des traditionellen Sowjetsystems. Ein Bojar, auch das. Ein Zar, vielleicht. Ganz gewiß ist er kein Manager, kein Macher, Einiger, kein Wirbler. Weder Berlusconi noch Möllemann. Zum Glück hat er einen Stellvertreter, Chasbulatov, der diese Seiten teilweise abdeckt.

Es geht nicht um westliche Hilfe, 100 -250 Milliarden, was immer — nicht primär. Es geht auch nicht um die Kapitulationsbedingungen, um die Abwicklung des Sowjetsystems — zunächst nicht. Es geht um die *strukturellen* Weichenstellungen für die mächtige Entfaltung eines sowjetischen Binnenmarktes und um weitgehende Sicherheiten für potentielle Auslandsanlagen. Und hier erleben wir erstaunliche Geisterverhandlungen. Die westlichen ,,Helfer'', ,,G 7'' und andere Samariter, sind sich mit den Administratren des Zerfalls in Moskau darin einig, daß vor allem die Zentrale westlichen Anschubs bedarf. Diese Einigkeit macht mißtrauisch. Ja, ein Zusammenbrechen der noch verbliebenen Strukturen ist möglich. Ja, Flüchtlingsströme Ost-West sind nicht auszuschließen. Aber können dies Gründe sein, ein erodierendes Zentrum fest in den Blick westlicher Regierungen und Banken zu nehmen, anstatt die viel besser überschaubaren Republiken und Regionen zu fördern?

Gerade dies wird hartnäckig versäumt und vermieden. Dezentrale Hilfestellungen zu leisten, deren Erfolgsaussichten erheblich größer sind, ließen sich allerdings auch weniger kontrollieren — sowohl aus Moskau, wie aus Washington und Brüssel. Und sie würden einen ganz anderen Zugang erfordern — mehr politisches Management im Rahmen einer gestärkten KSZE, weniger Wirtschaftsschaufelhilfen, die zur allgemeinen Verwunderung immer wieder versickern. Schauen wir, was Boris Jelzin aus seinen neuen Westreisen macht: wird er sich als gemäßigter Reichswahrer präsentieren oder als Anwalt einer gelockerten, entspannten und reformfähigen (Kon-)Föderation? ■

JOCHEN HIPPLER

Bundeswehr als UNO-Truppe

Im Mai 1987 waren sich die Regierungsparteien und die Opposition noch einig, daß die Bundeswehr nicht außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt werden dürfe. Solche Einsätze seien nämlich weder sinnvoll noch erlaubt: das Grundgesetz verbiete sie. Heute ist die Lage grundlegend anders. Die CDU tritt nun offen für mögliche Einsätze der Bundeswehr in der Dritten Welt ein, die FDP folgt zögernd, möchte die Einsatzformen aber beschränken. Und die SPD ist in der Frage gespalten, schwankt zwischen Anpassung an den Regierungskurs und trotzigem Widerspruch. Dies konnte auch der Parteitagsbeschluß zur Blauhelmfrage nicht verdecken.

Faszinierend an der Debatte ist unter anderem, wie flexibel von manchen dabei mit dem Grundgesetz umgegangen wird: was vor vier Jahren noch verboten war, soll heute erlaubt sein, obwohl kein einziger Buchstabe der Verfassung geändert wurde. Dieses Verfahren könnte man ,,Rechtsschöpfung durch das Geben von Interviews'' nennen. Wie kommt aber dieser Umschwung zustande? Eine Denkschule möchte die UNO stärken und an der Lösung regionaler Konflikte mitwirken. Sie ist besonders stark in SPD und FDP vertreten. Zu diesem Zweck sollen Bundeswehrsoldaten an Einsätzen der UNO, entweder unbewaffnet oder im Kampfeinsatz, teilnehmen dürfen. Dieses Argument ist wenig überzeugend: natürlich sind eine Stärkung der UNO und die Lösung von Regionalkonflikten sinnvoll und notwendig wie übrigens auch eine Reform und Demokratisierung der UNO lange überfällig ist. Aber: Warum soll der deutsche Beitrag ausgerechnet in Waffen und Soldaten bestehen? Im Rahmen einer neuen Friedensordnung wäre es vorzuziehen, die UNO eher auf politischem und materiellem Wege zu unterstützen.

Eine zweite Argumentationsrichtung verlangt, daß die Bundesrepublik keinen Sonderstatus in der internationalen Politik haben soll. Wenn Frankreich und England Truppen schicken dürfen, warum dann nicht wir? Es wird argumentiert, daß Deutschland inzwischen ein Land wie andere auch sei und sich entsprechend ,,normal'' verhalten solle. Auch dieses Argument ist wenig überzeugend: das Ende der Nachkriegszeit bedeutet nicht, sich von der deutschen Geschichte verabschieden zu können. Was soll denn falsch daran sein, wenn Deutschland als Lehre aus seinem früheren Militarismus sich freiwillig militärisch und außenpolitisch beschränkt? Auch ein ,,normales'' Land hat das Recht, eine zurückhaltende Außenpolitik zu betreiben und sich militärisch selbst Einschränkungen aufzuerlegen. Und wie Deutschland auf den Besitz von A-, B- und C-Waffen offiziell verzichtet, so sollte es auch auf den Einsatz seines Militärs in der Dritten Welt verzichten. Damit gibt man seine Souveränität nicht auf, sondern wendet sie weise an. Eine bundesdeutsche ,,Sonderrolle'' würde die Gefahr der Wiederbelebung einer deutschnationalen Außenpolitik nach sich ziehen und wäre daher schädlich und destabilisierend. Aber eine ,,Vorreiterrolle'' der Bundesrepublik, die aktiv bei den Nachbarn dafür wirbt, ebenfalls eine entmilitarisierte Außenpolitik zu verfolgen, wäre das genaue Gegenteil des deutschnationalen Sonderweges.

Noch andere Argumente laufen daraus hinauf, daß man aus außen- oder bündnispolitischen Gründen zukünftige Einsätze der Bundeswehr ermöglichen sollte. Die USA drängen seit Jahren darauf, nun auch manche europäischen Nachbarn. Und da man diesen — vor allem den USA — wegen der Unterstützung der Wiedervereinigung noch etwas schuldig sei, komme man ihnen in dieser Frage entgegen. Das sei kluge Politik. Sonst würde man das Bündnis belasten. In Wirklichkeit ist das alles andere als klug. Es wäre eine opportunistische Politik, die etwas Falsches unternimmt, um nicht kritisiert zu werden. Dabei käme es doch heute, angesichts der proklamierten ,,Neuen Weltordnung'', gerade darauf an, bei den Verbündeten dafür zu werden, daß diese Weltordnung weniger militärisch geprägt sein soll. Der Ost-West-Konflikt ist vorüber. Aber anstatt diese Chance zu einem Anlauf zu verstärkter friedlicher Konfliktregelung zu nutzen, soll die Bundeswehr in militärische Konflikte der Dritten Welt eingreifen können.

Wir sehen heute die Umorientierung der Feindbilder. Nachdem die Sowjetunion als Feind großenteils ausgefallen ist — obwohl NATO-Politiker versuchen, von dem Feindbild zu retten, was zu retten ist — wendet man sich in Washington, London und Paris neuen ,,Bedrohungen'' und ,,Risiken'' zu. Diesmal sind sie im Nahen und Mittleren Osten, in der Dritten Welt allgemein, oder sie sind ideologische Gegner, wie der Islam. Der alte Militärapparat braucht neue Rechtfertigungen. Und genau in diesem Zusammenhang findet heute die Debatte statt.

Eine letzte Anmerkung: wenn heute über den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich im UNO-Rahmen gesprochen wird, dann ist das irreführend. Der Vorschlag, die Bundeswehr nur in diesem Zusammenhang einzusetzen, und dazu sogar das Grundgesetz ändern zu wollen, ist unrealistisch. Jede Grundgesetzänderung erfordert eine Zweidrittelmehrheit — und damit die Zustimmung von Regierung und Opposition. Die Regierungsmehrheit allerdings hat sich bereits festgelegt, auch Militäreinsätze außerhalb des UNO-Rahmens durchführen zu wollen. Ohne einen Kompromiß zwischen SPD und CDU/CSU kann es keine Verfassungsänderung geben. Ein solcher Kompromiß aber muß notwendigerweise unklar und interpretationsfähig sein, sonst käme er nicht zustande, sonst wäre es kein Kompromiß. Wenn die SPD aber einer solchen, nicht glasklaren Formel zustimmt, dann ist die Tür offen: dann kann die Bundesregierung die Bundeswehr auch in anderen Zusammenhängen einsetzen. Ihre Juristen werden dies durch kreative Verfassungsinterpretationen ermöglichen. Die Diskussion um Einsätze deutscher Soldaten im UNO-Auftrag ist nur ein Türöffner, um sie auch

sonst ins Gefecht schicken zu können. Diese Tür kann man öffnen oder schließen, aber wer sie nur anlehnt, der schließt sie nicht.

Und der neue SPD-Vorsitzende Engholm hat genau dieses Dilemma bereits bestätigt: nachdem der Parteitag beschlossen hatte, ausschließlich UNO-Blauhelmeinsätze der Bundeswehr (also ohne Kampfauftrag und nur mit leichten Waffen zur persönlichen Selbstverteidigung) zu akzeptieren und zu diesem Zweck das Grundgesetz ändern zu wollen, leitet Engholm taktisch die Wende zur Union ein — unter Mißachtung des Parteitags. Wer nämlich *nach* dem Beschluß plötzlich feststellt, daß die CDU/CSU für eine Grundgesetzänderung im SPD-Sinne nicht zu haben ist, plädiert auf eigene Inkompetenz: das war schließlich auch vorher klar. Wer aber daraus den Schluß zieht, der Blauhelmeinsatz sei auch ohne Verfassungsänderung möglich, der fällt nicht nur seiner eigenen Partei in den Rücken und wirft die Frage auf, wie ernst der Parteivorsitzende die Delegierten eigentlich nimmt. Engholm fällt damit auch weit hinter die Position von Genscher zurück und gibt den Hardlinern in der CSU Stichworte: warum sollen diese jetzt einen mühsamen Konsens mit der Opposition überhaupt noch anstreben, nachdem der SPD-Chef öffentlich erklärt hat, dieser sei weder möglich noch nötig? Engholm rät er Regierung zu schleichenden Aushöhlung der Verfassung. Er öffent die Tür zu einem allgemeinen Einsatz der Bundeswehr ein Stück weiter. Wenn für die Blauhelmeinsätze eine Grundgesetzänderung überflüssig ist — so werden sich Juristen in der Union fragen — warum soll sie dann für Kampfeinsätze der UNO erforderlich sein? Und Verfassungsrechtler Rupert Scholz hat schon unternommen, die NATO zu einem ,,System gegenseitiger kollektiver Sicherheit'' auszudehnen. Danach wären dann — Engholmscher Logik zufolge — auch Bundeswehreinsätze in der Dritten Welt im Rahmen der NATO grundgesetzkonform. Der engholmsche Vorstoß bedeutet innenpolitisch die Mißachtung der Partei durch ihren Vorsitzenden, außenpolitisch öffnet er eine Pandorabüchse , die noch manche Überraschung birgt.

Wir möchten noch auf folgende Arbeitspapiere des Autors zu dem Thema hinweisen:
Jochen Hippler: ,,Westliche Flottenpräsens im Persischen Golf und die Diskussion um ‚Out of Area' — Einsatzmöglichkeiten de Bundeswehr'';
Jochen Hippler: ,,Der Krieg am Golf. Politische Einschätzung, Hintergrundmaterial und Dokumente''.
Institut für Internationale Politik, Neue Friedrichstraße 12, Postfach 13 18 21, 5600 Wuppertal, Tel. 0202/45 30 01 ■

JÜRGEN LINK

Blauhelme als *deutsche Wüstenstürmer*

Die anstehende Frage, ob die Bundesrepublik künftig die Rolle einer globalen militärischen Interventionsmacht spielen soll (,,Blauhelm-Debatte'') ist eine politische Entscheidung von unabsehbarer Tragweite. Wie immer man in dieser Sache optieren mag — jedes Plädoyer für ein Eilverfahren ohne vorherige breite Debatte ist derart unverantwortlich, daß es die Berufung auf den Begriff ,,Verantwortung übernehmen'', an den die Bundesregierung und Teile der SPD so stark appellieren, eo ipso verwirkt hat. Die Friedensbewegung veranstaltete am 23. Mai 1991 in Bonn zur Blauhelm-Debatte und den möglichen Konsequenzen eines deutschen Truppeneinsatzes unter UNO-Flagge ein Hearing, bei dem auch Jürgen Link seine Thesen vortrug.

Wir veröffentlichen hier sein Statement, in dem er eindringlich auf das Risiko globaler Interventionen hinweist und für einen prinzipiellen Verzicht als Weltpolizei.

Die komplizierte völker- und verfassungsrechtliche Würdigung droht die Debatte ungewollt oder gewollt um entscheidende Faktoren zu verkürzen. Wo die UNO-Wirklichkeit und die deutsche Verfassungs-Wirklichkeit ausgeblendet werden zugunsten von sicher sehr gut gemeinten idealistischen Zukunftsutopien, droht die jetzt fällige politische Jahrhundertentscheidung zum Schattenboxen um formale Etiketten zu verkommen.

Hinter den Schatten der Etiketten gilt es die Realität künftiger Eskalationsszenarios in den Blick zu bekommen. Nicht die Etiketten, sondern die tatsächlichen Eskalationslogiken werden darüber entscheiden, ob deutsche Truppen künftig in Kriege vom Typ Korea (UN-Kommando-Einsatz) oder Kongo (UNO-,,Blauhelme'', die nach einer Eskalationsphase vom Sicherheitsrat zu offensiven Einsätzen ermächtigt wurden und Katanga stürmten) oder Vietnam oder Golf

(UNO-Ermächtigung mit UNO-Sicherheitsrat-Ultimatum) verwickelt werden können.

Die realen Eskalationsszenarios hängen von der Verflechtung folgender fünf Faktoren ab:

1. die völker- und verfassungsrechtliche Ebene, die bisher fast ausschließlich die Debatte beherrscht;

2. die ungemein wichtige Ebene der militärischen Strukturen mit ihrer Eigenlogik: wenn deutsche Spezialeinheiten geschaffen werden, werden sie tendenziell ,,Wüstensturm''-Kriege führen, sei es im UNO-Auftrag oder unter UNO-Kommando; die militärischen Strukturen determinieren unter Umständen die Eskalationsverläufe;

3. die strukturelle Ebene der militärisch handelnden Subjekte, das heißt der operierenden Länder: Kann die strukturell eskalationsfähige Großmacht Deutschland, die aufs engste mit den Großmächten USA, England und Frankreich verbunden ist, in realistisch angenommmenen Krisensituationen wie Finnland oder Schweden funktionieren, selbst wenn sie es wollte?

4. die realen Machtverhältnisse im UNO-Sicherheitsrat, der die einzige wirklich militärisch souveräne Instanz der UNO ist — die UNO unter Führung der USA in den fünfziger Jahren war eine völlig andere UNO als die spätere des Gleichgewichts zweier Supermächte: welche UNO wird aus der Abdankung Moskaus als Supermacht und dem Triumph der USA hervorgehen?

5. Schließlich die nur schwer durch plausible Prognosen zu rationalisierende Ebene der künftigen Entwicklung des Nord-Süd-Gefälles (einschließlich des West-Ost-Gefälles): werden sich komplizierte Krisenszenarios häufen, oder war die Golfkrise die letzte ihrer Art?

Es müssen also stets alle fünf Faktoren berücksichtigt werden, wenn es um die Entscheidung über die heute konkreten Alternativen geht. Ich bezeichne diese Alternativen der Übersichtlichkeit halber nach Länder-Modellen:

1. Modell USA-England: große und äußerst starke eskalationsfähige Interventionseinheiten und ein offenes Bekenntnis zur globalen Interventionspolitik als ,,Weltpolizei''; strukturell für dieses Modell ist die Entscheidungsfreiheit zwischen UNO-gerahmten Einsätzen und Einsätzen völlig ohne UNO (Vietnam, Falkland).

2. Modell Frankreich: in allem gleich Modell USA-England, allerdings gekoppelt mit einer besonders starken Berufung auf ideale Vorstellungen über Weltinnenpolitik und Weltdemokratie; daher vielleicht in Zukunft stärker zu UNO-gerahmten Einsätzen tendierend, was allerdings keineswegs sicher ist.

3. Modell Finnland-Schweden: ohne die militärische Infrastruktur eines globalen Interventionismus en gros, ohne große und starke Spezialeinheiten, d.h. im Unterschied zu den Großmächten nicht eskalationsfähig; nicht durch Bündnis an Großmächte wie die USA oder England fest gebunden; daher fähig, sich im Rahmen der UNO auf ,,Blauhelme'' im engen Sinne, d.h. auf symbolische Puffereinheiten zu beschränken. Deutschland kann wegen seiner faktischen Großmachtrolle und seiner eskalationsfähigen militärischen Struktur dieses Modell nicht übernehmen, selbst wenn es wollte.

4. bisheriges Modell Japan-Deutschland: aufgrund historischer Erfahrungen und der Prognose künftiger Eskalationsrisiken prinzipieller Verzicht auf globale militärische Interventionen als Weltpolizei; im Nord-Süd-Konflikt Spezialisierung auf nichtmilitärische Optionen, also de facto Rolle einer Deeskalationsmacht.

Verzicht auf die Rolle der Weltpolizei

Zur Frage der UNO: Der Golfkrieg fand im Rahmen einer UNO-Ermächtigung statt. Er war als ,,Operation Wüstensturm'' militärisch gesehen ein mögliches Modell künftiger Kriege in der Dritten Welt, gekennzeichnet durch den Einsatz modernster Waffensysteme. Starke Kräfte in SPD und FDP plädieren für deutsche Beteiligung nicht an solchen UNO-ermächtigten, wohl aber an entsprechenden Kriegen unter formellem UNO-Kommando nach Kapitel 7 bzw. Art. 42/43 der UNO-Charta. Der Unterschied erscheint nur dann groß, wenn man das Zusammenwirken der fünf Faktoren außer acht läßt. Angenommen, der im Kern aus den Veto-Mächten bestehende UNO-Sicherheitsrat hätte selbst das Kommando gegen den Irak übernommen, er hätte wegen der vorausgesetzten Stärke des Irak dann entsprechend ausgerüstete Einheiten und kompetente Generäle anfordern müssen. General Schwarzkopf wäre vielleicht UNO-Kommandeur geworden. Nichts spricht dafür, daß der Krieg einen wesentlich anderen Verlauf genommen hätte. Ein Zyniker würde hinzufügen, daß das UNO-Kommando durch rein militärische Effizienz allenfalls eine schlechtere ,,Kill-Rate'' und eine weitere Eskalation in den ABC-Krieg hinein hätte provozieren können. Die Frage ist nicht, ob UNO-Ermächtigung oder UNO-Kommando. Die Frage ist, ob man deutsche ,,Wüstenstürmer'' will oder nicht, in beiden zuvor genannten Fällen bekommt man sie.

Wer nach sogenannter größerer Verantwortung schreit, ohne ein einziges plausibles Krisen- und Kriegsszenario der Zukunft zu diskutieren, desavouiert sich selbst (selbst wenn er Friedensnobelpreisträger sein sollte). Selbst die umfangreiche Polit-Fiction-Literatur ist da realistischer. Es sollte vorsichtig stimmen, daß die Fiction-Literatur seit Jahren sowohl Golfkriege wie Jugoslawien-Krisen simuliert hat. Ich möchte als Beispiel kurz zwei realistische Szenarien skizzieren.

Reale Szenarien: Kambodscha und Südafrika

Kambodscha: Das Beispiel stammt nicht aus Polit-Fiction und auch nicht von mir. In seinem viel herumgereichten Papier hat der

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

Wider dem Teamgeist

,,Seit 1988 wurde auch von der IG Metall aus der Einführungsprozeß begleitet und gemeinsam mit dem Betriebsrat wurden die 12 Eckpunkte der IG Metall entwickelt. Eine Forderung war dort zum Beispiel, daß jeder in der Gruppenarbeit die Mögichkeit bekommen sollte, sich soweit zu qualifizieren, daß er auch die Spitzenlohngruppe in seiner Gruppe erreichen kann. Es wurde ja argumentiert, daß jeder in der Gruppe alle Arbeiten ausführen können soll. Das heißt, gleiches Entgelt für alle in der Gruppe. Nach mehreren Monaten erster Praxis mit den Pilotgruppen wurden Umfragen mit den Beteiligten durchgeführt, wie sie die neue Arbeitsform einschätzen. Auffällig ist hier, daß fast alle ganz klar sagen: ‚In jedem Fall profitiert die Firma durch die neue Arbeitsform sehr' und *‚Für uns ist die Streßbelastung höher als vorher'*. Gleichzeitig wird aber auch von fast allen gesagt: *‚Wir möchten nicht in die alte Arbeitsform zurück'*.

Interview mit Wolfgang Schaumberg zur Einführung der Gruppenarbeit bei Opel-Bochum im *express* dokumentiert

Außerdem in der **Juli/August-Ausgabe** des *express*:

Innerdeutsche Solidarität der Gewerkschaften: Solidaritätsfonds zur Qualifizierung und Beschäftigung ● Absentismus: Unternehmensstrategien zur Mitarbeitermotivation ● Disziplinierungsmaßnahmen gegen den Krankenstand: die Umstrukturierung des Postdienstes ● Seid umschlungen Millionen: Das Vermögen des FDGB ● USA: Deregulierung der Eisenbahn ● Was ist mit dem Recht auf Arbeit: Beitrag zur Verfassungsdiskussion ● Buchbesprechung ● Gewerkschaftsspiegel ● u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1, Tel. 069/88 50 06**

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Neue Mauern in Europa (Heft 39)
Soziale Politik in der EG
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* ,,Wenn das Auge über die Mauer springt''. Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* ,,Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen''. Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des ,,realen Sozialismus'' ● *Feurich:* ,,Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben.'' ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den ,,fünf neuen Bundesländern'' ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der ,,Sozialunion'' zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

stellvertretende deutsche UNO-Botschafter Vergau als ersten plausiblen Einsatzort für die Bundeswehr unter UNO-Kommando Kambodscha genannt. Angenommen, es kommt dort demnächst zu einer UNO-überwachten Vereinbarung. Dann werden UNO-Truppen (und zwar nach dem Willen von Vergau, Kanzler Kohl u.v.a mit deutscher Beteiligung) in einem ersten Schritt als Puffer zwischen Regierungstruppen und Partisanen der Roten Khmer stationiert. Kambodscha ist aber nicht Zypern, und Pol Pot ist symbolisch noch gefährlicher als Saddam. Es handelt sich also um eine äußerst heikle Situation. Selbst wenn man von ,,Blauhelmen'' spricht, werden das potentielle ,,Dschungel-Stürmer'' mit modernsten Kampfhubschraubern usw. sein müssen. Es hätte auch sonst gar keinen Sinn, eine weit entfernte Großmacht hineinzuverwickeln.

Sicherlich wird Deutschland auch nicht als einzige Großmacht in diesen Dschungel gehen. Es wird dann Wahlen geben. Diese Wahlen wird Pol Pot entweder gewinnen (was Kenner nicht ausschließen) oder z.B. knapp verlieren. In beiden Fällen droht eine Nichtanerkennung durch eine der Bürgerkriegsparteien. Es drohen Provokationen gegen die ,,Blauhelme'', es drohen Terroranschläge, es drohen Scharmützel. Angenommen, das Pentagon entscheidet sich dann für eine weitere Lektion vom Typ ,,Wüstensturm'', nämlich diesmal gegen Pol Pot. Angenommen, der Sicherheitsrat übernimmt das Kommando, dann steht die Bundesregierung vor der Wahl, entweder ihre Soldaten abzuziehen und für ewige Zeiten als ,,Drückeberger'' dazustehen oder in einen Dschungelpartisanen-Krieg vom Vietnamtyp hineinzuschlittern.

,,Südafrika 2001'' (oder Azania, wie es dann vermutlich heißen wird): Angenommen wird ein historischer Kompromiß zwischen den verfeindeten Gruppen, der formelle Gleichberechtigung schafft, aber der weißen Minderheit und eventuell anderen Minderheiten durch ein kompliziertes Mehrkammernsystem mit Vetorechten sowie durch ihr faktisches Monopol auf die Armee und Polizei weiterhin eine gewisse Hegemonie sichert. Dieser Kompromiß wird nach Jahren wachsender Spannung von der jüngeren Generation der Schwarzen massiv in Frage gestellt. Es kommt zur faktischen Spaltung des Landes und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. UNO-,,Blauhelme'' unter vorwiegend deutscher Beteiligung werden zwischen den Fronten stationiert. Es kommt zu einem verheerenden Terroranschlag mit undurchsichtigem Hintergrund gegen die deutschen ,,Blauhelme''. Die Bildzeitung schiebt die Schuld einem militanten schwarzen Führer in die Schuhe. Der MAD behauptet, die Rückzugsgebiete der Terroristen genau zu kennen. Die Bundesregierung, die ihr Gesicht als Großmacht nicht verlieren will, entschließt sich zu einem massiven ,,Vergeltungsschlag'' aus der Luft, der Hunderte schwarzer Zivilisten tötet. Von da an eskaliert der Konflikt.

Es ließen sich zahlreiche andere Szenarios mit ähnlicher Plausibilität simulieren. Das Resultat ist immer: Der Einstieg in globale Interventionen ist auch unter UNO-Flagge für eine Großmacht wie Deutschland ein Unternehmen mit Höchstrisiko. Würde eine neue Risikotechnologie genehmigt bei höheren Unfallrisiken als fünf Prozent? Oder wenn die Technik von politischen Eilentscheidungen oder gar Massenpsychologie abhängig wäre? Wer von ,,gewachsener Verantwortung'' redet, ohne solche Fragen auch nur zu berühren, kann nicht ernst genommen werden.

Wieso soll das bisherigen Modell Japan-Deutschland also plötzlich indiskutabel geworden sein? Natürlich müßte es ausgebaut werden, etwa in Richtung einer relativ großen zivilen Katastrophenhilfe und einer Spezialisierung auf Beiträge zu präventiver Deeskalation. Deutsche Spezialeinheiten dagegen würden Deutschland zum drittenmal in diesem Jahrhundert völlig falsch orientieren.

Kurzer Nachtrag: Bei der Diskussion der Thesen in Bonn wandte der Ex-DDR-Außenminister Markus Meckel (SPD) ein, UNO-Einsätze, ob als ,,Blauhelme'' oder als offensive Militäraktionen nach Artikel 43, müßten nicht ,,automatisch'' zu gefährlichen Eskalationen führen. Es gebe keinen ,,Automatismus der Eskalation''. Weil dieses Arguemnt ungemein charakteristisch für die ,,linke'' Interventionsposition ist, eignet es sich sehr gut dazu, ein fundamentales Mißverständnis zu beseitigen. Nirgendwo unterstelle ich in den Thesen einen ,,Automatismus'' der Eskalation — vielmehr analysiere ich das Risiko von Eskalationen. Die Befürworter von Interventionen begreifen leider selten diesen Unterschied. Sie plädieren für den Einstieg in Interventionismus, falls nicht jedes Szenario ,,automatisch'' eskaliert. Das gleicht einer AKW-Befürwortung unter der als ausreichend betrachteten Voraussetzung, daß nicht jedes AKW ,,automatisch'' zum GAU führt.

Ich argumentiere dagegen risikoanalytisch: Wenn ein erhebliches Risiko besteht, daß unter vielen Einsätzen einige oder auch nur einer ,,aus dem Ruder läuft'', halte ich den Einstieg für unverantwortlich (analog etwa zu Risikotechnologien). Allerdings meine ich zeigen zu können, daß die Risiken einer ,,Entgleisung'' der Interventions-Operationen von Großmächten (und zwar auch unter UNO-Flagge) ungemein viel höher liegen als etwa das Risiko eines AKW-GAUs innerhalb von ca. fünfzig Jahren. ■

LUDI LODOVICO

Katheder-Irrationalismus (I): Flottenprofessoren

Daß der ökonomische „Exportweltmeister", der nach dem Zusammenbruch des staatlich verwalteten Pseudosozialismus auch seine volle politische Souveränität und territoriale Arrondierung erreicht hat, jetzt politisch Kasse machen will, ist trivial. Allerdings auch wieder nicht so trivial, daß man es nicht wiederholen müßte, z.B. jenen Verabschiedungen gegenüber, die als abgestandenen Marxismus abtun möchten, was erstmals von Marx bündig begründet wurde: daß jede politische Macht, unter welcher ideologischen Firma und mit welchen Absichten sie auch auftritt, ihr wichtigstes Fundament in der ökonomischen Potenz hat — und sei es in der bloßen Masse von Land, förderbaren Rohstoffen oder Massen von potentiellen Arbeitskräften bzw. Konsumenten.

Politische Mächte, denen das ökonomische Fundament fehlt, verrottet oder ganz abhanden kommt, überlebten in der Geschichte nie lange als politische Mächte — Spanien und das mittelalterliche Burgund sind bekannte historische Beispiele; am Untergang der Sowjetunion wird Marx' Feststellung katastrophisch nachzuvollziehen sein. Präziser und mit sehr viel mehr Recht als beim gewaltförmigen „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" wird man sich bei der Analyse von dessen Untergang des usurpierten Namens erinnern.

Die Justierung von ökonomischer und politischer Macht ist immer ein komplizierter Prozeß, der mit einfachen Schematismen („Basis"/„Überbau") nicht zu fassen ist. Im Staatstheater BRD präsentiert sich dieser Anpassungsprozeß momentan als lächerliche Klamotte (Hauptstadtfrage) und als Stammtisch-Gewäsch — nämlich als Debatte darüber, wohin man in welcher Konstellation Soldaten mitschicken soll bei den zukünftigen Schlachten um die Erhaltung jenes globalen status quo, an dem voraussichtlich die Hälfte bis zwei Drittel der Welt zugrunde gehen werden. Noch wirkt der Grundgesetz-Klotz dagegen, daß aus dem D-Zug ein Panzer-Zug wird: Mehr Power, Reichweite und Tempo — also Einsätze rund um den Globus im Interesse und unter dem Kommando von allem, was auf den Namen „Westen" hört — sind nur zu haben, wenn man die Verfassungsbremsen lockert, „normalisiert". Und dafür braucht jede Regierung die SPD. Die hat sich in Bremen artig geschlagen. Ob sie ihre oppositionelle Schönwetter-Position halten kann (und will), wenn sie dereinst wieder einmal regiert, ist nicht vorauszusagen. Skepsis ist nicht angebracht, sondern obligatorisch.

„Die Rolle der BRD in der Welt" muß angeblich neu definiert werden; das Profil der BRD als „Weltmacht" beflügelt die Branche und die Zuschauer. Die publizistischen Debatten um den Golfkrieg und im Vorfeld des Bremer Parteitags der SPD bereiteten einem ein seltsames déjà-vu-Erlebnis: In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, rund 20 Jahre nach der Reichsgründung und in einer Periode des relativen Friedens und hektischer wirtschaftlicher Entwicklung (mal hoch, mal runter) setzte im Kaiserreich eine Diskussion darüber ein, wie nun die per saldo seit 1871 hinzugewonnene wirtschaftliche und politische Macht in Kolonialbesitz oder wenigstens „Einflußsphären" umzumünzen sei. Ein Fieber verbreitete sich: die Kolonienschwärmerei und der Flottenenthusiasmus, denen sich auch starke Köpfe nicht zu entziehen vermochten.

Max Weber definierte in seiner Freiburger Antrittsvorlesung (1895) nationale Normalität nach 20 Jahren Einheit und wirtschaftlichem Aufstieg als „Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik". Wörtlich: Die nationale Einheit erschien ihm als „Jugendstreich", dem endlich reife Taten folgen sollten. Der Liberale Friedrich Naumann begründete die „Erweiterung der preußisch-deutschen Militärmacht zum Weltreich" geradewegs aus dem „neudeutschen Staats- und Machtgefühl" (1900) heraus.

Mit historischen Vergleichen soll man behutsam umgehen. Dies lehren gerade wieder die ebenso gespenstischen wie anachronistischen Vergleiche (Hitler-Saddam, Assad-Stalin) im Streit um den Golfkrieg. Mein Vergleich zielt keinesfalls auf eine Gleichsetzung des wilhelminischen Reiches mit der BRD. Wenn ich im folgenden die „Weltmacht"-Debatte in der BRD (den Weltzusammenhang des Völkerrechts", wie es großspurig in der „Kommune" 3/91, G. Held hieß), mit Diskussionen um den „Platz an der Sonne" (Staatssekretär Bernhard Frh. v. Bülow, 6.12.1897 im Reichstag) für das deutsche Kaiserreich vergleiche, will ich dem kaiserlichen und dem Bonner Personal nicht die gleichen Intentionen unterstellen.

Deutsche Professoren und die Macht

Vergleichbar bis zur Ununterscheidbarkeit erscheinen mit jedoch die Mentalitäten, jener durchwegs machtfernen Professoren, die dem angeblich zu spät und zu kurz gekommenen Kaiserreich ideologisch beisprangen, und jenen Intellektuellen — von links bis rechts —, die heute an der Positivierung von Begriffen wie „Weltpolitik" oder an der Affirmation von „Weltmacht" beflissen mitstricken: „Schlagfertige Zivilität ist manchmal menschlicher als lähmende Friedlichkeit" (G. Held, „Kommune" 3/91). Der begriffliche Wilhelminismus solcher Argumentation regt den Vergleich an, nicht die realgeschichtliche Situation. Genschers Terminologie ist dagegen ein Aus-

bund von Rationalität. Zwei Weltkriege nach der ersten Weltmacht-Debatte unter deutschen Professoren und Intellektuellen eröffnen sich anregende Aussichten: Sollten jene, die aus gehöriger Distanz zur Macht schreiben, aus der Geschichte noch weniger gelernt haben als jene, die die Macht mehr oder weniger direkt verwalten?

Im Kaiserreich nahm die Freiwilligenarbeit der Professoren und Intellektuellen ordentliche Dimensionen an, also Vereinsform: Honorable Professoren aller Universitäten von Gustav Schmoller über Karl Lamprecht bis zu Richard Ehrenberg, Wilhelm Wundt und Ernst Haeckel waren sich nicht zu schade, im Namen des „Deutschen Flotten-Vereins" im Lande herumzureisen, um für die kaiserliche Flotte und deren Ausbau zu werben, getreu der ministeriellen Vorgabe: „Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden, wie diejenigen anderer Mächte" (Bülow, 6.12.1897). Man nennt die Herren seither „Flottenprofessoren". Wenn man deren Argumente liest, sticht die mentale Verwandtschaft mit den heutigen Macht-Apologeten von rechts ebenso ins Auge wie mit den frischgebackenen von links. Die gleiche, faktisch seit dem Kaiserreich wohl eher gewachsene Distanz zur Macht läßt heutige Intellektuelle blind nach „Realitäten", „Positivitäten", „Machtzuwachs" und wolkigen „Werten" greifen, die sie in berufstypischer Verblendung für den Boden halten, auf dem die Welt steht (wo es doch nur ihr Kopf ist, in dem sich die Welt so herum dreht). „Wenn man also schon von einer Pax americana als Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik reden will, dann wäre dies keine territoriale Reichs- oder Kolonialordnung, sondern eine Rechtsordnung" (J. Schmierer, „Kommune" 3/91). Ohne Ranküne und alle Unterschiede eingeräumt, muß festgehalten werden dürfen: Der Nazi-Jurist E.R. Huber rezensierte 1941 die Schrift seines Kollegen und Nazi-Juristen C. Schmitt über „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff des Völkerrechts". Huber/Schmitt wollten „den alten Imperialismus" der westlichen Mächte als nur „faktisches Machtsystem" abtun und „die neue Großraumordnung" dagegen als „echtes Rechtssystem" anbieten und wörtlich: „erhöhen". So einfach kann man es sich heute denn doch nicht mehr machen mit der „Erhöhung" bzw. der „dialektischen Verwandlung" (Huber) von Machtgebilden in „Rechtssysteme". Der Fluchtpunkt radikaler Realitäts-Gier ist der reine Irrationalismus.

Der Beschwörung von „Völkerrecht", „westlichen Werten", des „westlichen Westens" („Kursbuch" 104, 1991), des „realen Weltmarktes" (G. Held, „Kommune" 4/91) oder der „Realwirtschaft" (W. Polster/K. Voy, „Kommune 6/91: „Für ein Land ohne Atomwaffen ist aber Geld der einzig mögliche Kristallisationspunkt nationaler Machtentfaltung") ist nur vorzuhalten, was die Aufklärung, hier mit Herder bereits 1797, trocken bilanzierte: „Am wenigsten kann also unsere Europäische Cultur das Maß allgemeiner Menschengüte und Menschenwertes sein; sie ist kein oder ein falscher Maßstab. Europäische Cultur ist ein abgezogener Begriff, ein Name... Überdem sind mit ihr (wer darf es leugnen?) so viele Mängel und Schwächen, so viel Verzuckungen und Abscheulichkeiten verbunden, daß nur ein ungütiges Wesen diese Veranlassungen höherer Cultur zu einem Gesamt-Zustande unseres ganzen Geschlechts machen könnte".

Weltpolitischer Bekennerdrang

Auf der hektischen Suche nach ideologischen Erklärungen und Haltegriffen kam der Bonner Politikwissenschaftler H.P. Schwarz Mitte der 80er Jahre auf den Begriff „Machtvergessenheit" — zugleich als Vorwurf gegenüber und Erklärung der neueren Friedensbewegungen. Solche Begriffe fallen nicht vom Himmel. Man kann derlei vielleicht als mentale Disposition in sich tragen; wahrscheinlicher kriegt man solches in generationen-übergreifenden, sozialpathologischen Lernprozessen eingetrichtert. Der „weltpolitische" Bekennerdrang wuchs sich schon bei den „Flottenprofessoren" von der anfänglichen Macht-Affirmation zur finalen Macht-Stimulierung aus. „Nicht mehr europäische Festlandprobleme beschäftigen heute den Staatsmann in erster Linie, sondern seine Sorgen und Bestrebungen umspannen den Erdball", so ein anonymer „Vaterlandsfreund" aus dem „Flotten-Verein" 1899. Professorale Skrupel gab es jedoch auch. Schmoller schrieb 1900 in einer von der „Freien Vereinigung für Flottenvorträge" herausgegeben Propagandaschrift: „Vielleicht hätten wir besser das Wort Weltmacht und Weltmachtspolitik in bezug auf Deutschland vermieden; es ruft falsche Vorstellungen hervor". Aber die rationale Skepsis hielt nicht lange vor; er mochte dann doch nicht abseits stehen in der fiebrigen Hitze, in der für die Unterstützung ökonomischer Interessen jedes staatliche Machtmittel als probate Selbstverständlichkeit erschien: „Es handelt sich um die viel allgemeinere Frage, ob die Handelspolitik heute oder in künftiger Zeit überhaupt unabhängig von der Machtpolitik und den Machtmitteln des Staates zu führen sei. Das glaubte man und behauptete man gegen die Mitte unseres Jahrhunderts. Das sind Meinungen, die heute noch verbreitet sind; in den Kreisen der Friedensschwärmer, der politisch radikalen Parteien, der Arbeiterkreise herrschen sie noch vor". Damit war vor allem die SPD gemeint. Und der gedachte man ihren Oppositionsgeist notfalls abzukaufen: mehr Volksrechte gegen die Zustimmung zum wahnwitzigen Flottenbauplan von Tirpitz'. Zu Bebels Lebzeiten hat das nicht geklappt, aber am 4.8.1914 brachen dann alle Dämme gleichzeitig.

„Out-of-Area"-Einsatz, wie es heute heißt, buchstabierte der Flottenprofessor Ernst Francke 1990 so: „In der Aera der Weltpolitik genügt das Heer allein nicht mehr. So sehr unsere Armee immer die scharfe Wehr für die Europapolitik bleiben muß, so dringend nötigt uns der Wandel der Zeiten und Verhältnisse, daß wir auch auf dem Welttheater nicht als Statisten im Hintergrunde uns herumdrücken, sondern vorn an der Scene, wo die großen Rollen agieren, stehen". Wie gesagt, ich unterstelle den Bonner Politikern und Militärs nicht, sie wollten möglichst bald so „vorn ... agieren" wie die Führung des Kaiserreichs, die 14 Jahre danach den Weltkrieg provozierte: den „Griff nach der Weltmacht", bevor England ahnte, worauf der Flottenplan des kaiserlichen Admirals hinauslief. Erstaunlich finde ich jedoch die Parallelitäten in der mentalen Verfassung machtferner Intellektueller um 1900 und der 90er Jahre. Vom FAZ- oder Spiegel-Feuilleton aus, von ehedem kritischen Zeitschriften und aus der intellektuellen Sumpflandschaft der Zeitgeistpostillen herüber wird dem Publikum und der BRD-Führung eingeflüstert, endlich aus dem Schatten der Geschichte heraus und heroisch an die Rampe des Welttheaters zu treten: „Keinen Wüstensturm mehr ohne uns!" Aus unreflektierter, allemal irrationaler „Verantwortung" für „Macht" oder „Machtzuwachs" muß jede „Realpolitik" gesinnungstüchtig werden — bis zur Besinnungslosigkeit. Das ist der (gesinnungsethische) Kern jeder sog. Verantwortungsethik. Die das Wort laufend im Munde führen, haben es nur noch nicht gemerkt.

Eine gerade Linie führt personell von den Flottenprofessoren der Jahrhundertwende zum berühmten „Aufruf der 93" vom 4.10.1914 zur vorbehaltlosen Unterstützung der deutschen Kriegsführung, den Überfall auf das neutrale Belgien eingeschlossen. Diesen Aufruf unterzeichneten schließlich rund 4000 — fast alle — Hochschullehrer an den damals 53 deutschen Universitäten und Hochschulen; nicht dabei waren wenige souveräne Köpfe (Max Weber, Alfred Weber, G.F. Knapp, Ludwig Quidde, L. v. Wiese, F.W. Foerster, Walter Schücking und Lujo Brentano), öffentlich dagegen gerade mal vier (!), die alle schwer sanktioniert wurden (G.F. Nicolai, Albert Einstein, Otto Bueck und Wilhelm Foerster). Jener Aufruf, dessen mentale Spuren bis in einzelne Beiträge von bundesdeutschen Professoren, Feuilletonisten und Publizisten zum Golfkrieg und zur nachfolgenden „Macht"-Debatte zu verfolgen sind, trug den Titel „An die Kulturwelt!" und endete zwangsläufig mit der Positivierung des „Militarismus" im Dienste der „Kultur": „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutz ist er aus ihr hervorgegangen". Déjà vu, alles wie gehabt; einzig „Kultur" muß man durch „Westen" oder „Zivilisation" ersetzen. ■

UWE KREMER / SUSI MÖBBECK *

Die SPD auf der Couch

Zur Identitätskrise der Sozialdemokratie

Man mag den Abschluß des innerparteilichen Generationenwechsels auf dem Bremer Parteitag der SPD und die sozialdemokratischen Erfolge in den Bundesländern als Signale für eine politische Trendwende interpretieren — erst recht, wenn man dem die jüngsten Spekulationen über einen möglichen Koalitionswechsel der FDP zuordnet. Allerdings besteht ein erheblicher Unterschied zwischen einer Situation, in der die SPD eine Regierungsübernahme aufgrund der inneren Schwäche des gegenwärtigen Regierungslagers „billigend in Kauf nehmen muß" (wie es Peter von Oertzen einmal im sozialdemokratischen Stimmungshoch Mitte 1987 formulierte), und einer hegemonialen Konstellation, in der sich der Wille zu einem erneuten reformpolitischen Aufbruch aus eigener Kraft ausdrückt.

Die Frage nach einem politischen Gezeitenwechsel mobilisiert zunächst einmal Erinnerungen an die 60er Jahre. Doch der Unterschied zur heutigen Situation ist offenkundig. Außer- und vorparlamentarische Aktivitäten spielen im Westen eine denkbar geringe Rolle und die Bewegungen und Kämpfe im Osten stellen sich im wesentlichen als verzweifelte Abwehr der Anschlußfolgen dar, gepaart mit einer außerordentlich starken Distanz zum (partei)politischen Raum. Ist schon insoweit Skepsis gegenüber der These von einem Trendwechsel angebracht, stellt sich sodann die Frage, ob die Sozialdemokratie in ihrem programmatischen Profil und ihrer politischen Darstellung, in ihrer Mobilisierungsfähigkeit und Identität aus eigener Kraft zu einem Trendwechsel beitragen könnte.

Nun hält die Serie landespolitischer Erfolge im großen und ganzen schon seit vielen Jahren an (angefangen mit den Wahlsiegen in NRW und im Saarland Mitte der 80er Jahre). Es ist bislang allerdings nicht gelungen, sich als bundesweite Alternative zu profilieren und politisch durchzusetzen. Dabei war die Entwicklung der Partei in den 80er Jahren durchaus von einer bemerkenswerten programmatischen Erneuerung geprägt, die sich von den Nürnberger Parteitagsbeschlüssen von 1986 über die Programme „Arbeit und Umwelt" und „Fortschritt 90" bis zum Berliner Grundsatzprogramm erstreckte. Doch selbst wenn man der meinungsbildenden Kraft von Programmen von vorneherein skeptisch gegenübersteht, überrascht doch die geringe Wirkung, die von dieser Entwicklung auf die Rolle der Sozialdemokratie in der politischen Landschaft ausgegangen ist.

Bei allen Unterschieden zwischen den Wahlkämpfen 1987 und 1990 kann doch als entscheidender Vorgang festgehalten werden, daß die Anstrengungen einer programmatischen Neuprofilierung der SPD durch das konterkariert worden sind, was im linken Jargon als „neokonservative Hegemonie" bezeichnet wird. Wichtig ist bei dieser Feststellung, daß sich „Hegemonie" gerade durch ihre Wirkung im „gegnerischen Lager" auszeichnet, was sich konkret am Einfluß marktliberaler und später auch nationaler Ideologeme innerhalb der Sozialdemokratie festmachen läßt. Dieser Einfluß hat die Politik der SPD mehr bestimmt als die eigene Programmatik. Das wird im übrigen daran deutlich, daß — anders als Anfang der 70er Jahre — der Ausbau der „Demokratie" niemals zu einem Hauptthema der Oppositions-SPD gemacht worden ist, obwohl dies klassischerweise den zentralen Unterschied zu jedem konservativ geprägten Diskurs ausmacht.

Die politische Erfolglosigkeit im nationalen Rahmen scheint nun innerhalb der SPD einen Stillstand der programmatischen Anstrengungen und politischen Profilierungen mit sich zu bringen. Der Bremer Parteitag hat dafür einige wichtige Anhaltspunkte gegeben:

Foto: P.E. Jansen

Innenpolitisch beherrschte die Suche nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Perspektiven für die sechs neuen Bundesländer die Debatte. Verabschiedet wurde ein Leitantrag unter dem Titel „Deutschland in neuer Verfassung", in dem ein nationaler Aufbauplan mit umfassendem Infrastrukturprogramm gefordert und Kriterien für eine neue Verfassung formuliert werden. Obgleich in der Debatte nicht mit harscher Kritik an der marktradikalen und unsozialen Politik der Bundesregierung gespart wurde, sind die Konturen eines alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts kaum erkennbar. Nicht umsonst kennzeichnete die FAZ den Antrag im Vorfeld des Parteitags als „provozierend marktkonform". Die Erosion einer marktgläubigen Regierungspolitik angesichts der industrie- und strukturpolitischen Herausforderungen in Ostdeutschland (aber nicht nur dort) wird nicht zum Anlaß genommen, eine grundlegende „ordnungspolitische Wende" auf ökonomischem Gebiet zu forcieren. Engholms Äußerungen deuten ebenso wie sein Beraterstab daraufhin, daß sich auf diesem Gebiet weiterhin nicht mehr abspielen wird, als in Kompromissen mit der Regierung verhandelbar ist.

Überragendes Thema des Parteitags war die „Blauhelm-Diskussion". Der beschlossene „Kompromiß" — Grundgesetzänderung, um die Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedensmissionen zu ermöglichen, bei gleichzeitig strikter Ablehnung von „out-of-area-Einsätzen" — geht haarscharf am Problem vorbei, denn eine entsprechende GG-Änderung wird mit den Koalitionsparteien nicht zu machen sein, was Engholm gleich nach dem Parteitag von dieser Bestimmung abrücken ließ. Mit dem europapolitischen Beschluß und den Vorschlägen für eine Reform der UNO liegen zwar grundlegende programmatische Vorstellungen von einer neuen Weltfriedensordnung, weltweiter sozial-ökologischer Entwicklung sowie der Rolle der UNO und Europas vor. Aber in den politischen Beiträgen wurde doch deutlich, daß die Sozialdemokratie in der internationalen Politik noch keine — über die Blauhelmfrage hinaus — sichtbare Alternative zur konservativen Definition europäisch-deutscher Politik zu bieten hat.

Politische Identitätskrisen

Umrahmt wurden diese Diskussionen von einer Grundsatzrede des neuen Parteivorsitzenden, mit der er sich klar von den bisherigen Tönen Oskar Lafontaines abhob und in die Tradition von Helmut Schmidt, Willy Brandt und — „versöhnen statt spalten" — von Johannes Rau stellte: nationale Zusammengehörigkeit beschwörend, wenig zuspitzend und in Allgemeinplätzen verharrend. Inhaltlich fiel die Rede in vielen Passagen deutlich hinter Grundphilosophie und Positionen des Berliner Grundsatzprogramms zurück. So muß man heute eine Entkoppelung von programmatischer Erneuerung, politischer Selbstdarstellung und personeller Veränderung konstatieren, die in der Partei nur auf begrenzten Widerstand stößt: Zu stark sind wohl die Hoffnungen, die an den neuen Vorsitzenden und die „schmucke Riege der Ministerpräsidenten" (Anke Fuchs) gebunden sind.

Dies verweist auf ein viel tieferliegendes Problem: die Frage nach der Aktivität und der Identität dieser großen und komplexen Partei. Denn es geht ja nicht nur um Programme und Parteitagsbeschlüsse, sondern vor allem auch um das „Milieu", in dem sozialdemokratische Politik stattfindet.

Organisatorische Aushöhlung

Während bis Mitte der 80er Jahre unter dem Einfluß der damaligen sozialen Bewegungen und befreit von den Regierungszwängen der Schmidt-Ära in der Mitgliedschaft eine spürbare Zunahme der Aktivitäten und im „Apparat" unter dem damaligen Geschäftsführer Peter Glotz ein intensives Nachdenken über „Kampagnenfähigkeit" und „lebendige Ortsvereine" zu verzeichnen war, trat diese Seite der innerparteilichen Erneuerung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre immer mehr in den Hintergrund bzw. wurde auf die Führung von Wahlkämpfen nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen SPD reduziert.

- Die Partei spielt als Mitgliederorganisation kaum noch eine aktive Rolle für die Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins und die Verschiebung von politischen Kräfteverhältnissen.
- Die starre Territorialstruktur mit den Ortsvereinen als Basisgliederung wird veränderten Politikzugängen und fachlichen Anforderungen immer weniger gerecht, während themen- und zielgruppenorientierte Arbeitszusammenhänge (insbesondere die Arbeitsgemeinschaften) als einflußlose Spielwiesen ein Schattendasein fristen.
- Umso problematischer wirkt sich das Verhältnis von Parlamentsfraktionen, sozialdemokratisch geführten Regierungen und Verwaltungen zur jeweiligen Parteigliederung aus, das schon in der Vergangenheit die demokratische Meinungsbildung auf den Kopf gestellt hat. Abgesehen von der zweifellos bedeutenden Ausnahme der Quotierungsdebatte sind erst in jüngster Zeit — vor allem aus den Reihen der Jusos — neue Vorstöße in Richtung „Parteireform" unternommen worden.

Die organisationspolitische Frage ist Bestandteil der sozial-kulturelle Identität und des politischen Charakters der Partei. Das Identitätsproblem der SPD, das sich in der Regierungszeit von Helmut Schmidt stetig ausweitete, schien zunächst im Vormarsch einer breiten Grundströmung aufgehoben, die verwurzelt in den Traditionen der 70er-Jahre-(Partei)Linken, geprägt durch ihre zumeist akademischen Hintergründe, verstärkt durch die Impulse der neuen sozialen Bewegungen und die Distanz zur Schmidt-Politik und belebt durch den Einfluß jüngerer und vor allem weiblicher Parteimitglieder in den 80er Jahren schnell mehrheitsfähig wurde. Sie konnte sich gegenüber einem „rechten" Traditionalismus — wie er Anfang der 80er Jahre im sog. Löwenthal-Papier formuliert wurde — umso besser durchsetzen, als sich auch größere Teile der Gewerkschaftsbewegung auf ihre eigenen Kräfte besannen und sich zugleich gegenüber der Ökologie- und insbesondere der Friedensbewegung öffneten.

Dabei darf man nicht übersehen, daß neben diesen Teilen aus der Erbmasse der früheren „Linken" auch traditionellere Segmente — wie die technokratischen Kommunal- und Ministerialbürokratien und die gewerkschaftlich verankerten Gruppen — eine durchaus bedeutsame Rolle für die Sozialdemokratie spielen, was durch die Entwicklungen in Ostdeutschland noch gefördert wird.

Hinter der hochkarätigen Szenerie von Programmdebatten entfaltete sich seit Mitte der 80er Jahre in Wirklichkeit eine neue Identitätskrise der SPD. Dabei fanden in den vergangenen Jahren die verschiedensten Versuche statt, aus dieser Gemengelage heraus sozialdemokratische „main-streams" und Brückenschläge zu organisieren (meist allerdings mehr auf dem Papier als in der Realität). Gegenwärtig deuten zwei Grundtendenzen an, die für künftige Konfliktlagen eine größere Bedeutung für die politische Darstellung wie auch für die Identität der Partei erlangen könnten: Auf der einen Seite die Tendenz von Lafontaine u.a., gegenüber der „nationalen Frage" wie auch gegenüber den USA eine europäische Identität zu formulieren, die „soziale Frage" aggressiv zu thematisieren und dabei manche marktliberalen Illusionen abzustreifen. Auf der anderen Seite der Versuch (z.B. von Teilen der NRW-SPD), Brücken zwischen dem modernen Aufsteigermilieu und traditionell-„rechten" Klienteln zu schlagen und dabei den Anspruch des „demokratischen Sozialismus" ad acta zu legen.

Wenn wir also den Bremer Parteitag und den neuen Parteivorsitzenden nicht in einer Momentaufnahme beurteilen, sondern zugleich die vorgängige Entwicklung der SPD in der Opposition berücksichtigen, so scheint die Rede von einem politischen Trendwechsel einigermaßen kurzschlüssig. Manche Bedingungen, Daten und Anzeichen sind dafür zwar in der ökonomischen wie in der politischen Landschaft erkennbar. Aber auf der einen Seite fehlt eine gesellschaftliche Schubkraft bzw. Mobilisierung und auf der anderen Seite — dies war unser Thema — ist die Sozialdemokratie des Bremer Parteitags sicherlich noch weit davon entfernt, ihre Identitätsprobleme ausreichend erkannt geschweige denn geklärt zu haben und von da aus aktiver Träger eines politischen Trendwechsel werden zu können. ■

Susi Möbbeck, ehem. Juso-Vorsitzende, ist Mitherausgeberin von **spw**, *Zeitschrift für Sozialistische Politik & Wirtschaft.*
Uwe Kremer ist Redaktionsmitglied von **spw**.

TIM KÖHLER / ULRICH BRAND

Keine *Theorie der Praxis*

Zur Berliner Volksuni 1991

Der Verlust umfassender gesellschaftlicher Theorien und Utopien wird heute von vielen Linken beklagt. Auf der disjährigen Volksuni wurde leider gar nicht der Versuch unternommen, dieser Schwäche auch nur ansatzweise zu begegnen. Eine systematische Verbindung von feministischer, ökologischer, materialistischer sowie internationalistischer Kritik und Praxis? Die Suche nach dem, was man einen ,,neuen linken Grundkonsens'' nennen könnte? Weitgehnd Fehlanzige.

Während es im vergangenen Jahr unter dem Motto ,,Der Sozialismus ist tot — es lebe der Sozialismus?'' noch um eine offensive Diskussion gesellschaftlicher Alternativen ging, dominierten diesmal larmoyante Beteuerungen zu Schwierigkeiten linker Politik heute. Damit aber war der Diskussionsrahmen für viele Veranstaltungen vorgegeben.

Zum von Barbara Thalheim ausgeliehenen Titel ,,Wie im Westen also auch auf Erden'' standen in diesem Jahr die Situation in der Ex-DDR und Probleme des deutsch-deutschen Vereinheitlichungsversuches im Mittelpunkt der Berliner Volksuni. Der Informationsbedarf vieler Ossis zu diesen Fragen ist drängend: Es geht um konkrete Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung. Der Umgang der Ossis und Wessis hat sich im Vergleich zum Vorjahr normalisiert. Damals artikulierten erstere vor allem Unsicherheit und Wut (und wurden dafür von letzteren beklatscht). Heute nehmen sie gleichberechtigter an vielen Diskussionen teil. Dazu paßt auch, daß sich bei der erstmals in der Humboldt-Universität stattfindenen Volksuni weder erwartete ,,Schwellenängste'' von BesucherInnen aus dem Westen noch die Unbekanntheit der Veranstaltung bei den Menschen aus der ehemaligen DDR quantitativ negativ auswirkten. Das Teilnahme-Interesse war bei der zwölften Ausgabe dieses Jahr über Pfingsten fast genauso hoch wie im vergangenen.

Ein breites Angebot gab es zu frauenpolitischen Themen und feministischer Theorie, das weitgehend auch männlichen Teilnehmern zugänglich war. Hier fanden auch die wenigen Versuche statt, eine umfassendere Perspektive zu entwickeln. In dem Workshop der ,,Argument''-Frauen-Redaktion zu ,,Gibt es kritische Fragen an den Marxismus?'' wurde deutlich, daß feministische Theorie ein radikal gesellschaftskritischer Ansatz ist, den die Linke insgesamt beinahe konsequent vernachtlässigt. Die Überwindung des Kapitalismus beseitige nicht das Patriarchat. Deshalb gehe es um ein ,,feministisches Projekt Marxismus''. Der Begriff Revolution wurde hier noch selbstverständlich gebraucht. Einen ähnlich integrativen Ansatz verfolgte Sanchita Basu in ihrem Referat ,,Feminismus hat viele Farben''. Sie problematisierte das Spannungsverhältnis zwischen weißen Feministinnen und Frauen anderer Hautfarben, denen weiße Frauen ,,nicht feministisch genug'' seien. Was gänzlich fehlte, war eine Diskussion der Frage, was anti-patriarchale Veränderungen real für Männer bedeute. Sicherlich ein Verzicht auf Privilegien. Aber: Werden sie sich tatsächlich für ihren eigenen Machtverlust engagieren? Oder bleibt Feminismus nur männlich-linke Phrase? Vollständig konträr war der Eindruck über das schmale Angebot zu ökologischen Themen (nur zehn von einhundertzwanzig Veranstaltungen). Hierbei fehlte insbesondere jeder theoretische Anspruch.

Kann die Linke eine ,,hegemoniale Politik'' formulieren und auf dieser Grundlage für gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen? Dies war eine im Vorfeld gestellt Frage der Volksuni. Dazu die zentrale Veranstaltung über die ,,Schwierigkeiten oppositioneller Politik in Deutschland'', bei der ausschließlich männliche Vertreter der Oppositionsparteien im Bundestag auf dem Podium saßen. VertreterInnen der außerparlamentarischen Opposition fehlten gänzlich. Linke Politik wird damit reduziert auf Parteien und Parlamente. Offensichtlich haben Wolfgang Ullmann (Bündnis 90) und Wilhelm Brüggen (Grüne) vergessen, daß sie ein Ergebnis der BürgerInnen- und Umweltbewegung sind und nicht umgekehrt. Und wo bleibt der Anspruch der Volksuni, den Wolfgang Fritz haug als Mitinitiator formuliert: An ihr solle ,,Kommunikation zwischen sozialen Bewegungen stattfinden, die in der großen Politik keinen oder nur verzerrten Ausdruck finden und oft genug in ein linkes Ghetto eingeschlossen werden?''

Das staatsfixierte Politikverständnis herrschte auch im Publikum insofern, als linke Veränderungsstrategien außerhalb von Parteien kaum diskutiert wurden. Nur am Rande stellte jemand die Frage, inwieweit über Parlamente überhaupt noch progressive Politik gemacht werden könnte. Diejenigen, die politische Parteien nicht für ihr Betätigungsfeld halten, scheinen zu individualisieren, ,,sprechen nur für sich'' (Elmar Altvater). Diskussionen, wie sie die Linke einmal führte, werden ausgeblendet, was einen Verlust an Vielfalt darstellt: So etwa wird Gewalt als politisches Mittel völlig tabuisiert, soweit, daß man nicht einmal die aktuellen RAF-Prozesse thematisierte. Ein anderes Beispiel für die fehlende Auseinandersetzung mit und Ausgrenzung von außerparlamentarischer Organisierung: Keine Diskussion über und mit der sich formierenden ökologischen Linken. Stattdessen rotgrüne Strategiedebatten, deren einziges Kriterium die Erlangung und der Erhalt von Regierungsmacht ist. Die Suche nach Gegenstrategien muß so scheitern. ,,Gegenüber dem Block aus Privilegien, Herrschaft und Reichtum steht das Volk, stehen die plebejischen Traditionen und Kräfte der Arbeit, der kritischen Wissenschaft, der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung, der Studentenbewegung und der alternativen Kultur. Ihnen soll die Volksuni gewidmet sein.'' Wird die Volksuni ihrem Anspruch aus dem Gründungsmanifest von 1980 noch gerecht? Festzustellen war eher eine weitere Akademisierung der TeilnehmerInnen auf beiden Seiten: auf dem Podium und im Zuhörerraum. ■

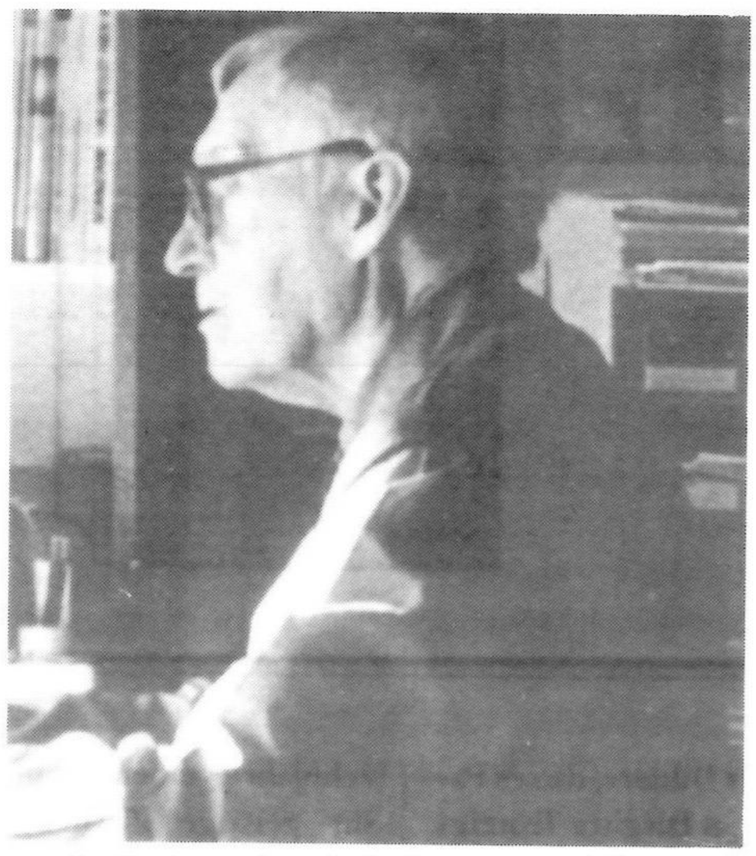
▶ Außerparlamentarische Opposition fehlte ◀

JOACHIM PERELS

Ein katholischer Sozialist

Zum Tode von Walter Dirks

(1901-1991)



Der Tod von Walter Dirks fällt in eine Zeit, da — nach dem Zusammenbrechen der parteikommunistischen Diktaturen des Ostblocks nicht wenige Linke ihre kritische Position gegenüber dem Kapitalismus aufgegeben haben. Es scheint, daß die Feuilleton-Ideologen der FAZ, für die die bürgerliche Gesellschaft den Endpunkt der Geschichte bildet, linkes Terrain humaner und kritischer Utopien in weitem Maße besetzt haben. Der Begriff des Sozialismus jeglicher Provenienz gilt als geschichtlich erledigt. Stalinismus und Sozialismus erscheinen als Zwillinge, als gebe es nicht die Tradition eines demokratischen Marxismus von Rosa Luxemburg bis eben auch zu Walter Dirks. In seinen Erinnerungen heißt es: ,,Auf den (...) Einwand, der Sozialismus sei (...) in den real existierenden Ostländern (...) gründlich widerlegt, ist zu antworten: er kann gar nicht widerlegt werden, es hat ihn noch nicht gegeben.“

Dirks Intention paßt nicht zu den legitimatorischen Bedürfnissen dieser Gesellschaft. Abgesehen von den kritischen Beiträgen von H. Kesting im NDR und von A.A. Guha in der Frankfurter Rundschau wird in vielen Nachrufen, im Deutschlandfunk, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, sorgsam vermieden, Dirks' sozialistische Haltung auch nur zu erwähnen. Die Idee des Sozialismus, für die Dirks ,,Kopf“ und ,,Herz“ ein Leben lang verwendet hat, erfährt eine neue Tabuierung.

Wenn man Dirks' Position mit der anderer intellektueller Linker seiner Generation vergleicht, so springt ins Auge, daß er, der seine Laufbahn als Kulturredakteur der Rhein-Mainischen Volkszeitung beginnt, das Dritte Reich als Feuilleton-Redakteur an der Frankfurter Zeitung von 1935 bis 1943 durchsteht und mit Eugen Kogon 1946 die Frankfurter Hefte gründet, die Gabe einer direkten, elementaren, unverschlungenen, fast brechtischen Schreibweise besitzt. Sie ist nicht etwa bloßes Kunstmittel eines stilistischen Lakonismus. Vielmehr geht es Dirks, der von Anfang an für das Massenpublikum von Zeitungslesern schreibt — noch in der ersten Phase nach 1946 haben auch die Frankfurter Hefte eine Auflage von 50000 Exemplaren — darum, gerade auch die lesenden Arbeiter zu erreichen, seine Aufnahmefähigkeit nicht elitär zu erschweren, sondern an seine Denkmöglichkeiten anzuknüpfen. Dirks nimmt — und auch dies bringt ihn seinen Lesern näher — die eigene Person nicht von selbstkritischen Reflexionsprozessen aus. So betrachtet er, der wahrlich nicht zu den Kopflangern des Nationalsozialismus gehört, seine eigene Rolle in der sogenannten inneren Emigration in der Frankfurter Zeitung durchaus selbstkritisch: ,,(...)Ich schäme mich noch heute einer Glosse, in der das besiegte Frankreich nicht so nobel behandelt wurde, wie es angemessen war (...). Ich habe mich täglich mit Freunden im regimefeindlichen Sinn ausgetauscht, ich habe der Gestapo in einigen Verhören nichts verraten (...). Ich kann mich nicht darauf hinausreden, daß ich für einen aktiven Widerstand nicht gebaut war noch bin (...). Ich fühle mich mitschuldig (...). Ich haben einen schlechten Geschmack im Munde, wenn ich das Wort ,,innere Emigration“ höre. Von der Emigration selbst hielten mich Familienpflichten ab, vom aktiven Widerstand die Angst. Ich war kein Held.“

Das Spektrum der Gegenstände, die Dirks in seinen Aufsätzen, Essays, Glossen, Rezensionen und Büchern behandelt, ist weit. Er richtet seine Energien auf das gesamte Feld kultureller und gesellschaftlicher Produktivität. Es geht um Fragen der Musik, der Literatur, der Theologie, der Politik, des Rechts. Sie werden unter das Vorzeichen des Blicks auf eine andere, humanere Gesellschaft gestellt. Es ist Walter Dirks, der in der ersten Ausgabe der Frankfurter Hefte 1946 die rechtliche und moralische Legitimität der Kriegsverbrecherprozesse gegen die NS-Größen in Nürnberg verteidigt. Und vier Jahre später, als die Versuche grundlegender gesellschaftlicher und staatlicher Neuordnung endgültig gescheitert sind, schildert Dirks in einem weitgespannten Panorama den ,,restaurativen Charakter der Epoche“, in der die bürgerliche Gesellschaft, aus der einst der Faschismus hervorging, so wiederhergestellt ist, als sei nichts geschehen.

Die geistige Physiognomie eines katholischen Sozialisten, die Dirks in eindrucksvoller Kontinuität bis zu seinem Tode kennzeichnet, bildet sich in den zwanziger Jahren unter dem Einfluß der religiösen Sozialisten um Paul Tillich, aber auch durch den Anstoß einzelner Vertreter kritischen Sozialkatholizismus wie Wilhelm Hohoff oder Theodor Steinbüchel heraus. Wilhelm Hohoff, kaum geduldeter Außenseiter in der katholischen Kirche, ist einer der ganz wenigen, der das Denken von Marx, vor allem die Arbeitswertlehre mit ihrer die Produzentenautonomie legitimierenden Konsequenz in die katholische Sozialllehre zu integrieren versucht. Zu den katholischen Denkern gesellen sich die weltlichen hinzu: vor allem der junge Marx mit dem Losungswort des realen Humanisus, das auf die Umwälzung der Verhältnisse zielt, in denen der Mensch ein erniedrigtes Wesen ist; neben Marx wird für Dirks vor allem Georg Lukacs mit seiner Schrift ,,Geschichte und Klassenbewußtsein“ (1923) bedeutsam, die den Marxismus aus einer ökonomistischen Verkürzung zur geschichtlich-praktischen Totalitätserkenntnis zu führen sucht.

Seine ,,jesuanische Christlichkeit“, die für die Armen und Schwachen Partei ergreift, führt ihn zu einer besonderen Sensibilität für Marx' Erkenntnisperspektive. In einem programmatischen Aufsatz in den Frankfurter Heften von 1947 zum Thema ,,Marxismus in christlicher Sicht“ — er hat ihn fast zwanzig Jahre später in einem Sammelband erneut veröffentlicht — tritt er gerade als Christ entschieden dafür ein, aus der Blickrichtung von Marx, von der ,,Existenz des ausgesetzten Ausgebeuteten aus“ zu denken.

Dirks nennt die Konstruktionsfragen einer humaneren Gesellschaft offen beim Namen. Um so eher können sie angegangen werden, statt sie in der Fiktion, die neue Sozialordnung beruhe auf einer schlichten Interessensolidarität, verschwinden. Dirks schreibt: ,,Wie werden Person und Gemeinschaft gesichert sein, wenn die Gesellschaft ‚genossenschaftlich' über eine arbeitsteilige Großwirtschaft verfügt? Wir behaupten keineswegs, daß diese Frage im Sozialismus ohne weiteres gelöst sei. Es handelt sich um eine schwierige und für unser geschichtliches Schicksal entscheidende Aufgabe.“

Dirks übernimmt nicht den in der klassischen Sozialdemokratie wie in der kommunistischen Partei einst dominierenden Begriff eines Sozialismus, der mit der Verstaatlichung aller Produktionsbeziehungen und gesellschaftlichen Lebensvorgänge zusammenfällt. Er entwickelt vielmehr die Idee eines ,,personalistischen Sozialismus“, der ungeachtet einer bestimmten gesamtgesellschaftlichen Planung auf der genossenschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeitenden beruhen soll.

Die Erinnerung an Walter Dirks und die Lektüre seiner — inzwischen in einer achtbändigen Ausgabe zusammengefaßten Texte — kann dazu beitragen, der Gefahr eines kollektiven Gedächtnisverlusts in der Linken entgegenzuwirken. Das Denken von Dirks, geprägt vom herrschaftskritischen 'Ton der Bibel, immunisiert gegen Anfechtungen von Konformität. ■

EDGAR WEICK

Wiederholt sich 1848?

Diskussion in der Paulskirche

Mit den Kongressen in Weimar am 16. September 1990, in Potsdam am 8. Dezember 1990 und jetzt in der Frankfurter Paulskirche am 15. und 16. Juni 1991 ist ein großer Diskussions- und Arbeitsprozeß in Gang gekommen, der in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht mehr ignoriert wird werden können. Noch immer verkörpern diejenigen, die sich an einem Verfassungsentwurf für das vereinigte Deutschland beteiligen, keine Macht. Es waren namhafte Intellektuelle, die das Kuratorium gegründet und den Weg von Weimar über Potsdam nach Frankfurt eingeschlagen haben, nicht zufällig zu einem Ort, der einmal für die bürgerliche Revolution von 1848 große Bedeutung bekam. Sie war damals gescheitert: an der Schwäche der revolutionären Kräfte und an den Grenzen, die sich die Demokraten von 1848 mit ihrem Entwurf einer Verfassung selbst gesetzt hatten.

Foto: Thomas Kunz

Sind es Veränderungen der bestehenden Verhältnisse, die sich, wie Lasalle sagte, in der Verfassung ausdrücken, die jetzt in der Bundesrepublik auf Änderungen des Grundgesetzes drängen? Diese Frage ist bisher so noch nicht erörtert worden. Allein aus der Tatsache, daß die Mächtigen in diesem Lande das geringste Interesse an einer Verfassungsdiskussion und an einer Weiterentwicklung des Grundgesetzes haben, läßt sich schließen: mit diesem Grundgesetz konnten sie gut leben, der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, so wie er nach dem Beschluß der Volkskammer der DDR am 23. August 1990 vollzogen und am 3. Oktober 1990 wirksam wurde, entsprach auch ihren Interessen. Das konservative Lager konnte sich also einig sein, an diesem Grundgesetz strukturell und an seinem politischen und verfassungsrechtlichen Gehalt festzuhalten. Die Bundesrepublik war größer geworden, mehr nicht.

Das Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, das sich im Juni 1990 im Berliner Reichstag konstituierte, sieht die Lage gänzlich anders. Es versteht sich selbst als eine unabhängige Bürgerinitiative, in der sich Menschen aus dem Osten und Westen Deutschlands zusammengefunden haben, um durch eine öffentliche Verfassungsdiskussion einen historischen Auftrag zu erfüllen: Die Einheit Deutschlands in einem Prozeß, an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, auch durch einen gemeinsamen verfassungsgebenden Akt herzustellen. Machtfragen stehen nicht zur Debatte, denn mit dem Zusammenbruch der DDR ist allenfalls ein administratives Vakuum entstanden, auch ein ökonomisches und soziales Gefälle. Eine Massenbewegung, die in den Prozeß der Vereinigung mit konkreten Vorstellungen einer neuen Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingegriffen hätte, gab es nicht. Womit ließe sich also begründen, daß wir eine neue Verfassung brauchen?

In der ausführlichen Denkschrift des Kuratoriums zum Verfassungsentwurf heißt es dazu: *„Das Grundgesetz hat sich in den zurückliegenden vierzig Jahren bewährt. Aber es löst nicht die großen Aufgaben, die jetzt nach dem Beitritt der neuen Bundesländer, beim Zusammenwachsen Europas und beim Eintritt in ein neues weltpolitisches Zeitalter vor uns liegen.*

Vor allem aber: Das Grundgesetz war als Provisorium gedacht. Es wurde 1949 unter dem Eindruck der sich verfestigenden Teilung Deutschlands geschaffen, um — wie die Präambel wörtlich formulierte — ‚dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben'. Nur deshalb heißt es ‚Grundgesetz' und nicht ‚Verfassung'. Eine Verfassung, die dann zurecht diesen Namen trägt, kann es, dem Text des Grundgesetzes und dem Willen des Parlamentarischen Rates zufolge, erst nach der Überwindung der Teilung geben. Das wurde in der Präambel und in der Schlußbestimmung des Grundgesetzes (Artikel 146) unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Auch durch die Neufassung des Artikels 146 im Einigungsvertrag hat sich daran nichts geändert. Das Grundgesetz selbst enthält nach wie vor den Auftrag zur Verfassungsgebung. Die Zustimmung des gesamten deutschen Volkes zu einer deutschen Verfassung bleibt also weiter aufgegeben."

Mit den inhaltlichen Gründen für eine Verfassungsreform wird ein weiter Bogen geschlagen: von der „gigantischen Aufbauarbeit", die im Osten Deutschlands und in Europa zu leisten sei, der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, der „gewandelten" Rolle und

Stellung der Frau in der Gesellschaft" Rechnung zu tragen bis zur Verpflichtung, durch eine radikale Abrüstung zum Aufbau einer neuen Friedensordnung beizutragen.

Im Juni 1991 ließen sich die Versammelten in der Paulskirche gerne an das Jahr 1848 erinnern, doch über die Ursachen des vergeblichen Versuches, damals Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben, sprach kaum jemand. Der Blick war nach vorne gerichtet. Es sollte gleichsam mit einer Verfassungsdebatte nachgeholt werden, was 1989 und 1990 auf der Strecke geblieben ist: Die Wiederbelebung einer deutschen Revolution und die Verallgemeinerung ihrer Träume in einer Gesellschaft mit solidarischen Beziehungen zwischen allen Menschen, in einem Gemeinwesen, *„in dem das Wohl und die Stärke aller aus dem Schutz der Schwachen erwächst"* (ein wirklich schöner Satz aus der Präambel des Verfassungsentwurfs) beflügelte Reden und Diskussionsbeiträge des Frankfurter Kongresses. Ist es Lyrik nur — oder auch die Kraft, einen Verfassungsentwurf als Gesellschaftsvertrag zu konzipieren, in dem nicht nur das Funktionieren des Staatsgefüges geregelt wird, in dem die Bürger als Souverän Rechte behalten und Rechtsansprüche gegenüber dem Staat besitzen, sondern auch die Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Mensch und Natur, der lebenden Generationen gegenüber den künftigen „Verfassungsrang" bekommen?

Der in der Paulskirche vorgestellte Entwurf ist ein eindrucksvolles Dokument, dessen Schwächen sich vielen Teilnehmern des Kongresses erst im Laufe der Diskussion offenbarten. Er ist synoptisch zum geltenden Grundgesetz verfaßt und erlaubt so auf den ersten Blick die vorgeschlagenen Änderungen zu erkennen. Für die öffentliche Diskussion ist das sicherlich ein Vorteil. Wer an den vorangegangenen Kongressen teilgenommen hatte, konnte so sehr schnell feststellen, welche Vorschläge aus diesen Diskussionen aufgegriffen wurden und mit welcher Perspektive die öffentliche Verfassungsdebatte jetzt geführt werden soll: Bürgerrechte sollen nicht nur Deutsche haben, ein Plebiszit wird ermöglicht, die Gleichheit zwischen Mann und Frau prägt den ganzen Entwurf, ein grundsätzliches Recht auf demokratische Teilhabe und Mitbestimmung wird festgelegt, den Bürgerinitiativen werden Rechte eingeräumt, die bislang nur die Parteien in Anspruch nehmen konnte, der Katalog sozialer Grundrechte wird erweitert, ein ökologischer Rat soll bei Gesetzgebung und Verwaltung mitwirken, der Föderalismus wird gestärkt, der berühmte Artikel 20 des Grundgesetzes enthält für den Bund deutscher Länder eine ökologische Verpflichtung und eine Verpflichtung zur Wahrung des Friedens. Zu den friedensverpflichtenden Staatszielbestimmungen gehört auch, den Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen vorausschauend zu begegnen.

Mit der großen Erwartung, daß die Diskussion einer neuen Verfassung jene politischen Gemeinsamkeit stiftet, die durch die Marktwirtschaft und die staatliche Vereinigung nicht zustande kommen konnte, wurde dieser Entwurf vorgestellt. Eine Verfassung dieses Typus soll mit neuen Möglichkeiten der politischen Partizipation eine Selbstwahrnehmung der Gesellschaft ermöglichen, zu der der bisherige Parteienstaat mit seinen Formen des Parlamentarismus nicht in der Lage war. Die Fähigkeit, auch im Dissens zu kooperieren, müsse gelernt werden können. Erst auf einem erhöhten Niveau der politischen Beteiligung ließe sich der materielle Gehalt der erweiterten Grundrechte politisch erzeugen. Es ist wahr, in der Paulskirche traf sich ein anderes Deutschland, vielfältig in den Erwartungen und konkreten Interessen, doch einig eine neue Epoche deutscher Geschichte zu beginnen.

Durchaus dem Charakter einer Bürgerinitiative entsprechend wurde kritisch diskutiert und selbstkritisch nachgefragt, welchen realen Stellenwert die Verfassungsdebatte in der deutschen Wirklichkeit hat. Wer eine grundlegende Verfassungsreform mit einer konsequenten Erweiterung der parlamentarischen Demokratie erwartet hatte, mußte Defizite feststellen. Der „Runde Tisch" als ein das Parlament ergänzendes und kontrollierendes Organ war in diesem Entwurf nicht mehr vorgesehen. Die große „demokratische Entdeckung" unserer Zeit blieb eine geschichtliche Übergangserscheinung. Das Kuratorium hat sich von dieser „Entdeckung" ohne Abschied verabschiedet. Die Funktion des ökologischen Rates läßt nur ahnen, daß es einmal um mehr ging.

Die Diskussion des gesamten Komplexes der sozialen Grundrechte machte deutlich, daß ihr innerer materieller Zusammenhang in einem Kapitel zur Sozial- und Wirtschaftsordnung gewahrt werden muß, in dem dann auch die Rechte auf gesellschaftliche Teilhabe präzisiert werden müßten. Auch darauf haben die Autoren des Entwurfes verzichtet, obwohl das in der entsprechenden Arbeitsgruppe in Potsdam ganz nachdrücklich gefordert wurde.

Es wurde die naheliegende Vermutung geäußert, daß wir auch dieses „roll back" den Erfahrungen mit der vergangenen DDR zu verdanken haben, ebenso wie die Zurückhaltung, ein Recht auf Arbeit in gleicher Weise in den Verfassungsentwurf aufzunehmen wie das Recht auf Bildung und das Recht eines jeden Menschen an seinen persönlichen Daten ohne verfassungsrechtliche Distanzierung ganz selbstverständlich in diesem Entwurf zu finden ist. Ein Recht auf Arbeit mit der sich daraus ergebenden Verpflichtung für den Staat, durch Strukturpolitik, Steuerpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik diesem Recht zu seiner substantiellen Bedeutung zu verhelfen, entspräche den international längst proklamierten Normen. Ein solches Recht hätte verfassungsrechtlich und politisch ein erhebliches Gewicht bei der längst notwendigen Umverteilung der Arbeit. Ein „Runder Tisch" könnte dafür Konzeptionen erarbeiten und die Durchsetzung gewährleisten.

Es ist wahr, aus einer Veränderung der Machtverhältnisse sind die Impulse zu dieser Verfassungsdiskussion nicht hervorgegangen. Sie sind auch nur locker verknüpft mit den Defiziterfahrungen, die wir in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem ja in der Tat recht passablen Grundgesetz und seinem Demokratieangebot gemacht haben. Gelingt es noch, in öffentlicher Debatte nachzuholen, was für die bisherige verdienstvolle Arbeit an diesem Verfassungsentwurf bereits in Anspruch genommen wird, nämlich Verfassungsfragen zu Lebens- und Alltagsfragen zu machen, dann bestehen gute Chancen, daß der eingeschlagene Weg auch zu einem politischen Erfolg führt. Wer allerdings eine Verschiebung nach „links" erwartet, der wird enttäuscht bleiben. ■

PODIUM PROGRESSIV 1

Sebastian Reinfeldt

Rassismus: Die unsichtbare Gewalt

Bereits in der 2. Auflage!
64 Seiten, brosch., DM 3.-

Bestellungen an:
PDS/LiLi, Postfach 3346, 6500 Mainz

PODIUM PROGRESSIV 2

Manon Tuckfeld/ Jens Christian Müller

Kritik zur Theorie eines ökologischen Kapitalismus

76 Seiten, brosch., DM 5.-

Bestellungen an:
PDS/LiLi, Postfach 3346, 6500 Mainz

LILI Korrespondenz

3/1991

Aus dem Inhalt

Jutta Ditfurth u.a. Perspektiven der Ökologischen Linken; *Theodor Bergmann* Kommunistische Alternativen zum Stalinismus; *Uwe Kremer* Das Ende von '17 - das Erbe von '68; *Joachim Hirsch* Nach dem Ende der Neuen Linken; *Leon Reindl* Durchs wilde Kurdistan; *Janine Millington-Herrmann/Anne Neugebauer* Kein §218 in Ost und West u.a.

Probeexemplare anfordern:
PDS/LiLi, Postfach 3346, 6500 Mainz

Foto: Thomas Kunz

Paulskirchenversammlung 1991

WOLF-DIETER NARR

Zum Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder

Nur Sahne auf dem Kuchen *

Verfassungsfragen sind Machtfragen, so lautet die Quintessenz von Ferdinand Lassalle's Vortrag über das „Verfassungswesen" von 1863. Mit Lassalle und über ihn hinausgehend argumentiert, heißt das: die jeweils geltende Verfassungswirklichkeit wird nicht von irgendwelchen Texten bestimmt. Die „Realpolitik", ein Terminus, der nicht lange zuvor von dem enttäuschten 1848er Karl Ludwig von Rochau „erfunden" worden ist, wird vielmehr von den Auseinandersetzungen interessenstarker Gruppen ausgefüllt. Wolf-Dieter Narr beschäftigt sich ebenfalls mit dem Verfassungsentwurf und kommt zu einer anderen Einschätzung als E. Weick.

Es hilft wenig, neue Normen auf eine gebene ökonomisch-politische Struktur und die sie repräsentierenden Interessen zu setzen. Dieselben bewirkten weniger als Sahne auf dem Kuchen. Die Diskussion neuer Verfassungsnormen kann leicht pseudopolitische Aufregung erzeugen. Sie absorbiert Energien, die dazu gebraucht würden, die „wirklichen" Verhältnisse zu ändern. Programmatische und analog dazu verfassungsrechtliche Ersatzbefriedigung also? Eine neue Verfassung oder gravierende Verfassungsänderungen stünden an, wenn „die Wirklichkeit" zu solchen neuen Verfassungsgedanken drängte. Nichts davon ist zu spüren.

Das bürgerrechtliche Salz in der Suppe der Fluchtbewegungen aus der DDR in die BRD ist schnell ziemlich fad geworden (nicht selbstverschuldet meist, aber das steht auf einem anderen Blatt). Die „Revolution", von der selbst zuweilen von Bonner Seite aus gesprochen wird, obwohl von dort alles zur Entsalzung der DDR-Opposition getan worden ist, diese „Revolution" also besaß doch vor allem negativen Charakter. Als staubwirbelnder Zusammenbruch eines innerlich hohlen Systems, das offenkundig fast nur von der repressiv erkauften Hinnahme gelebt hatte.

Die (alt-)bundesdeutsche Arroganz ist zurückhaltender geworden. Teilweise ist sogar Nachdenklichkeit zu beobachten. Das cäsaristische Jahr 1990 ist vorüber: Die kapitalkräftigen, aber gedankenarmen Bundesrepublikaner kamen, sahen und siegten. Die Knickse der neuen Deutschtümler sind wohl etwas verkohlt. Dennoch regiert altbundesdeutsche Treuhand die Stunde. Die entscheidenden Fakten sind längst geschaffen. Der 1. Juli 1990, die Restkapitalisierung der DDR, und der 3. Oktober 1990, die Resteinwicklung eben derselben in die Alt-BRD symbolisieren diese Tatbestände unbeschadet allen erwartbaren weiteren und im Bauch der vergrößerten Republik kräftig rumorenden Verdauungsschwierigkeiten. Keine der etablierten Interessen ist kräftiger verunsichert oder aufgestört. Auch die „opponierende" Sozialdemokratie hat ein neues Spitzengesicht gefunden. Ansonsten verharrt sie so sprachlos wie zuvor in „dilatorischen Formelkompromissen".

Wirklichkeit höhlt Grundgesetz aus

Eine ungleich einflußreichere „Wirklichkeit" höhlt indes selbst die demokratisch menschenrechtlich nicht sehr fette Substanz der gegebenen grundgesetzlichen Verfassung und ihrer noch minderen Wirklichkeit systematisch weiter aus. Dieser Erosionsprozeß geschieht so kräftig und zugleich so insgeheim (als angewandte Abstraktion), daß viele ansonsten durchaus kritischen Geister über die Zivilgesellschaft faseln, als habe sich dieselbe in der Altbundesrepublik schon weithin ereignet (von deren seltsam ätherischer Fassung, fast jenseits vom heutigen Staat und der heutigen, bis zum letzten Pianissimo kapitalisierten Gesellschaft ganz zu schweigen).

Das erste Stichwort, um diesen Aushöhlungsvorgang zu indizieren, lautet euphemistisch: „Europäische Gemeinschaft". Die determinierend-regulative Penetranz dieses

großkapitalistischen und also freien, mobilen und flexiblen Europa reicht längst bis ins letzte Nicht-mehr-Dorf. Und sie nimmt zu, ob nun 1993 schon so kapital rechtsgeeinigt aussieht wie vorgesehen oder nicht. Das vielseitige Reden vom „demokratischen Defizit" verschönt seinerseits. Es handelt sich nicht um ein Defizit; es handelt sich um eine demokratische Bodenlosigkeit.

Damit ist das zweite noch bedeutsamere Stichwort schon gegeben. Es heißt „Weltmarkt". Die Definitionsmacht des im Wort „Weltmarkt" eingekapselten Faktorengeflechts, aus transnationalen Unternehmen, der globalen Wissenschaft und Technologie, den industriell führenden Staaten, eigenen weltweit wirksamen Einrichtungen wie dem IWF (Internationaler Währungsfond), der Weltbank u.a. und der alles dirigierenden zusammen- und auseinanderhaltenden Konkurrenz um Profit ist kaum zu überschätzen. Sie wächst. Sie reicht bis in den letzten Winkel. Keine Arbeit, keine Ausbildung, die von dessen produzierender Produziertheit nicht abhängig wäre. Dieser Weltmarkt realisiert sich täglich in uns. Ob wir nun Äpfel zur „Unzeit" essen oder Bananen verzehren, ob wir uns an Kiwi erfrischen oder liebevoll Blumen verschenken. Nicht nur gilt, daß man, wie Marx trefflich bemerkte, in jedem Geldstück eine ganze Gesellschaftsformation mit sich herumträgt; man trägt den Weltmarkt inwendig im Bauch. Dieser Weltmarkt aber produziert „externe" Effekte noch und noch: „Dritte Welt"-Zustände inmitten der „Ersten"; aber was heißt das anders, als Elend, Hunger, Verslumung, Drogensucht und von der etablierten Gesellschaft „ausgeschiedene" Gewalt, Phänomene, die viele Dritte-Welt-Länder tödlich bestimmen. Hinzukommen all die ökologischen Effekte, die zu Recht in aller Munde sind, so sehr sie dort oft verformt werden. Sie drängen sich häufig stärker in den Vordergrund des Interesses als die sozialen, die letztlich und erstlich ungleich gewichtigeren. Nicht „die Natur", die Gesellschaft zählt und deren Naturumgang.

Kampf um Verfassungspositionen

Verfassung aber, das normative und prozedurale Bleigewicht einer Gesellschaft, die notwendig statisch wirkt und wirken muß, unbeschadet aller täglich neuen Interpretation, verkommt angesichts der Furie weltmarktmächtigen Mobilisierens und Flexibilisierens. Verfassung, die Grenzen braucht (nicht Ausgrenzungen), sozialen Raum und Pflöcke, an denen man sich orientieren kann und muß, sie droht zum luftigen Gebilde zu werden, zum Symbol einer Verfassung, zur symbolischen Verteidigung dessen, was geschieht: am Ort, obgleich weit entfernte Faktoren und Funktionen definieren, was dort passiert.

Auf Katastrophen zu setzen, wäre seinerseits katastrophal. Es hilft nichts, als den „Kampf um Verfassungspositionen" zu verstärken. Allerdings in einem nicht herkömmlichen Sinne. Nicht der Text einer „Verfassung" und seine Veränderung sind primär. Unablässig ist zu versuchen, die sozialen Kosten, die aktuellen und die systematischen Defizite etablierter Institutionen herauszuarbeiten, demonstrativ sichtbar zu machen und politische Überzeugung mit Hilfe besserer Konzepte zu leisten. Das ist es, was Politisierung heißt. Selbstverständlich kann man sich hierbei nicht auf das Politologenkonstrukt, das „politische System", „den" Staat als das der Verfassungsrechtler beschränken. Ein so verstandener, mehrdimensionaler, unterschiedliche Reichweiten und Adressaten besitzender „Kampf um Verfassungspositionen" ist auch vonnöten, weil Lassalle's eingangs angesprochener Machtbegriff nicht zureicht. Menschliche (soziale) Wirklichkeit besteht nicht an sich. Sie kommt durch Konstruktionen, Definitionen, Normen, Projektionen, Symbole u. ä. m. zustande. Wenn Menschen schon ihre Geschichte (immer noch?) nicht machen, interpretieren sie dieselbe doch, übernehmen die Interpretationen anderer und verhalten sich in erheblichem Umfange nach diesen selbst gefundenen, meist weit eher durch die verbreiteten „Formeln der Macht" vorgegebenen Wirklichkeitskonstruktionen. Gegenwärtige Politik, selbst weltmarkt-, EG- u.a. entwirklicht, arbeitet in staunenswürdigem Umgang mit einer zusätzlichen Entwirklichung der Politik bis hin zum Wahlzirkus als Ritual.

Vor dem Hintergrund dieses größeren Zusammenhangs ist es zu begrüßen, wenn das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder" den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegt. Dieses Kuratorium ist im Juli 1990 von etlichen Personen und Vertretern diverser Gruppen vom Komitee für Grundrechte und Demokratie bis hin zu jedenfalls vermittelten und faktischen Vertretern der SPD in west-ostdeutscher Mischung ins Leben gerufen worden. Gründungsauftrag: Diskussion über eine neue Verfassung zu initieren. Nach zwei Konferenzen in Weimar (September 1990) und Potsdam (Dezember 1990) hat der Arbeitsausschuß des Kuratoriums beschlossen, selbst einen Verfassungsentwurf vorzulegen. Das ist nun geschehen. Ich selbst habe zu Teilen daran im freien Mandat des Komitees mitgewirkt.

Der jetzt öffentlich vorgestellte Entwurf vom Mai 1991 zeichnet sich durch eine Reihe von Vorzügen aus:

— er nimmt den in den Versenkung verschwundenen Verfassungsentwurf des *Runden Tisches* (März 1990) wieder auf und drängt darauf, das Grundgesetz nicht umstandslos auf „Neufünfland" (die fünf neuen Bundesländer und Ost-Berlin) auszudehnen. Darum wird Art.146 GG erweitert in Richtung eines Verfassungsverfahrens formuliert;

— er ergänzt und modifiziert den Grundrechtskatalog, um die immer schon versprochene Gleichheit besser zu garantieren und die sozialen Voraussetzungen dafür zu verstärken; außerdem wird auf die zusätzlichen Gefahren und Probleme einer Informationsgesellschaft und der wissenschaftlich-technischen Zivilisation insgesamt wenigstens in Ansätzen reagiert;

— er zeilt darauf ab, das Demokratiegebot des Grundgesetzes auch normativ zu vervollständigen und entsprechende zusätzliche institutionelle Vorkehrungen zu schaffen. Volksbegehren und Volksentscheid werden konstitutionell. Sie befinden sich inmitten einer verstärkten parlamentarischen Demokratie und verbesserter Möglichkeiten bürgerlicher Teilnahme insgesamt.

Diese und andere Neuerungen allein schon machen den Entwurf wert der weiterführenden Diskussion. Nur wenn mit ihm eine solche angezettelt wird, hat er seinen hauptsächlichen Sinn erfüllt. Allerdings sind erhebliche Schwächen und Gefahren dieses Verfassungsvorschlags nicht zu verkennen: Das Grundgesetz wurde in seinem gesamten Aufbau und seiner ver fassungsrechtlichen Logik vorausgesetzt. Entsprechend wurde seine Sprache, soweit wie möglich erhalten oder nachzuahmen versucht (es wurde allerdings durchgehend klargemacht, daß das Grundgesetz für Männer *und* Frauen auch in seiner grammatischen Form gleicher weise gilt).

Organisatorischer Konservatismus

Dieser Grundgesetzkonservatismus hat aber dazu geführt, daß die doch vorgenommenen Neuerungen teils das Grundgesetz komplizieren, teils dieses Grundgesetz erscheinen lassen wie einen reformbespickten Braten (wobei der Braten zählt), teils ganze Bereiche unreformiert aussparen. Zum Beispiel: die gesamte Organisation der Judikative; auch den Großteil der Finanz- und Steuerverfassung; abgesehen von zwei wichtigen, aber dann doch wieder offen gelassenen Korrekturen des „Beamtenparagraphen", also von Art. 33 GG — vor allem der alte, aber nicht zuletzt berufsverböterisch wirksame Zopf der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" wurde abgeschnitten (Art.33 Abs.5 GG) — bleibt auch die Bürokratie weithin unangetastet.

Am meisten problematisch ist das erstaunliche Vertrauen in *den* Staat. Die deutsche Tradition, die sich in einer Art Verrechtlichungsemphase bis hin zu einem Teil der Neuen Sozialen Bewegungen zeigt, scheint immer erneut „modernisiert" durchzuschlagen — allen doch gerade von den Autorinnen und Autoren dieses Entwurfs erinnerten Perversionen zum Trotz. Dieses Vertrauen kommt mächtig zum Tragen in der Vermehrung der Staatsziele, u.a. der Wohnung, der Arbeit, der Umwelt.

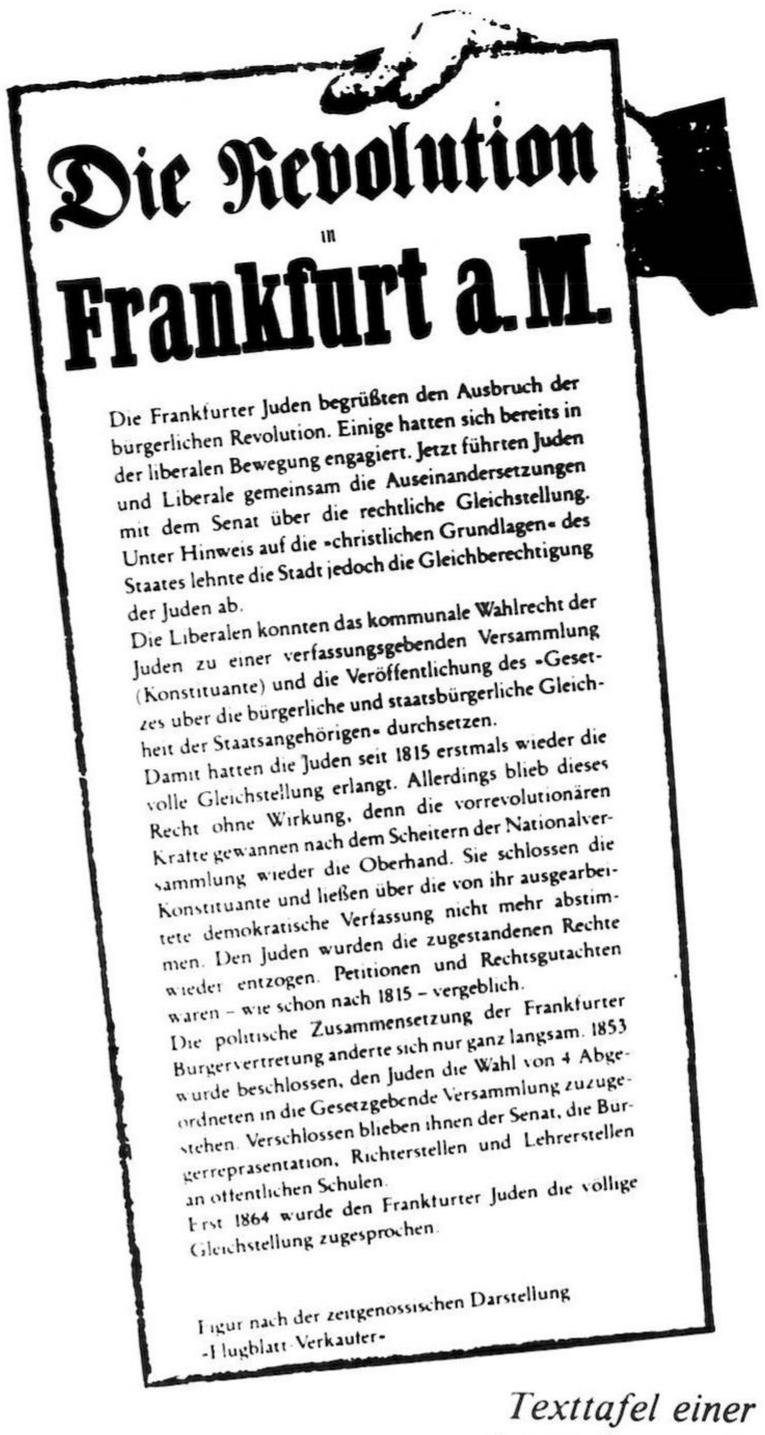
Hierbei treibt der Versuch, diese neualten Staatsziele nicht ins bloß Deklamatorische abgleiten zu lassen, gefährliche Blüten. Art 1 Abs. 3 GG wird folgendermaßen neu formuliert: *„Die nachfolgenden Grundrechte und Staatsziele binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als*

unmittelbar geltendes Recht und entfalten gegenüber Dritten im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechtsordnung verpflichtende Wirkung." Wie kann die verschiedene Qualität von Grundrechten und Staatszielen derart vergessen werden? Wie ahnungslos muß man sein, um unvermeidlich pauschal normierte Staatsziele mit dem Merkmal „unmittelbar geltendes Recht" zu versehen? Ein Ziel zum-Recht zu erheben ist nicht nur sprachlogisch abstrus; dieser qualitative Sprung birgt zugleich die Gefahr in sich, daß nun *der* Staat den dauernden Verfassungsauftrag erhält, überall dort einzugreifen, wo er solchen Eingriff um des „unmittelbar geltenden" Staatsziels willen für angezeigt hält.

Als verfügte der Staat nicht übers Gewaltmonopol und vor allem einen geradezu umfassenden bürokratischen Pluralismus; als wäre es heute nicht an der Zeit rechtsfreie Räume zu schaffen, statt die „fürsorgliche Belagerung" zu perfektionieren, findet das Staatsvertrauen bei den Staatszielen nicht sein Ende. Es setzt sich indirekt, aber bedeutungsvoll dort fort, wo — nach dem Vorbild des Runden Tisches — dazu übergegangen wird, nun auch noch die Neuen sozialen Bewegungen möglichst zu konstitutionalisieren. Als bestünde nicht die Riesengefahr, daß den „Bürgerinitiativen, Bürgerbewegungen", wie sie der neue Art. 9a-Entwurf „in Angriff" nimmt, vollends der kritische Stachel genommen wird, indem man sie wohlgefällig eingemeindet. Als beschwörte man nicht eine neue Diskriminierung zwischen „guten" und „bösen" Bürgerbewegungen herauf oder gar die Handhabe zum verstärkten Eingriff. Das Beispiel der konstitutionell vorausgegangenen Parteien lehrt wenig Gutes. Welch seltsam unabständige Identifikation mit dem liberal demokratisch verfassten Staat. Als wäre Demokratie schon strukturell realisiert. Als wäre nicht selbst dann angesichts des modernen staatlichen Regulierungskomplexes das bürgerrechtliche, vor allem auch die Interessen von Minderheiten artikulierende Mißtrauen gegenüber allen etablierten Instanzen als solchen erste Bürgerbewegungspflicht.

Art. 14 GG (Eigentum) und *Art. 15 GG* (Sozialisierung) wurden kaum verändert. Das Grundgesetz bliebe, auch wenn die neue Version verabschiedet würde, eine Verfassung des liberalen Kapitalismus mit ungleichen sozialen Polstern. Der organisatorische Konservativismus läßt selbst den etatistischen Föderalismus unangetastet und spart die Kommunal- und Regionalverfassung vollkommen aus. Allenfalls zartfühlend werden die neuen Probleme auf der Tagesordnung der Verfassung aufgegriffen. Die Delegation von Hoheitsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen á la EG oder das Erfordernis einer Friedensverfassung.

So sind die Absichten mehr zu loben, als es dem Ergebnis zukommt, unbeschadet etlicher Rosinen. Die Autorinnen und Autoren des Entwurfs waren zu kleingläubig, gerade, was die Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen angeht. Sonst hätten sie



Texttafel einer Ausstellung, die zur Eröffnung des Jüdischen Museums in Frankfurt gezeigt wurde.

mehr riskiert, um mehr zu motivieren, um mehr Enthusiasmus zu erwecken. Zu stark bleibt Bonn der Bezugsort.

▶ Fragen der Zeit ◀

So bleiben die — pathetisch gesprochen — großen Fragen der Zeit letztlich ausgeklammert:

Das Organisationsproblem: Wie läßt sich die Flucht aller Politik jenseits der Bürgerinnen und Bürger, ja jenseits der ohnehin immer nur halbsouveränen Staaten so organisierend stoppen und umkehren, daß nicht zurück zu dem illusionären und nur alpträumerisch vernichtenden Ziel subsistenzökonomischer Nischen gestrebt wird? „Politik" und „Ökonomie" lassen sich, ein banales factum ohnehin, nicht mehr ideologisch trennen, will man das Problem der notwendigen Kleinordnung angesichts nicht mehr aufgebbarer Globalität auch nur konzeptionell angehen.

Das Motivationsproblem: Welcher sozialen Bedingungen und Anreize bedarf es, daß praktizierte Menschenrechte nicht eitel Wahn bleiben; elitär; für die happy few? Wie läßt sich ohne „realsozialistische" Repression eine andere „Logik" individuellen und kollektiven Bewußtseins und Handelns beför dern, die dem menschlichen Ziel: dem zoon politikon, dem „aufrechten Gang" inmitten aufrecht Gehender, die der Lust an der Freiheit der Andersdenkenden entspricht?

Das Problem angemessener Konfliktprozeduren: Wie kann ein Prozeß in Gang gesetzt werden, der unter Voraussetzung dauernder menschlicher Konflikte die strikt militärisch gewaltfreie Form der jeweiligen Konfliktlösungen mit einer ausgreifenden Dynamik versieht? Das Handeln in Richtung einer Bundesrepublik ohne Armee ist ein selbstverständlicher erster Schritt.

Summa summarum: Welche neuen Formen der Demokratisierung können vorgestellt und praktiziert werden, die einen neuen radikalen Lokalismus oder Kommunalismus mit überregionalen, ja globalen Prozeduren der Willens- und Entscheidungsbildung verbinden lassen. Neue *checks and balances*, ein neuer Politikbegriff und eine neue über respräsentative und überplebiszitäre Form der Demokratie sind vonnöten.

Kein Verfassungsentwurf kann diese Fragen beantworten. Der Kampf um Verfassungspositionen hebt jeden Tag unvermeidlich neu an, wenngleich unter vom Vortag tradierten höchst ungleichen Bedingungen. Keine Institution, keine Lokalität, keine Gruppe und keine Norm sind davon ausgenommen. Nach notwendigen Streitgegenständen suchen muß man nicht. Man darf sich nur nicht kuschen. Etwa vor den Formeln der ausgeleierten, zu symbolisch-entwirklichten Zwecken benutzten Verfassungsnormen und der allgegegenwärtigen, der herrschenden Meinung. ■

**) Vgl. zu einigen weiteren Argumenten meinen exklusiv dem Entwurf gewidmeten Artikel im Juliheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik".*

Dem Redaktionsausschuß, der diesen Verfassungsentwurf erarbeitet hat, gehörten an:

die Ministerin a.D. Tatjana Böhm, die Rechtsanwältin Birgit Laubach, die Professorinnen Ute Gerhard und Rosemarie Will sowie die Professoren Wolf-Dieter Narr, Ulrich K. Preuß, Hans-Peter Schneider und Jürgen Seifert.

Der Entwurf kann bestellt werden beim Kuratorium und bei der Heinrich-Böll-Stiftung, die die Arbeit des Kuratoriums ganz wesentlich mit unterstützt und getragen hat:

Kuratorium, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin
Heinrich-Böll-Stiftung, Unter Krahnenbäumen 9, 5000 Köln 1

MARINA BEYER

Angst um die soziale Sicherheit

Zur Situation der Frauen in der Ex-DDR

Der politische und ökonomische Zusammenbruch des Staatssozialismus der DDR und der rasant erfolgende Umbau der zentralistisch gesteuerten Planwirtschaft in das bundesrepublikanische Modell der freien und sozialen Marktwirtschaft ist für Menschen der nunmehr Ex-DDR mit tiefgreifenden Änderungen in nahezu allen Lebensbereichen verbunden, insbesondere für die Frauen. Diese Veränderungen betreffen die sozialökonomische Situation, die Arbeitsplatzsicherung und die neu gestellten Anforderungen im Bereich der Erwerbstätigkeit. Sie betreffen aber auch das individuelle und öffenltiche Selbstverständnis, bisherige Wertsetzungen und Lebenskonzepte und die sozialen Beziehungen im privaten und wie im öffentlichen Leben. Die von den Regierungen der alten DDR und der alten BRD im Staatsvertrag Juni 1990 in Aussicht gestellte Berücksichtigung der Belange von Frauen und Behinderten hat jedoch in den seither vergangenen zwölf Monaten zunehmend negativ spürbare Formen angenommen.

Wie es nicht anders im Zusammenschluß zweier patriarchaler Systeme zu erwarten war, wurden sowohl die Art der „Belange" von Frauen als auch die Art ihrer „Berücksichtigung" vor allem von den *männlich* bestimmten Belangen definiert. In beiden deutschen Staaten war die Gleichberechtigung von Frau und Mann als hehres Staatsziel in der Verfassung niedergeschrieben, in beiden deutschen Staaten gab es eine erhebliche Differenz zwischen diesem Verfassungsrecht und der Lebenswirklichkeit von Frauen, wenn auch diese Schere in der ehemaligen DDR weniger offenbar war als in der BRD.

Frauen hatten in der Ex-DDR „ihren Mann" zu stehen im beruflichen wie im privaten Leben. Um diese Vieleinigkeit der Ansprüche und Anforderungen zu erfüllen, ohne daß in irgendeiner Weise an den traditionellen Rollenverhalten der Geschlechter gerührt wurde, subventionierte der Staat ein dichtes Netz an Kindereinrichtungen und ermöglichte den Müttern eine durchgehende Erwerbsbiographie.

Trotz der sehr hohen Erwerbsquote von Frauen (91 Prozent, nur 27 Prozent von ihnen waren teilzeitbeschäftigt) und der weitgehend verschwundenen Bildungs- und Qualifikationsunterschiede zwischen Frauen und Männern der jüngeren Jahrgänge (etwa ab Jahrgang 1955) hat sich an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im beruflichen, öffentlichen und privaten Leben auch in der DDR nichts geändert. Die geschlechtsspezifische Verteilung der Erwerbsfelder verbunden mit einer einseitig auf Frauen orientierten Sozial- und Familienpolitik hat dazu beigetragen, daß das relativ hohe Qualifikationsniveau und die lange Berufserfahrung von Frauen sich in keiner Weise in der Verteilung von Leistungspositionen wiederfand. Frauen hatten kaum die Chance in Spitzenpositionen vorzurücken. Die geschilderte Situation der DDR-Frauen im Erwerbsleben spielte sich in logischer Folge auch in erheblichen Unterschieden im Arbeitseinkommen wider. So betrug das durchschnittliche Nettogehalt der vollbeschäftigten Frauen im Jahr 1988 mit 762 Mark etwa 75 Prozent von dem der Männer. Diese Unterschiede setzten sich aufgrund der Bindung des Sozialversicherungs- und damit Rentensystems an das Arbeitseinkommen bis in das Rentenalter hinein fort.

Die hier nur angerissenen Widersprüche zwischen der offiziell deklarierten Gleichberechtigung und der tatsächlichen Lebenswirklichkeit, die zunehmenden gesellschaftlichen und individuellen Konflikte zwischen Anspruch und Realität im Geschlechterverhältnis sind in wachsendem Maße seit Anfang der achtziger Jahre als gesellschaftliche Probleme geleugnet und letztlich tabuisiert worden, indem sie als „Einzelfälle" auf die Ebene individueller ideologischer Hemmnisse und traditioneller Normen abgeschoben wurden. Die deutlichen Zeichen für eine fehlerhafte Frauenpolitik, die aus verschwiegenen soziologischen Untersuchungen sehr wohl hervorgingen, wurden nicht zur Kenntnis genommen.

Vor diesem Gesamthintergrund war es selbstverständlich, daß es vor allem Frauen waren, die im Herbst 1989 ihre Erfahrungen und Vorstellungen von der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung hörbar in die Diskussion einbrachten. Deutlich wurde auch, daß alle wesentlichen Parteien und Bewegungen, die sich im Frühjahr 1990 zur Wahl stellten, die Lebenssituation von Frauen und die verschiedenen Lösungsansäte in ihren Programmen thematisierten. Allerdings schlug sich der geäußerte gute Wille zur verstärkten gleichberechtigen Teilhabe und Mitbestimmung der Frauen nach den Wahlen nicht in einen entsprechenden Frauenanteil unter den gewählten Delegierten für die erste und letzte frei gewählte Regierung und deren Parlament nieder.

Wie eine repräsentative Untersuchung im Mai/Juni 1990 zu den Erwartungen der Frauen an die bevorstehende Währungs- und Sozialunion ergab, wurden zu diesem Zeitpunkt schon die anfänglichen Hoffnungen der Frauen, die mit der Beseitigung der Mauer und den neuen Möglichkeiten politischer und persönlicher Freiheit verbunden waren, durch sehr realistische Befürchtungen ergänzt. Während die positiven Erwarten vor allem auf eine Verbesserung der Versorgungssituation, des Einkommens und der gesundheitlichen Betreuung gerichtet waren,

konzentrierten sich die Befürchtungen auf den Verlust von Frauen-Arbeitsplätzen, den Verlust an Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder und auf den Verlust der sozialen Absicherung kinderreicher Familien.

In der gleichen Untersuchung wurde auch nach der Bereitschaft gefragt, zukünftig zugunsten der Familie auf eigene Erwerbstätigkeit zu verzichten. Das Ergebnis war überzeugend und machte sehr deutlich, daß das bürgerlich-konservative Frauenbild der jetzigen Bundesregierung von den Ex-DDR-Frauen abgelehnt wird.

Dies bedeutet, daß der sich verstärkende Trend auf dem Arbeitsmarkt der NBL ebenso wie die aus Bonn verkündete Frauen- und Familienpolitik in keiner Weise den Bedürfnissen und Lebensplänen der Frauen im Osten (auch nicht der Frauen im Westen) entspricht. Allerdings zeichnet sich ab, daß Frauen in der Ex-DDR in steigendem Ausmaß überproportional arbeitslos — und zwar für lange Zeit — sein werden.

▶ Weg in die Arbeitslosigkeit ◀

Gegenwärtig (Stand April 1991) sind in den NBL 836940 Menschen arbeitslos, wobei Frauen mit einem Anteil von 56 % überproportional vertreten sind. Hinzu kommen rund zwei Millionen KurzarbeiterInnen mit einem Frauenanteil von etwa 46 % und etwa 600000 Angestellte, die sich in der sogenannten Warteschleife befinden und die zum 1. Juli '91 arbeitslos werden. Da es sich hier vorrangig um Angehörige des öffentlichen Dienstes handelt, ist anzunehmen, daß damit wiederum überproportional Frauen sozusagen in einem Schub in die Erwerbslosigkeit entlassen werden.

Nicht übersehen werden darf dabei, daß durch die Vorruhestandsregelung beeits eine sehr große Anzahl älterer ArbeitnehmerInnen den extrem angespannten Arbeitsmarkt entlastet haben und daß aufgrund der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz die Frauen nun auch über ein entsprechend geringeres Vorruhestands- und später Renteneinkommen verfügen werden. Besonders kritisch unter den arbeitslosen Frauen ist der hohe Anteil der Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen zu werten, da es sich hier meist um Mütter mit Kleinkindern handelt, die dringend auf den Erhalt der Kindereinrichtungen angewiesen sind, um zukünftig dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung zu stehen bzw. Umschulungs- und Fortbildungsangebote in Anspruch nehmen zu können. Dies gilt noch in verstärktem Maße für die 330000 alleinerziehenden Mütter in den NBL, von denen bisjetzt bereits etwa 41000 entlassen wurden.

Ziemlich aussichtslos ist auch die Situation im ländlichen Raum, wo bis März 31000 Männer und 33000 Frauen in die Erwerbslosigkeit gegangen sind. Wenn auch Trendaussagen über die zukünftige Wirtschaftsstruktur im Osten Deutschlands und somit über Aussagen über die zu erwartende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vage bleiben, so ist doch schon jetzt erkennbar, daß die Chancen von Frauen zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben in keinem Verhältnis zu ihrem quantitativen Anteil unter den Arbeitssuchenden steht. Hierfür sprechen auch die deutlich sich abzeichenden minimalen Chancen von Schulabgängerinnen, eine Lehrstelle zu erhalten.

1991 werden vermutlich nur 10 % der Mädchen und 50 % der Jungen eine Ausbildungsstelle erhalten. Absehbar ist weiter, daß mit wachsender Vorliebe Männer in die vormals traditionellen Frauenerwerbsfelder, vor allem in den Dienstleistungsbereich eindringen.

Die angebotenen ABM-Stellen werden von Frauen zu wenig beansprucht (Anteil Frauen ABM bei etwa 40 %), unter den JungunternehmerInnen mit bis zu fünf Angestellten sind nur 10 % Frauen, bei größeren Unternehmensneugründungen finden sich gleich gar keine Frauen. Erfreulich scheint auf den ersten Blick der hohe Anteil von Frauen, die an geförderten Fortbildungs- und Umschulungskursen teilnehmen (etwa 55 % Frauen). Bei genauerer Analyse zeigt sich jedoch, daß Frauen eher berufsunspezifische Kurse von kürzerer Dauer und in Nähe ihres Wohnortes „bevorzugen", da sie in der Nähe der Familie bleiben müssen. Die höchste Anzahl arbeitsloser Frauen haben die Länder Thüringen und Sachsen aufzuweisen, was sicher an der industriellen Infrastruktur im Süden liegt. Es wird abzuwarten sein, ob der insbesondere für Sachsen prognostizierte wirtschaftliche Aufschwung mit einer etwa um die Hälfte reduzierten Beschäftigtenzahl auch einen Aufschwung in der Frauenerwerbstätigkeit mit sich bringt oder ob den Frauen eher wieder die übliche Rolle der Mutter, Ehe- und Hausfrau zugedacht sein wird. Die konservativ orientierte personelle Besetzung der hierfür entscheidenden Resorts läßt letzteres befürchten.

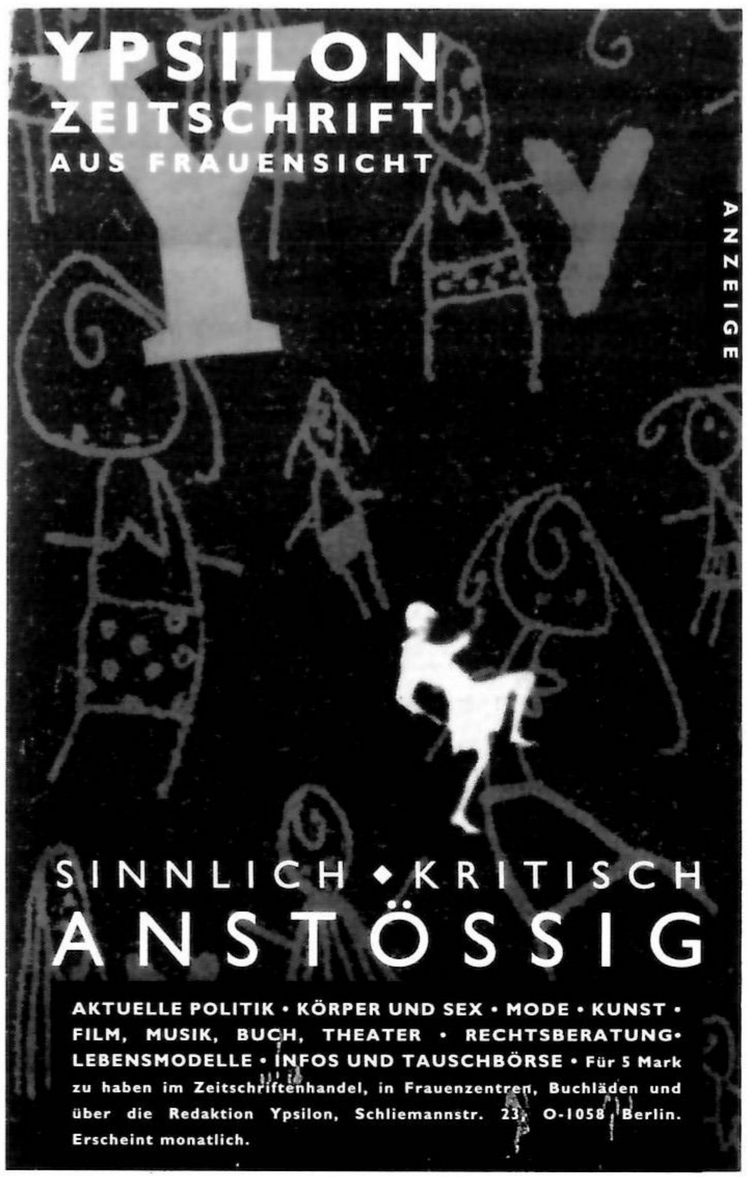
Generell ist bisher lediglich im Land Brandenburg erkennbar, daß regierende Parteien sich für eine aktive Frauenarbeitsmarktpolitik verantwortlich fühlen. Ausdruck dessen ist zweifelsohne das arbeitsmarktpolitische Sofortprogramm der Landesregierung, mit dem unter Einbeziehung von Landes-, Bundes- und EG-Mitteln politische Weichen gestellt wurden, die sicher Frauenarbeitslosigkeit nicht verhindern können, wohl aber Lang- oder Dauerarbeitslosigkeit — wenn die gegebenen Möglichkeiten nun auch von den entsprechenden Institutionen genutzt werden. Darüber hinaus ist Brandenburg auch das einzige Land, in dem über Landesmittel die finanzielle Absicherung der Kindereinrichtungen bis Ende des Jahres gegeben ist.

Wie reflektieren nun die Frauen jetzt, fast ein Jahr nach der herbeigesehnten (oder herbeigeredeten?) Währungs-, Wirtschafts-, Sozial-Union und acht Monate nach dem Beitritt zur Bundesrepublik ihre Lebenssituation im gemeinsamen deutschen Vaterland? Um hier nicht zu spekulieren, seien die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung in den NBL vom März/April '91 genannt, die anläßlich der Brandenburgischen Frauenwoche im Mai '91 vom ISS Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Danach halten die Frauen nach wie vor die Lebensbereiche Arbeit, Kinder und Bildung/Wissen für außerordentlich wichtig, allerdings ist an die allererste Stelle nun die soziale Sicherheit getreten. Für erschreckend wenig bedeutsam wird es gehalten, in einer Gesellschaft mit pluralistischem Gesellschaftssystem zu leben. 4 % der befragten Frauen befürchten in den kommenden Wochen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage, 64 % haben sowohl Befürchtungen als auch Hoffnungen und lediglich etwa 10 % sind optimistisch. Die geäußerten Sympathien für den christlich-demokratischen Charakter der größten Bonner Regierungspartei halten sich mit 27 % sehr in Grenzen, 40 % der Frauen fühlen sich dagegen eher bei den Sozialdemokraten gut aufgehoben, etwa ein Drittel sympathisieren mit den Bürgerbewegungen bzw. den Grünen. Allerdings bemüht sich nur ein sehr geringer Teil der Frauen selbst auf der politischen Ebene um die aktive Gestaltung der für sie relevanten Lebensbereiche (lediglich 5 %!)

Befragt nach der eigenen Einkommenssituation, gaben 63 % der Frauen an, gegenwärtig weniger als 1000,— DM monatlich zu erhalten (parallel dazu lag der Anteil bei den ebenfalls in die Untersuchung einbezogenen Männern bei 31 %, die unter 1000,— DM pro Monat verdienten).

Wie hieß es doch im ersten Staatsvertrag? Die Belange von Frauen und Behinderten werden berücksichtigt. Wieder einmal haben die Frauen als Objekte einer männlichen Fürsorgeideologie am Rande eines großen historischen Ereignisses gestanden. ■



Offener Brief des „Frauenpolitischen Runden Tisches“

An die Abgeordneten aller Fraktionen im Bundestag und in den Länderparlamenten

Kaum ein Konflikt läßt derzeit so tiefe Einblicke in den Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu wie die Diskussion um die Veränderung des § 218. Wenn CDU/CSU, FDP und selbst die Organisationen der katholischen Kirche von einer Vielzahl widersprüchlicher Positionsbestimmungen durchzogen sind, dann ist dies aber in keinster Weise ein Grund für ein zufriedenes Zurücklehnen. Denn weder ist diese Entwicklung auf eine Stärke der westdeutschen Protestkultur zurückzuführen, noch dürfen die Gefahren übersehen werden, die die Entpolitisierung der Diskussion mit sich bringt. Die Initiativen, zur Streichung des § 218 kommen fast ausschließlich aus Ost-Deutschland, während im Westen diese Themen den vorgebenen etablierten Institutionen überlassen werden. Um die Diskussion um die eigentlich politischen Intentionen zu verstärken, dokumentieren wir deshalb ein Papier des Frauenpolitischen Runden Tisches, einem Bündnis von frauenpolitisch relevanten Parteien, Organisationen und Bewegungen überwiegend aus dem Bereich der fünf neuen Länder.

Der „Frauenpolitische Runde Tisch“ ist ein überregionales Bündnis von frauenpolitisch relevanten Parteien, Organisationen, Bewegungen und Fachfrauen, das Fraueninteressen über außerparlamentarische wie parlamentarische Aktivitäten vertritt. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Frauenpolitischen Runden Tisches ist das Recht von Frauen auf selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch. Mit wachsender Empörung beobachten wir die politische Diskussion aller Parteien zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. In Vergessenheit scheint zu geraten, daß der Ausgangspunkt für eine Neuregelung in beiden unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen in der ehemaligen DDR (Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9.3.1972) und in der alten BRD (§ 218 im Strafgesetzbuch) sind. Die Diskussion zeigt, daß eher beabsichtigt ist, die Intention des alten § 218 auf die neuen Länder auszudehnen.

Der Bundestagsabgeordnete der CDU /CSU Hoffacker will eine gesetzliche Regelung, in der Schwangerschaftsabbruch als „Tötung ungeborenen menschlichen Lebens“ bestraft wird. Gleichzeitig fordert er die rechtliche Überprüfbarkeit ärztlicher Indikation. Das bedeutet, daß zum ersten Mal das Vertrauensgespräch zwischen der schwangeren Frau und ihrem Arzt einer gesetzlichen Regelung unterworfen wird, und zwar einseitig dem „Schutz des vorgeburtlichen Lebens“ (Zitat Hoffacker). Beratungszwang mit festgelegtem Beratungsziel ist für ihn selbstverständlich.

Frau Süßmuth, Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU ersetzt in scheinbarer Abmilderung dessen die Strafbarkeit der Frau per Strafgesetzbuch durch die Bestrafung bei „Tötung ungeborenen Lebens“ im Rahmen eines „Lebensschutzgesetzes“. Im Sinne der gesetzlichen Festschreibung einer Zwangsberatung ist Schwangerschaftsabbruch strafbar, wenn Frauen sich vor dem Abbruch nicht einer Beratung unterworfen haben. Außerdem verlagert sie die Strafbarkeit vor allem auf BeraterInnen und ÄrztInnen, die letztlich leichter zu kontrollieren und wirkungsvoller zu sanktionieren sind. Die FDP spricht in ihrem Gesetzesentwurf von Fristenregelung ohne Indikationszwang aber dafür mit „obligatorischer Beratung“ und meint damit auch Zwangsberatung. Die „Entscheidungsfreiheit“ von Frauen für oder gegen ein Kind wird dadurch zur Farce. (...) Die vorgeschlagene Fristenlösung wird entwertet durch den inhumanen Ansatz, wonach der Frau die Adoption ihres Kindes als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch angeboten werden soll.

Wir stellen fest, daß sich aus den politischen Reihen von CDU/CSU und FDP ein Konsens durchsetzt, in dem eine Zwangsberatung gesetzlich festgeschrieben werden soll. Dagegen wendet sich der Frauenpolitische Runde Tisch energisch. Denn fachkompetente Beratung bedeutet, daß sie freiwillig in Anspruch genommen wird und ohne Zielsetzung erfolgt. Der in der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Entwurf des Arbeitskreises (AK) „Gleichstellung von Frau und Mann“ sieht eine Streichung des § 218 und eine Fristenregelung ohne Zwangsberatung vor und ist somit der in Bezug auf eine 12-Wochen-Frist weitestgehende Entwurf. Die Bundesratsinitiative des Berliner Senats (CDU-SPD-Koalition) mit einer umfassenden ärztlichen Beratung fällt hinter diesen Entwurf zurück. (...)

Die Frauen des Frauenpolitischen Runden Tisches finden ihre Positionen in den Gesetzentwürfen von UFV, PDS und den Grünen repräsentiert. Sie greifen die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 auf. Jede Frau soll das Recht und die Möglichkeit haben, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen. Zwangsberatung und Fristenregelung werden abgelehnt, weil sie nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen vereinbar sind.

Der Frauenpolitische Runde Tisch steht dafür, daß Frauen sich ohne moralischen und materiellen Druck frei entscheiden können, ob sie ein Kind austragen wollen oder nicht. Wir setzen uns ein für die ersatzlose Streichung aller strafrechtlichen Bestimmungen zum freiwilligen Schwangerschaftsabbruch in der ehemaligen BRD und der ehemaligen DDR. Es ist ein ausreichendes Angebot von kostenlosen Abbruchmöglichkeiten in Wohnortnähe zu gewährleisten, das Frauen die freie Wahl der jeweils schonendsten Abbruchmethode — ambulant und stationär sichert. Die Festlegung einer Frist, nach deren Ablauf eine Abtreibung verboten ist, unterstellt Frauen, sie seien nicht in der Lage, selbstverantwortlich Entscheidungen über ihre Lebensführung zu treffen. Falls die Frau es wünscht, muß eine umfassende Information, Beratung, Begleitung etc. möglich sein. (...)

Die Vertreterinnen von Parteien, Organisationen und Bewegungen am Frauenpolitischen Runden Tisch stellen an Sie die Frage:

Warum kommen in diesem Staat nicht die betroffenen Frauen zu Wort? Die Fakten besagen, daß die Mehrheit der Frauen in Ost und West eine eigenverantwortliche Entscheidung ohne Zwangsberatung will. Mit welchem Recht wird die konservativ-katholische Wertehaltung zur gesetzlichen Norm für alle erklärt? Eine Werthaltung, die in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs eine gesellschaftliche Minderheitsposition ist. Wie ist es um das Recht von Frauen bestellt, als Ratsuchende Beratungsstellen unterschiedlicher Träger auszuwählen, wenn in der Ex-DDR bereits die Mehrheit aller Beratungsstellen in der Hand konfessioneller Träger ist?

Die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch ist ein unveräußerliches Individualrecht der Frau. Im Sinne des mit der Vereinigung beider deutscher Staaten angestrebten Demokratisierungsanspruchs fordern wir, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in der neuen Verfassung/Grundgesetz zu verankern.

Dr. Eva Schäfer (Unabhängiger Frauenverband), Erika Hübner (Demokratie Jetzt), Hanne Havemann (Frau und Familie), Eva Mißling (Demokratischer Frauenbund e.V.), Eva Kunz (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), Christel Wietusch (LiSA, Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS), Sylvia Heyer (Pro Familia, Berlin), Nuria Alkonavi (JungsozialistInnen Bundesverband), Berit Brockhausen (§218-Gruppe Frauenzentrum Berlin), Lore Hüser (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Berlin), Regina Linzbach (§218-Koordination Berlin), Judith Dember (DIE GRÜNEN), Christina Schenk (MdB, Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den UFV), Petra Bläss (MdB, PDS/LL, Mitglied im UFV)

Berlin im Mai 1991

Islamistischer Griff nach der Macht im Maghreb?

In der geographischen Region Großkabylei liegt die Hauptstadt Algier, die von der Islamischen Heilsfront dominiert wird. Hier wirkt der Gegensatz zwischen Stadt und Stamm, zwischen Stadt und Land in seiner arabisch-moslemischen Urgestalt weiter, ein Gegensatz, der auf religiöser Ebene zwischen dem fundamentalistischen, merkantil gefärbten Islam und dem verwandelten, umgedeuteten heidnisches Brauchtum aufnehmenden Volksislam ausgetragen wird (ein Gegensatz, der durchaus jenem zwischen Katholizismus und Protestantismus parallel läuft). Für die Situation heute unmittelbar wichtig ist, daß beide einen unterschiedlichen Typus von Gemeinschaft stiften. Die Fundamentalisten berufen sich dabei auf die ideale Urgemeinde, die Mohammed zusammen mit seinen engsten Gefährten nach der Hegira, dem Auszug aus Mekka, errichtet hat (auch Chomeini berief sich darauf).

Ob dies den historischen Tatsachen entspricht, ist für ein Verständnis nicht sonderlich wichtig. Wichtig ist, daß damit ein religiöses und egalitäres Ideal aufrechterhalten wird. Der eine Ursprung ist in Wahrheit die vollkommene Zukunft. In einem Beitrag in ,,Le Monde'' (13. Juni 1991) hat *Maxime Rodinson* einige Klarstellungen versucht — vermutlich als Reaktion auf die manchmal hysterische Reaktion der französischen Presse gegenüber dem Islamismus. Ob historisch richtig oder nicht, um religiöse Themen läßt sich in der moslemischen Welt eine große Breitenwirkung erzielen.

Rein ökonomisch stehen die Chancen Algeriens, den eingeschlagenen Weg der Liberalisierung erfolgreich zu Ende zu gehen, nicht so schlecht. Es verfügt über große Ölreserven, vor allem aber birgt sein Boden die drittgrößten Erdgasreserven der Welt. Der IWF trägt dem Rechnung. Ein 2-Milliardenkredit wird wohl bald bewilligt werden. Der Staat ist bemüht, Zeichen des guten Willens zu setzen, nicht zuletzt personelle wie die Berufung des ehemaligen Sonatrach-Direktors Sid Ahmed Ghozali und Mitte Juni die Rückkehr an die Spitze des Energieministeriums des 1979 in Ungnade gefallenen international angesehenen Ölministers Nordine Ait Laoussine. Und doch bleibt es fraglich, ob technokratische Lösungen, die sich in größerer internationaler Kreditwürdigkeit und verbesserten Handelsbilanzen ausdrücken, Algeriens Krise überwinden und die Islamisten zurückdrängen können. Bei einer galoppierenden Inflation und einer Arbeitslosenrate von 20 % der Erwachsenenbevölkerung (70 % der Jugendlichen) bleibt nicht viel Spielraum.

Es scheint, als hätte sich die FIS beide Optionen vorbehalten; in der Person des Scheichs Abassi Madani gibt sie sich besonnen, kooperationsbereit, friedlich; in der Person des jungen Predigers Ali Belhadj, der zweite Mann, wie es scheint, gibt sie sich unversöhnlich, radikal, aggressiv. Jedesmal wenn Madani wiesengrün blinkt, blinkt Belhadj blutrot — zwei Männer, ein Ampelmann. Diese beiden Optionen finden oder genauer: fanden sich auch zurück in der tunesischen fundamentalistischen Partei Ennadha, wo sich allerdings die Legalisten von den Radikalen getrennt haben (siehe Interview mit *Abdelfattah Mourou*). Dieses Resultat mag auch die regierende FLN für Algerien anstreben: ein Bündnis mit dem ,,gemäßigten'' Flügel der Islamisten. Es hat im Übrigen den Anschein, daß die Auseinandersetzung kontrolliert geführt würde, Kollision und Kollusion zwischen Präsident Schadli Bendschedid und Abassi Madani einhergingen.

Im Mai dieses Jahres gaben Umfragen zur nun auf Ende des Jahres verschobenen Wahl der FIS 33 %, der regierenden FLN 24 %, Ait Ahmeds Front der sozialistischen Kräfte (FFS) 8 %, Said Saadis Bewegung für die Kultur und die Demokratie (RCD) 6 % und der islamischen Bewegung Hamas 2 % (Ben Bellas MDA kam nicht einmal auf 1 %).

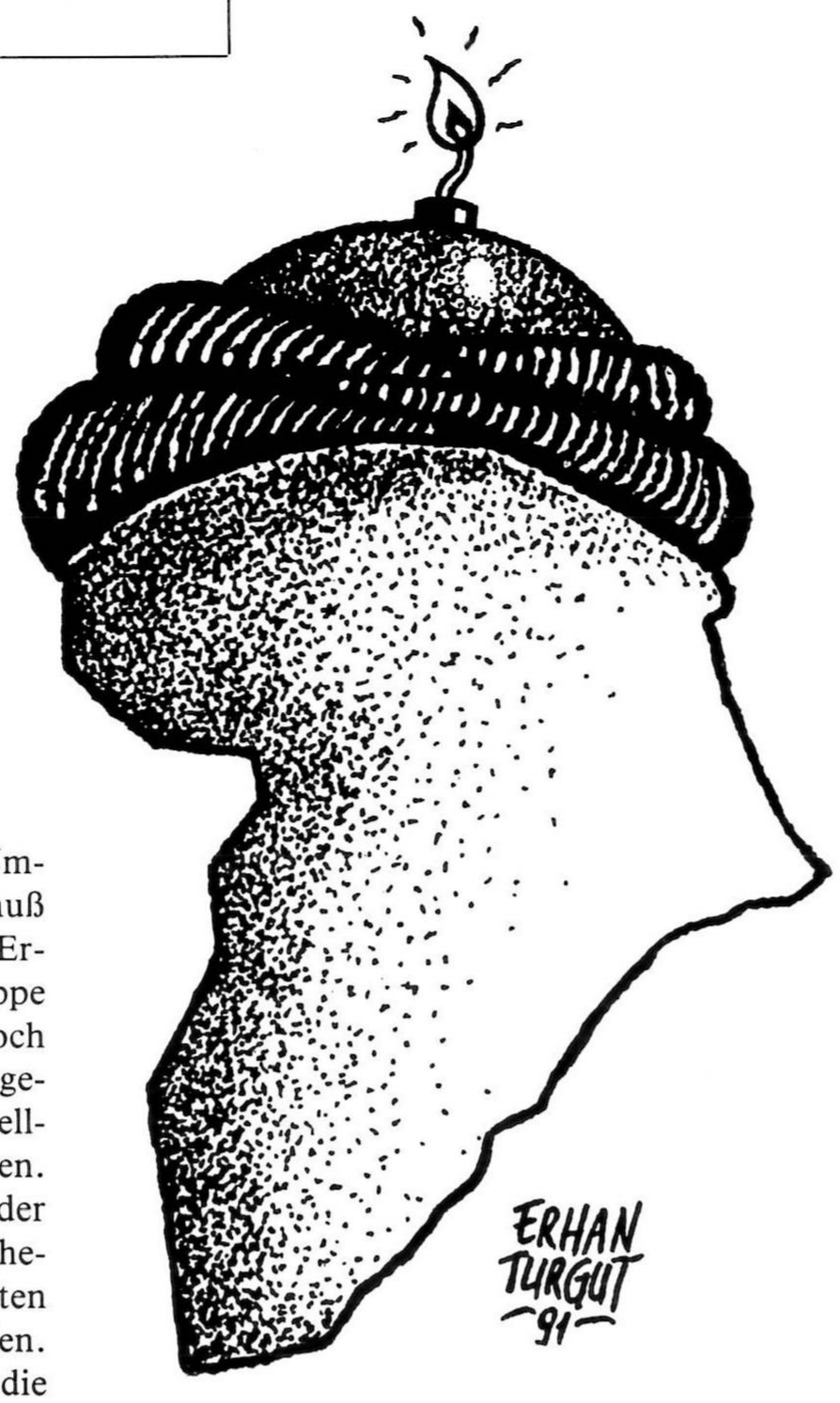
Die beiden, vor allem in der Kabylei starken Parteien FFS und RCD vertreten eine andere, historisch gewordene, aber sich der Moderne öffnende und kulturell betonte Form von Gemeinschaft. Auch sie sind auf lange Sicht nicht chancenlos.

R.D.

Schleier ist nicht immer Schleier; man muß zu unterscheiden wissen:
1. Traditionelle Tracht *2. Legere islamische Tracht* *3. Strenge islamische Tracht*

MAXIME RODINSON

Die moslemische Welt und die Politik



„Am Tage des Gerichts wird der Mensch für jede Windung des Turbans um seinen Kopf ein Licht empfangen." (Moslemische Überlieferung).

Wie Mücken zum Licht schwärmen im Abendland die Fragen über den Islam oder genauer: über die moslemische Welt zur Wahrheit. Im folgenden will ich punktuell einige Gedanken zur Präzisierung dieser ohne Zweifel äußerst wichtigen Problematik beitragen.

Die moslemische Urgemeinde, jene Gemeinschaft also, die sich zwischen 622 und 632 unserer Zeitrechnung um den Propheten Mohammed bildete, darf ebensowenig mit der „moslemischen Welt" gleichgesetzt werden wie die kleine Galiläerschar um Jesus von Nazareth mit der christlichen Welt.

Die für diesen Bund der Wenigen wie für soviele andere kleine Gruppen — man denke nur an die Bruderschaft der Pythagoräer im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung — typische Gleichsetzung ideologischer und politischer Macht hat in der aus dieser Urgemeinde hervorgegangenen geschichtlichen Welt keinen Bestand gehabt. Diese beiden Sphären der Macht als wesentlich austauschbar zu denken, käme in der Physik der Hypothese gleich, das heute gewordene Universum der Galaxien wäre immer noch mit dem Universum unmittelbar nach dem Urknall identisch. Beide Machtsphären waren sich häufigst fremd, wenn nicht feind.

Zwar stimmt es, daß in der klassischen moslemischen Welt die Träger der ideologischen Macht (ich bezeichne damit, ohne jede pejorative Konnotation, jene Macht, die aus der Spezialisierung auf die Handhabung der Begriffe resultiert, einerlei ob religiöser Art oder nicht) die Unterwerfung unter die politische Macht predigen. Aber nicht anders verhielt es sich in der klassischen christlichen Welt.

Gleichwohl ist die Welt, in der zumindest im Prinzip die moslemischen Vorstellungen über das Jenseits vorherrschen, nicht mit der Welt identisch, die behauptet, in dieser sehr allgemeinen Sphäre von christlichen Vorstellungen geleitet zu sein. Ein bedeutsamer Unterschied besteht zumal in sozialer und politischer Hinsicht darin, daß die dissidenten Kräfte (die es immer und überall gibt) einfacher als in der christlichen Welt ideologische Argumente aus der Religion schöpfen können. Es haben sich, verglichen mit dem Okzident, in der Vergangenheit mit solchen Argumenten relativ leicht mobilisierende Utopien entwerfen lassen (unter „Utopie" verstehe ich gesellschaftliche Zukunftsentwürfe, ungeachtet ihrer Realisierbarkeit). Solche Utopien sind dann zu Umwälzungen genutzt worden, die — man muß dies im Auge behalten — als sichtbares Ergebnis die Ablösung einer Führungsgruppe durch die andere hatte, ohne daß jedoch wirksame Verfahren für den Wandel eingebaut, geschweige grundlegend neue Gesellschaftsstrukturen geschaffen worden wären.

Trotzdem hielt man beharrlich an der Idee fest, daß in der Botschaft des Propheten zumindest implizit solche Vorschriften („utopologische" Regeln) enthalten seien. Anders als Jesus hat Mohammed nie die Einflußsphären Gottes und Cäsars geschieden. Er hat nie verkündet, daß Gottes Reich nicht von dieser Erde sei. Zumindest für das Gemeinwesen in Medina hat er politische Entscheidungen getroffen, Recht gesprochen und gesetzt. Die von ihm vermittelte göttliche Botschaft und seiner unter göttlicher Eingebung erteilten Empfehlungen konnten und mußten, jenen als Richtschnur dienen, die berufen waren, die Geschicke der Gläubigen zu lenken.

Sich häufende Enttäuschungen

Das von den Gläubigen getreu dem Ideal gestaltete Gemeinwesen („Umma") sollte zugleich Mobilisierungsort für die Verwirklichung der Utopie und für den Gottesdienst, für die Erweiterung der ihm gebührenden Ehre und Ehrfurcht bilden. Es sollte außerdem die Rolle einer „Kaderschule" erfüllen.

Theoretisch soll das ideale Gemeinwesen ständig für die diesseitige Verwirklichung der Utopie mobilisieren und, ist diese einmal erreicht, für ihre Erhaltung. Das Gemeinwesen verfaßt sich gewissermaßen als Heer, das als Ganzes ständig in Bereitschaft steht. Diese Anschauung verbietet, einer ihrem Wesen nach als heilig gedachte Körperschaft eine Sonderstatus zuzusprechen (wie dem christlichen Klerus oder den manichäischen Vollkommenen); sie verbietet auch eine Aufgabenteilung zwischen einem Mönchtum strenger Observanz und den Massen sympathisierender Laien, wie dies prinzipiell im Buddhismus geschieht.

Seit dem 19. Jahrhundert setzte sowohl bei den moslemischen Massen als bei den Eliten eine verstärkte Abwendung von den traditionell legimitierten Regimen ein, in denen sie die Ursache der kumulierten Übel sahen. Das westliche Gesellschaftsmodell, als ein hegemoniales bekämpft und bewundert, weckte gleichzeitig mit der Schmach der Unterdrückung auch den Wunsch zur Übernahme und wurde nun zum Ort, aus dem heraus die neuen Regeln der richtigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung, der Staats- und Führungskunst zu bestimmen waren. Wie üblich wuchsen diese Methoden, systematisiert und ideologisiert (in zwei Wellen: des Liberalismus zunächst, sodann des Sozialismus), zu einem Allheilkraut aus. Was jedoch keineswegs verhinderte, daß auf der existentiellen Ebene, in den „vertikalen" Beziehungen zwischen Mensch und Himmel die traditionalen Heilsmethoden gültig blieben.

In jüngerer Zeit hat sich auch die Enttäuschung über die westlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen breitgemacht, deren Übernahme, und sei es nur partiell oder im Gewand der „Authentizität", nicht die erhoffte Wunderwirkung zeigte. Und obendrein: Brächten sie nicht auch in ihrer Herkunftswelt Enttäuschung? Diese Enttäuschung, zu der sich eine vor dem Hintergrund der Fremdherrschaft nur zu verständliche affirmative Gemeinschaftssolidarität gesellte, brachten jenen Organisationen großen Zulauf, die schon immer die Notwendigkeit einer Rückkehr zum traditionellen islamischen Allheilmittel gepredigt hatten.

Es liegen für die heutigen Situationen in der „moslemischen Welt" einfache Erklärungen weder in den vom Propheten vermit-

Interviews mit ...

... Abdelfattah Mourou

Abdelfattah Mourou hat sich von Rasched Ghannuschi, Führer der tunesischen Fundamentalistischen Partei Ennahda („Wiedergeburt") losgesagt, nachdem Militante der Ennadha am 14. Februar ein Attentat auf einen örtlichen Funktionär der regierenden Partei RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique — Demokratische konstitutionelle Bewegung) verübt hatten, und will eine neue legalistische fundamentalistische Partei gründen.

Jeune Afrique: *Was halten Sie von den Ereignissen in Algerien?*
Abdelfattah Mourou: Eine Demokratie, die sämtlichen Tendenzen außer der islamistischen Rechnung tragen würde, wäre keine Demokratie. Was sich heute in Algerien ereignet, beweist, daß man eine Volkspartei nicht marginalisieren kann. Weil dies mit dem vor einigen Monaten erlassenen Wahlgesetz versucht wurde, ist es zu dieser Krise gekommen.
Afrique: *Rechtfertigt dies die Anwendung von Gewalt?*
Mourou: Der Rückgriff auf Gewalt muß immer vermieden werden, zumal von Islamisten.
Afrique: *Sind Demokratie und Islamismus vereinbar?*
Mourou: Die Kundgebungen in Algerien zeilen nicht auf die Beendigung des demokratischen Prozesses. Die Islamisten wollen einfach die gleichen Rechte wie die anderen.
Afrique: *Aber sie haben nicht gezögert, die Demokratie in Gefahr zu bringen...*
Mourou: Es wird alles von der Armee abhängen. Wenn sie sich heraushält, werden die meisten Parteien einer Änderung des Wahlgesetzes zustimmen.
Afrique: *Und in der Zwischenzeit?*
Mourou: Wenn die Existenz der Islamisten berücksichtigt wird, liegt in der Bildung einer Koalitionsregierung eine Lösung. Man muß sich mit den Islamisten und mit den anderen abstimmen. Es kann doch nicht darum gehen, die Diktatur einer Partei durch die Diktatur einer anderen Partei, und sei es eine islamistische, zu beenden.
Afrique: *Jetzt triumphiert Präsident Ben Ali...*
Mourou: Präsident Ben Ali trägt der tunesischen Wirklichkeit Rechnung. Er wird zwangsläufig von dem beeinflußt werden, was in Algerien geschieht. Zwischen der tunesischen Regierung und den tunesischen Islamisten dürfen die Spannungen nicht anhalten. Es muß zu einer politischen Lösung kommen.
Afrique: *Welcher Art?*
Mourou: Wir müssen den Dialog suchen. Es gibt in Tunesien außer den Befürwortern der Gewalt andere Islamisten, die für die Spielregeln der Demokratie eintreten.
Afrique: *Gehört zu ihnen auch Rasched Ghannudi, der Vorsitzende der Ennadha?*
Mourou: Nein, Rasched Ghannudi hat den Dialog immer abgelehnt. Er hat die Gewaltanwendung vorgezogen. Aber es gibt andere Islamisten, die den Dialog suchen. Ich zum Beispiel.
Afrique: *Die Ereignisse in Algerien werden Ihnen die Aufgabe erschweren...*
Mourou: Alles hängt von ihrem Ausgang ab. Eine Koalitionsregierung in Algerien würde denjenigen, die in Tunesien für den Dialog eintreten, die Aufgabe erleichtern.
(Aus: Jeune Afrique, 12. - 18. Juni 1991).

... Said Saadi

Said Saadi ist Sekretär der RCD (Bewegung für die Kultur und die Demokratie), einer laizistischen Oppositionspartei in Algerien.

Mireille Duteil: *Zum zweitenmal erlebt Algerien den Ausnahmezustand. Waren Sie überrascht?*
Said Saadi: Es spricht von selbst, daß die lasche Haltung und die Kompromißbereitschaft des FLN-Staates gegenüber den Islamisten mit dem einzigen Ziel, wahltaktische Vorteile aus der Angst zu schöpfen, die die Gewalttätigkeiten den Islamisten mit dem einzigen Ziel, wahltaktische Vorteile aus der Angst zu schöpfen, die die Gewalttätigkeit der Islamisten verbreitete, eine Rückkehr der Armee nach sich zu ziehen drohte.
Duteil: *Heißt das, daß die Armee an die Macht zurückgekehrt ist?*
Saadi: Ganz offen gesagt, nein. Vor zwei Jahren hat sie sich zurückgezogen, wodurch uns südamerikanische Verhältnisse erspart geblieben sind. Heute ist sie vom Staatschef gerufen worden. Sie hat sich nicht selbst dafür entschieden.
Duteil: *Hat die Armee Präsident Schadli nicht gedrängt, den Ausnahmezustand auszurufen?*
Saadi: Wahrscheinlich hat sie das. Die Armee wollte nicht erst eingreifen müssen, nachdem das Schlimmste schon geschehen wäre. Sie weiß, daß sie den sozialen und wirtschaftlichen Ruin der Regierung zu verwalten hätte. Sie hat es vorgezogen, die Regierung zum Ausgang zu schubsen.
Duteil: *War es denn nicht geradezu selbstmörderisch seitens der Islamisten von der FIS, die Kraftprobe mit der Macht zu suchen?*
Saadi: Ihnen mutet sowas selbstmörderisch an, nicht aber Leuten, für die, wenn ich so sagen darf, der Tod Teil des Lebens ist. Denen ist es wichtig, im Namen Gottes die Macht zu erobern. Die Gewalt, die Verwirrung, die Destabilisierung sind Voraussetzungen der Machtergreifung. Seit nunmehr achtzehn Monaten sind sie dabei, die Entschlossenheit der Regierung, den Schutz der Gesellschaft, des Bürgers, der Freiheitsrechte zu gewährleisten, auf die Probe zu stellen. Die Regierung hat ständig Rückzieher gemacht. Die FIS hat daraus gefolgert, daß der Staat nicht bereit sei, die Risiken einzugehen, die notwendig wären, sie in die Schranken zu verweisen. Außerdem hat die FIS in den letzten Monaten sehr viel Zuspruch verloren; sie wußte, daß sie bei den anstehenden Wahlen die Mehrheit weit verfehlen würde. Blieb also als Weg zur Macht die Anwendung von Gewalt.
Duteil: *Wollen Sie sich an der von Schadli vorgeschlagenen Übergangsregierung beteiligen?*
Saadi: Eine Partei soll sich an einer Regierung nur zwecks Durchführung eines Gesellschaftsprojekts beteiligen. Heute geht es in erster Linie darum, die bröckelnde Autorität des Staates wiederherzustellen und die Wahlen zur Legislative vorzubereiten. Dafür bestellt man besser neutrale und glaubwürdige Personen, damit eine überparteiliche Funktion des Staates gewährleistet sei. Die demokratischen Parteien sollen die Aufgabe einer solchen Regierung unterstützen.
Duteil: *Die Repression löst gar nichts. Ein Teil der Algerier ist der Ansicht, die FIS sei die Lösung...*
Saadi: Das ist das Kernproblem. Der Tag, an dem Algerien auch nur den Eindruck erwecken wird, wirtschaftlich vom Fleck gekommen zu sein, wenn all diese marginalisierten Leute, mit deren Erziehung, Identität und Zukunft gegenwärtig Schindluder getrieben wird, wieder Hoffnung schöpfen und sich an etwas anderem als der Religion klammern können, erscheint eine Lösung möglich. Für die unmittelbare Zukunft befürchte ich, daß dem Land diese Kraftprobe zur Wiederherstellung der Geltung des Gesetzes nicht wird erspart werden können. Was jetzt stattfindet, ist eine Auseinandersetzung zwischen der FIS und dem Staat; die einzelnen Parteien oder die verschiedenen sozialen Schichten gehen nicht aufeinander los. Wir sind zum Glück weit von einem Bürgerkrieg entfernt.
(aus: Le point, 10. - 16. Juni 1991)

telten Texten und Gedanken, noch in den Strukturen bereit, die in der medinensischen Urgemeinde oder in der mittelalterlichen Blütezeit entwickelt und im übrigen mit auch heute, mehr als gemeinhin angenommen, nachwirkenden Ideen und Strukturen ganz anderen Ursprungs zu jenem Kulturkreis synkretisiert worden sind, den man als die traditionelle moslemische Kultur in ihrer ganzen Vielfalt bezeichnen kann.

Daß in den Ländern, in denen der Islam vorherrscht, autoritäre Regime oder Diktaturen samt blutiger Machtkämpfe und organisierter Folter ziemlich häufig anzutreffen sind, hat nichts mit der so oder anders verstandenen Botschaft des Propheten zu tun, sondern rührt von den gleichen Bedingungen wie in der übrigen Dritten Welt her. Denjenigen, die gegen alle gesellschaftlichen Qualen das islamische Allheilmittel empfehlen, kann lediglich entgegengehalten werden, daß die Botschaft des Propheten nicht mehr oder nicht weniger als andere ideologische Botschaften (so hehr sie an sich auch sein mögen) die Kämpfe um die politische und ideologische Macht, den gnadenlosen Wettbewerb um die Reichtümer und die regelmäßige Einmündung in die Tyrannei hat verhindern können. In der moslemischen wie in der übrigen Welt ist es der Korpsgeist: des Gemeinwesens, der Ethnie oder der Nation, die, da er allzu leicht zu blindem Patriotismus und Chauvinismus ausufert, der Bildung solcher Regime in die Hand gearbeitet hat. Zusätzliche Nahrung erhält diese Entwicklung aus dem ebenso universalen wie beharrlichen Postulat, es sei gegen alle gesellschaftlichen Qualen ein Allheilkraut gewachsen, das in der Allmacht Gottes oder in der nicht weniger allmächtig gedachten Existenz historischer Gesetzmäßigkeiten wurzele.

Der in Rechnung zu stellende Unterschied ist lediglich, daß der Glaube an das religiöse Allheilmittel in der moslemischen Welt eine größere Mobilisierungskraft besitzt, weil in der traditionellen moslemischen Ideologie ein viel engerer Zusammenhang zwischen der richtigen diesseitigen Gesellschaftsordnung und den existentiellen Heilsanleitungen mit ihrer sublimen Mythologie und ihrer erlösenden Wirkung für die Nöte und Verirrungen der Menschheit hergestellt wird.

Die von Max Weber so trefflich analysierte ,,Entzauberung der Welt" ist allerdings an der moslemischen Welt nicht spurlos vorübergegangen. Man kann über die Ursachen dieses Phänomens diskutieren, das nicht vollkommen identisch mit dem ist, was in Frankreich unter den Begriffen ,,Säkularisierung" oder ,,Laizität" erfaßt wird. Wichtigster Schrittmacher der ,,Entzauberung" ist die Verbreiterung technischer Mechanismen und des Verständnisses ihrer Kausalität. Dieses Phänomen hat im Okzident früher und eindringlicher Geltung erlangt und die Verbindung mit der traditionellen religiösen Ideologie und ihren Institutionen ausgehöhlt. In der moslemischen Welt ist an die Stelle des Glaubens an die übernatürlichen Wirkkräfte die Loyalität gegenüber dem Gemeinwesen getreten, die als ein Minimum die Einhaltung der äußeren Formen des traditionellen Glaubens sichern will. ,,Gott ist nicht tot" dort. Aber der tiefe Glauben an Gott ist dennoch, wenn auch nicht verbal, so doch faktisch, durch den Glauben an den Islam ersetzt worden.

Abschließend sei noch einmal betont, wie nutzlos und absurd der Versuch ist, das Verhalten der Regierenden, der Eliten und der Massen der moslemischen Welt durch diese oder jene Stelle des Korans oder der Überlieferung zu erklären. Ein solcher Diskurs erzwingt auch keinen Erkenntnisgewinn, indem er eloquent oder poetisch eingekleidet, oder aber in Tiefe erschwindelnder metaphysischer Entfaltung dargereicht wird.

Hier wie dort sind die universellen und dauerhaften Momente der üblichen Dynamik menschlicher Gesellschaften am Werk. So eminent wichtig und richtig es auch sei, den kulturellen und historischen Eigenheiten jener Gesellschaften Rechnung zu tragen, so fatal falsch wäre die Annahme, diese Eigenheiten würden ein Universum jenseits der Normalität menschlicher Gesellschaften begründen. ■

(Übersetzung: Bob Detobel)

Die autoritären Regime und blutigen Machtkämpfe der islamischen Länder entstehen durch die gleichen Bedingungen wie in der Dritten Welt auch.

RAINER WERNING

Südkorea: „Tiger“ auf abschüssiger Bahn?

Im Vorfeld der letzten Olympischen Sommerspiele (1988) an die Macht gelangt, hat das Regime des Ex-Generals Roh Tae Woo lange Zeit die Innenpolitik zu „befrieden“ und Seoul zu bemerkenswerten außenpolitischen Erfolgen zu verhelfen vermocht. Die jüngste landesweite Protestbewegung hat das vielgepriesene Wirtschaftsmodell Südkorea in außen- und innenpolitische Schwierigkeiten manövriert und den ohnehin schleppenden Annäherungsprozeß an den Norden der geteilten Halbinsel verzögert. Dem dort seit viereinhalb Jahrzehnten herrschenden „großen Führer“ Kim Il Sung (79) dürfte das nicht gänzlich ungelegen kommen; sein Regime hat enge Verbündete verloren und neue Allianzen noch nicht schmieden können.

Als Auslöser der Ende April begonnen Unruhen galt in den in- wie ausländischen Medien der Tod des zwanzigjährigen Studenten Kang Kyung Dae. Dieser war am 26. April bei einer Demonstration in Seoul von Angehörigen einer Sondereinheit der Polizei, der speziell zur Bekämpfung von „AufrührerInnen“ ausgebildeten *Paegoldan*, mit Eisenstangen zu Tode geprügelt worden, als er sich über eine Mauer kletternd in Sicherheit bringen wollte. Hinter den Demonstrationen gegen Präsident Roh stehen weit mehr als Trauer um den Tod Kangs und öffentliche Empörung über das „exzessive Vorgehen der Polizei“ (*Korea Herald*). Roh, ein Zögling und langjähriger Vertrauter seines Vorgängers (und mittlerweile geächteten) Diktators Chun Doo Hwan, ist in eine (Legitimations)Krise geschlittert, die möglicherweise den Anfang seines Endes markiert.

Je nachdem, ob Südkorea den Entwicklungstheoretikern unterschiedlicher Couleur als wohlerzogenes Darling oder als abschreckender Quasimodo erscheint, es bleibt ein Paradox: Vormals realsozialistische Ökonomien hätten hier zukünftige Lehrmeister gefunden und Marktwirtschaftler nebst außerökonomischen Zwängen den freien Fall ihrer Lehren und Ideologien erlebt.

Tatsächlich hat Südkorea seit der Verkündung seines 1. Fünfjahresplans zu Beginn der sechziger Jahre eine beispiellose Entwicklung durchlaufen, die den vormals extrem rückständigen Agrarstaat in eines der führenden Schwellenländer verwandelte. Dafür waren mehrere nichtökonomische Faktoren ausschlaggebend:

- die Durchführung einer strikt zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung durch die Verschmelzung einer kompetenten Staatsbürokratie mit einem während des Koreakrieges (1950 - 53) kampferprobten Militär;
- die herausragend Bedeutung des Landes während des Kalten Krieges sowie im militärstrategischen Kalkül der USA (letzter vorgeschobener Brückenkopf gegen den Kommunismus auf dem asiatischen Festland), was umfangreiche — zeitweilig kostenlose — wirtschaftliche wie militärische Hilfen zur Folge hatte;
- die Instrumentalisierung der konfuzianisch geprägten, streng hierarchisch strukturierten sozialen Beziehungen für (wirtschafts-)politische Zwecke und
- der faktisch bis heute in unterschiedlicher Intensität andauernde Ausnahmezustand mit dem sogenannten Nationalen Sicherheitsgesetz und langjähriger „Überausbeutung“ der Ware Arbeitskraft als seinen beiden Hauptkomponenten.

Diese geschichtlichen, besonderen Merkmale des „Modells“ machen jede mitunter in der entwicklungspolitischen Diskussion angedeutete Übertragbarkeit auf andere Länder der Dritten Welt fragwürdig. Überdies entbehrt das „Modell Südkorea“ nicht einer Pikanterie: Entgegen dem insbesondere während der Reagan-Ära hoffähigen und mit Erfolg gleichgesetzten neoliberalen Credo (u.a. Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung) lieferte das Land den nachgerade „klassischen“ Gegenbeweis einer kommandierten, teils und über weite Strecken von negativen externen Faktoren abgeschotteten, doch — ausgedrückt in makroökonomischen Kennziffern — imposanten Entwicklung mit jährlich zweistelligen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts. Noch 1986 eines der höchstverschuldeten Länder der Welt, hat Südkorea Kredite vorzeitig zurückbezahlt und ist nicht nur in Südostasien (wohin 1990 mit insgesamt 761 Millionen US-Dollar nahezu die Hälfte seiner Investitionen flossen), sondern auch für die Sowjetunion zum Kreditgeber avanciert, der es um die Jahreswende ein Mischdarlehen von umgerechnet drei Milliarden US-Dollar gewährte. Stolz verkündete jüngst die Bank of Korea, daß das jährliche Pro-Kopf-Einkommen die 5000-Dollar-Marke überschritten habe und das Land nunmehr in der Weltrangliste auf Platz 30 vorgerückt sei.

Nach zeitweiligen Handels- und Zahlungsbilanzüberschüssen in zweistelliger Milliardenhöhe drängten Washington, der IWF und die Weltbank Seoul seit 1986, endlich Importbeschränkungen abzubauen, Zollschranken zu senken und die Landeswährung (den Won) aufzuwerten. Im einzelnen beinhalten diese Maßnahmen:

- Lockerung der staatlichen Kontrolle über die Niederlassung internationaler Banken, mithin mehr Autonomie für die Geldinstitute;
- Internationalisierung des koreanischen Kapitalmarktes, das heißt erweiterter Spielraum für ausländische Investoren (z.B. auf dem Aktienmarkt);
- Liberalisierung der Einfuhrbestimmungen, also verstärkte Öffnung des Binnen-

DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur
Nr.6/Juni 1991

Demokratisierung in Afrika

Das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft? ▪ Die neue "Volks"-Republik Mosambik ▪ Massenbewegung setzt Sambias Staatschef unter Druck ▪ Nigerias Hürdenlauf in eine Zwei-Parteien-Diktatur
Kurden: Der Völkermord und das Versagen der UNO ▪ **Außerdem**: El Salvador, Rüstungsexporte

Nr. 7/Juli 1991

Naher Osten

Bilanz des Golfkrieges ▪ "Jetzt im Golfkrieg hat die PLO einen Fehler gemacht" ▪ Die Schiiten im Südirak ▪ Irak - Von der Hegemonialmacht zum imperialistischen Protektorat?
Frieden für **Angola**? ▪ **Südkorea** nach dem Sturm ▪ **Ökologie**: Weltpark Antarktis ▪ **Außerdem**: Südafrika, Türkei, Mexiko
40 Seiten, 4,50 DM
Probeabo: 3 Hefte für 10 DM; keine automatische Verlängerung
Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte

☐ ein DRITTE WELT **Probeabo** (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
☐ ein DRITTE WELT **Jahresabo**

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

marktes für ausländische Erzeugnisse;
- Zollsenkung und Verbesserung der Zahlungsbilanz, d.h. Abbau ihrer hohen Überschüsse sowie
- generelle Erleichterungen für ausländische Direktinvestitionen.

Als Folge dieser Richtlinien mußte Seoul seinen Unterstützungsfonds für Reis kappen und die massenhafte Einfuhr nordamerikanischer Agrarprodukte (vor allem Rindfleisch) zulassen — mit der Konsequenz, daß die Einkommen der ländlichen Erwerbsbevölkerung spürbar schrumpften und die Bauernwirtschaften mit durchschnittlich etwa 5000 Dollar verschuldet sind.

Im Zuge des (teils von den USA erzwungenen) Privatisierungsprogramms hat gerade unter den oberen Chargen des Establishments ,,die traditionell vorhandene Bestechlichkeit sehr zugenommen. Viele Politiker und Beamte sehen Bestechung als ihr ‚Recht' an. Die früher unter den Militärs streng kanalisierte und in Schach gehaltene Bestechung schlägt in jüngster Zeit über die Stränge" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.4.1991). Mit der Korruption häufen sich Umweltskandale. Im April mußten der Umweltminister Huh Nam Hoon und sein Stellvertreter demissionieren: Der Doosan-Konzern hatte binnen weniger Wochen zweimal mehrere Tonnen krebserregendes Phenol in den Naktong-Fluß eingeleitet, der etwa zehn Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt. Aufgebrachte Bürger boykottierten daraufhin Produkte der Doosan-Gruppe, darunter Coca-Cola und Elektrogeräte. Der Chef der Dossan-Electric legte wegen des Skandals seinen Vorstandsposten nieder.

Skeptisch beurteilen mittlerweile selbst staatliche Stellen wie das *Korea Development Institute* die wirtschaftlichen Perspektiven. Die Zeit zweistelligen Realwachstums sei passé, stattdessen prognostiziert das Institut im laufenden Jahr ,,nur" ein siebenprozentiges Wirtschaftswachstum. Dieses aber werde von einem weiteren Inflationsschub (1990: offiziell 8,6 Prozent; 1991: geschätzte 9,7 Prozent) und einer drastischen Ausweitung des Handelsbilanzdefizits von 2,4 (1990) auf etwa 4 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr begleitet. Neben der Drosselung des Preisauftriebs dürften sich die Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Deregulierung der von hohem Konzentrationsgrad gekennzeichneten Wirtschaftsunternehmen und Banken als schwierig erweisen. Überdies operiert Seoul heute in einem ungleich rauheren Klima. Nicht länger mehr kann es seine Wirtschaft generalstabsmäßig aufbauen und gleichzeitig großzügige Abnahmegarantien seiner billigen Exportprodukte auf dem nordamerikanischen und/oder von den USA dominierten Markt beanspruchen. Diese Anpassungsprobleme an externe Faktoren — erzwungene Marktöffnung, schleichende Rezession in den USA, wachsender Protektionismus in Japan und Westeuropa und verteuerte koreanische Arbeitskräfte im In- wie Ausland — sind nur beschränkt durch Seouls Engagement in Osteuropa und in der Sowjetunion zu lösen.

Als Billiglohnland hat Südkorea sein Flair eingebüßt; längst sind koreanische Firmen dazu übergegangen, arbeitsintensive Produktionsprozesse nach Südostasien auszulagern. An der ,,Heimatfront" selbst entstanden allein 1987 knapp 1400 neue (ausschließlich Betriebs-)Gewerkschaften, deren Zahl sich Ende 1989 auf insgesamt über 5000 erhöhte, von denen ein Fünftel als demokratisch verfaßt gilt. Heute sind ca. 20 Prozent der zehn Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, was in etwa dem Stand nach Ende des 2. Weltkrieges entspricht (der damalige freie Gewerkschaftsverband wurde bereits 1946 durch das US-gestützte Syngman-Rhee-Regime zerschlagen und ging später in der bis heute bestehenden *Federation of Korean Trade Unions* auf).

▶ Gewaltsamer ,,industrieller Friede" ◀

Trotz der in den letzten vier Jahren erkämpften Lohnerhöhungen von jährlich durchschnittlich knapp 15 Prozent betrug das Monatseinkommen (Grundgehalt plus Überstunden plus Bonusse) der ArbeiterInnen Ende 1990 434250 Won (ca. 1000,— DM). Zwischen Groß- und Kleinunternehmen gibt es allerdings ebenso große Schwankungen wie in den unterschiedlichen gewerblichen Sparten. So verdienen Arbeiter in Textil- und Schuhfabriken lediglich 700,— DM, wobei die Lebenshaltungskosten in etwa denen in der Bundesrepublik entsprechen. Mit Beginn dieses Jahres wurde der erst 1988 eingeführte gesetzliche Mindeslohn von umgerechnet 385,— DM auf 450,— DM angehoben.

Da nur durch Überstunden, Feiertags- und Nachtarbeit die hohen Lebenshaltungskosten halbwegs zu decken sind, nimmt es nicht wunder, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit mit annähernd 52 Stunden (gar über 70 Stunden in der Textil- und Holzbranche) und die Zahl der tödlich verlaufenen Betriebsunfälle (1990: 2236 Personen), weil es keine Arbeitsschutzbestimmungen gibt, noch immer weltweit an der Spitze sind.

Im Januar 1990 verabschiedeten die verantwortlichen Minister ,,Maßnahmen zur Verwirklichung des industriellen Friedens und zur Stabilisierung der Löhne". Neben der Einführung des umstrittenen Prinzips ,,Keine Arbeit, kein Lohn" bestanden diese Maßnahmen darin, die in Industrierevieren zusammengezogenen Geheimpolizisten von 163 auf 337 aufzustocken und 63 Kompanien der sogenannten *riot police* (Sondereinheiten zur ,,Aufruhrbekämpfung") dortselbst zu stationieren. Im April 1990 demonstrierten sie ihr Können: 2000 streikende Arbeiter der Hyundai-Werft in Ulsan wurden von 10.000 Polizisten aus der Luft, von der See her und vom Land aus angegriffen.

Bereits am 22. Januar 1990 hatte ein massives Polizeiaufgebot vergeblich die Gründung von *Chonnohyop (National Council of Trade Unions)*, des nach eigenen Worten ersten freien und demokratischen Gewerkschaftsdachverbandes seit dem Koreakrieg, zu vereiteln versucht. In *Chonnohyop* hatten sich etwa 200 000 Arbeiter aus 600 Gewerkschaften zusammengeschlossen. Neben Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Reformen der Arbeitsgesetze strebt *Chonnohyop* die ,,Stärkung der Allianz zwischen Arbeitern und allen demokratischen Kräften'' an. Die Regierung erklärte den Verband kurzerhand als ,,links-radikal und illegal'', ließ führende Funktionäre festnehmen und übte gezielt Druck auf die Mitgliedergewerkschaften aus. Die Folge: *Chonnohyops* Mitgliedschaft schrumpfte bis Januar 1991 auf 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in 450 Gewerkschaften. Staatliche Repression und das Gefühl, die Wirtschaft trudele in eine Krise, führten dazu, daß die 1990 registrierten Streiks auf 322 zurückgingen — im Vorjahr waren es immerhin noch 1 616 und 1987 gar 3 749 gewesen. Seouls martialisches Vorgehen gegen legitimen Dissens unter Arbeitern, Studenten und Teilen der Mittelschichten zeigt, wie weit das herrschende Regime von entfalteten bürgerlichen Verhältnissen entfernt ist. Anstatt außerökonomische Zwänge abzubauen und eine Zivilisierung des Politischen anzustreben, setzt Roh wie seine Vorgänger auf eine Militarisierung der Politik, was sich für das Land und die Gesellschaft bedrohlicher denn ,,die auf Recht und Ordnung herumtrampelnden radikalen Gruppen'' (Roh) erweisen dürfte.

▶ Vorerst bleibt die Nord-Süd-Mauer ◀

Kein Silberstreif am Horizont. Bis auf weiteres bleibt Korea das ,,Kellerkind'' der Geschichte: Langjährig von den angrenzenden Großmächten gebeutelt und von 1910 bis 1945 der brutalen Herrschaft des japanischen Militarismus unterworfen (u.a. wurden die Namen ,,japanisiert'' und das Sprechen der eigenen Sprache verboten!), organisierten die Koreaner mit Kriegsende ihre eigene Befreiung, um hernach von den USA nochmalig ,,befreit'', entlang des 38. Breitengrades gewaltsam geteilt und in einen mörderischen Bruderkrieg mit der 1948 gegründeten Demokratischen Volksrepublik getrieben zu werden.

Die Umwälzungen in Osteuropa und in der Sowjetunion und die dadurch eröffnete Chance einer raschen Vereinigung von Deutschland-Ost und Deutschland-West bleiben auf der koreanischen Halbinsel — bitter genug für die Bevölkerung in beiden Landesteilen — nahezu konsequenzenlos. Waren in der Vergangenheit ernsthafte Avancen in Richtung Wiedervereinigung wesentlich von Pjöngjang ausgegangen (Konföderationskonzept), so war es plötzlich Seoul, das sich im Aufwind wähnte und den Norden zu Verhandlungen drängte. Das Regime Kim II Sungs befand sich in der Defensive, wurde von nahezu sämtlichen einst eng mit ihm Verbündeten durch die Anerkennung Seouls brüskiert und zog seine Student aus Mittel- und Osteuropa kurzerhand ab. In Pjöngjang vermutete man ,,ideologische Kontaminierungen'' im Zuge von Perestroijka und intensivierte daraufhin die Kontakte zur VR China, was zuvor gemäß der *Juche*(Eigenständigkeits)-Ideologie und der erklärten Äquidistanz zu allen Anrainern abgelehnt worden war. Japan, das wie kein anderes Land in der Region die geballte Wirtschaftsmacht eines geeinten Korea (gute Ressourcenausstattung und effiziente Landwirtschaft im Norden; technisches Know-How und industrielle Potentiale im Süden) als möglichen Konkurrenten fürchtet und in beiden Koreas mit Haßliebe beäugt wird, willigte im Sommer 1990 trotz seiner engen Bande zum Süden in Gespräche mit Nordkorea ein. Dabei standen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Kooperation im Vordergrund, von der sich Pjöngjam auch politische Vorteile verspricht, indem Tokio als Scharnier für Kontakte zu den USA fungiert.

Als der chinesische Ministerpräsident Li Peng anläßlich seines Staatsbesuchs in Nordkorea (im Mai) signalisierte, sein Land werde die diplomatischen Bemühungen Südkoreas um Aufnahme in die Vereinten Nationen nicht blockieren, dürfte dies Pjöngjang zum Abschied von einem weiteren Tabu bewegt haben. Ende Mai verkündete es seinerseits den Entschluß, sich um die UN-Mitgliedschaft zu bemühen. Zuvor hatte es die Repräsentanz zweier Koreas in internationalen Körperschaften kategorisch abgelehnt und als Zementierung der Spaltung des Landes gebrandmarkt.

Derweil hatte mit Michail Gorbatschow im April erstmalig ein Staatsoberhaupt Südkorea besucht und gegenüber seinem Gastgeber Roh erklärt, Seoul über den Abschluß eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages hinaus u.a. mit fortgeschrittener ziviler Nukleartechnlogie (Schneller Brüter, Urananreicherung) zu beliefern. Sehr zum Ärger Nordkoreas, das Moskau laut Meldungen der japanischen Wirtschaftszeitung *Nihon Keizai Shimbun* jüngst wiederholt drängte, seine Nuklearanlage in Yongbyon, ca. 90 km nördlich von Pjöngjang, für Inspekteure der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu öffnen. In der Vergangenheit knüpfte Pjöngjan derartige Inspektionen an Bedingungen, mit denen es den Abzug der seit langem in Südkorea lagernden amerikanischen Nuklearwaffen erwirken wollte. Mitte Juni schließlich bestätigte das Seouler Außenministerium einen Bericht der südkoreanischen Tageszeitung *Dong A Ilbo*, wonach Nordkorea bereits mit dem Generalsekretär der IAEO, Hans Blix, übereingekommen sei, bis zum Herbst ein Abkommen über Sicherheitsstandards für Atomenergieanlagen auszuhandeln.

Liegen Nordkoreas Schwierigkeiten darin begründet, neue Allianzen zu schaffen und eine politische Isolierung zu unterlaufen, so sieht sich der Süden mit Umstellungsproblemen in Wirtschaft und Politik konfrontiert, was die seit Herbst letzten Jahres auf Ministerpräsidentenebene begonnenen (doch einstweilen ausgesetzten) gemeinsamen Konsultationen neuerlich auf unbestimmte Zeit vertagen wird.

War Korea bzw. der dort geführte Krieg das Alpha — der wiewohl ,,heißen'' Phase — des kalten Krieges, so könnte es auch dessen Omega werden. US-Präsident Reagan hatte während seines Südkoreabesuchs im November 1983 Nordkorea zum ,,Reich des Bösen'' und ,,Hort des internationalen Terrorismus'' gezählt. Im Fall der Sowjetunion ist dieses Verdikt längst zurückgenommen worden. Nicht aber im Falle Pjöngjangs. ■

Der Autor leitet seit Oktober 1990 das Korea Kommunkations- und Forschungszentrum im Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer (FDI), Osnabrück.

Südkoreanische Textilarbeiterinnen: ,,Unfaire Entlohnung''.

Die Karten auf den Tisch

Runder Tisch in der Sowjetunion

Ein Schlüsselproblem des sowjetischen Systemwechsels ist das Fehlen einer schlüssigen und pragmatischen Transformationsstrategie, die zugleich radikal, entschlossen wie auch realistisch ist. Die derzeitigen Steuerungsprobleme von Politik auf allen Ebenen, die politischen Orientierungsprobleme allerorten, das ungeklärte Nebeneinander von konstitutionellen und außerkonstitutionellen, ,,revolutionären'' Institutionen und Prozessen ist wesentlicher Ausdruck dieses wohl unvermeidbaren Mangels. In dieser Situation hat vor allem bei den sich demokratisch orientierenden Kräften eine Debatte eingesetzt, ob das Instrument des ,,Runden Tisches'', das unter teilweise anderen Voraussetzungen den Machtwechsel in den ostmitteleuropäischen Staaten begleitet und gefördert hat, auch unter sowjetischen Bedingungen geeignet sein könnte. Die hier in wesentlichen Auszügen nachgedruckte Debatte zwischen Vertretern demokratisch-zentristischer (nach sowjet. Koordinaten ,,linker'') Positionen gibt den Diskussionsstand wieder, auch wenn sie noch vor den russischen Präsidentschaftswahlen geführt wurde.

Gorbatschow zu Besuch in der Mongolei

Die Teilnehmer des „Runden Tisches'':
Volksdeputierter der RSFSR Leonid *Volkov*, der Redakteur der Zeitschrift „Dialog", Vladimir *V'junizkij*, der wissenschafliche Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Boris *Kapustin*, der Experte des Unterkomitees der RSFSR für Verbindungen mit gesellschaftlichen Organisationen, Pavel *Kudjukin*, Ko-Vorsitzender der Republikanischen Partei und Abgeordneter des Obersten Sowjet der RSFSR, Vladimir *Lysenko*, der stellvertretende Abteilungsleiter des Instituts für Internationale Wirtschaftliche und Politische Forschungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Arkadij *Lapshin*, der Vorsitzende des Unterkomitee des Obersten Sowjets der RSFSR für Verbindung mit gesellschaftlichen Organisationen, Lev *Ponomarev*. Gastgeber und Konferenzleiter war der politische Beobachter der Zeitung „Rossija" Alexander *Evlachov*.

Evlachov: Ich glaube, wir müssen versuchen, gemeinsam die Antworten auf die folgenden Fragen zu finden: Erstens, ob unsere Gesellschaft einen „Runden Tisch" braucht. Zweitens, wenn ja, wer soll daran teilnehmen und sind sie dafür vorbereitet. Drittens, worüber soll gesprochen werden und welches Hauptziel sollen diese Gespräche haben.

Lapshin: Die Situation ist, so glaube ich, nicht nur reif, sondern überreif dafür. Der Staat und Rußland befinden sich nicht einfach auf einer Stufe der Krise. Wie alle ernsthaften Analytiker sowohl bei uns und als auch im Westen glauben, müssen wir bereits über einen unkontrollierbaren Zerfall der Gesellschaft und des Staates sprechen. Dieser Zerfall berührt alle Lebensbereiche, alle Regionen, jeden von uns. Die Preiserhöhung vom 2. April bringt auch die Leute aus dem Gleichgewicht, die weit weg von der Politik waren. Wir sind in einer solchen Situation, wo uns ein eisernes Gesetz vorschreibt: nur die Anwendung von bestimmten politischen Maßnahmen eröffnet die Möglichkeit des Übergangs zu einer regulierbaren Krise. Nur von diesem historischen Punkt wäre dann die langsame Wiedererstellung von Wirtschaft, Politik und Kultur möglich.

Evlachov: Aber warum werden als Hauptbestandteil eines Antikrisenprogramms gerade „Runde Tische" und nicht andere bestehende Mechanismen und Institutionen genannt?

Lapshin: Die Erfahrung der osteuropäischen Länder zeigt, daß ein „Runder Tisch" dort genutzt wird, wo die alten Machtstrukturen kein Autorität mehr besitzen, wo sich eine breite Oppositionsbewegung formiert hat und wo eine Notwendigkeit besteht, gesellschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen, aber schon mit neuem politischen Inhalt. Warum können die höchsten Allunionsgesetzgebungsorgane keine Regierung der nationalen Eintracht und des Vertrauens anbieten? Auf diese Frage hat der führende bulgarische Jurist V. Vylkanov im Bezug auf die politische Situation im Frühling 1990 in Bulgarien gesagt, daß „die Nationalversammmlung politisch nicht mehr vollwertig ist". Die Ähnlichkeit mit unserer

Situation ist offensichtlich. Die Vertrauenskrise der heutigen Macht, die in ein massenhaftes Ignorieren jedweder Beschlüsse übergeht, ist ein Beweis für die gesellschaftliche Notwendigkeit einer radikalen Modernisierung. Der Übergang vom totalitären Regime zur Demokratie erfordert neue politische Mechanismen. Ein „Runder Tisch" erlaubt die Lösung der Quadratur des Kreises, wenn die Opposition so tut, als ob sie die Macht habe und die (Alt)Macht als besitze sie die Macht.

Evlachov: Dabei haben wir den Anschein erweckt genau diese Situation sehr oft auf verschiedenen Stufen der administrativen und national-staatlichen Gliederung des Landes.

Lysenko: Am Ende können weder Gorbatschow mit seiner Mannschaft, noch Ministerpräsident Pavlov mit seiner, ihre Politik durchsetzen, weil sie durch Rußland und andere Republiken blockiert werden. Auch Jelzin und Silaev können keine Reformen durchführen, weil das Zentrum genug Möglichkeiten aufbieten kann, um sie zu blockieren. Unter solchen Bedingungen soll ein „Runder Tisch" ein Gesprächs- und Kompromißmechanismus sein. Die Gefahr einer Explosion von Chaos, Anarchie und Kriegsrecht kann für uns alle sehr traurige Folgen haben. Währenddessen wird die Durchführung des „Runden Tisches" bei uns im Gegensatz zu Osteuropa durch verschiedene Faktoren erschwert, vor allem durch den Vielvölker- und polyzentristischen Charakter der Sowjetunion.

Es gibt 15 Republiken, die durch vielerlei nominelle Verbindungen miteinander verbunden sind. Neun von ihnen sind bereit eine Konföderation einzugehen und als souveräne Staaten engere Beziehungen zueinander aufzubauen. Einige sind bereit, einen Staatsvertrag zu unterzeichnen und eine Sowjetunion zu bleiben.

Ponomarev: Ich beobachte laufend, was sich in den Parteien und Bewegungen tut. Die Bewegung „Demokratisches Rußland" diskutiert die Idee des „Runden Tisches" schon seit Wochen und es ist bisher nicht klar, ob es darüber ein Abschlußdokument geben wird. Hätten die Ereignisse diese Revolutionsdynamik nicht gehabt, die wir anhand der wachsenden Streikbewegung sehen können, dann, fürchte ich, würden wir auch diesen Tisch nicht brauchen. Auch wenn der Präsident der UdSSR dafür wäre. Die Verlockung, einen revolutionären Weg zu gehen, ist zu groß. Ich bin kein Freund dieser Vorgehensweise. Sie ist sehr gefährlich, weil es sehr schwer sein kann, den Moment der Gesprächsbereitschaft nicht zu verpassen. Es gibt nur wenige Befürworter des Revolutionsweges, weil man weiß, daß dieser Weg zur Gewalt führt. Deswegen sollte man sich für einen „Runden Tisch" aussprechen, aber mit einer festen Tagesordnung: Übergabe der Macht an die demokratischen Strukturen, vorgezogene Wahlen des Präsidenten der UdSSR und anderer Machtorgane, vielleicht die Bildung einer interrepublikanischen Struktur, die dann die Rolle einer Interimsregierung übernimmt.

Kapustin: Der „Runde Tisch" ist, vielleicht die einzige Chance, aus der Sackgasse der derzeitigen Politik herauszukommen. Doch realistisch können wir darüber unterhalb der Unionsebene nur für Rußland sprechen. Das liegt in der Logik der Souveränitätsbestrebungen der Republiken und der Zusammensetzung der politischen Kräfte. Hauptziel des „Runden Tisches" soll nicht die Koordinierung der Wirtschaftsprogramme oder von Prinzipien des Staatsaufbaus sein, sondern die Eingewöhnung in die Politik, weil die bei uns noch nicht begonnen hat. Wir setzen die Politik nur mit dem Kampf um die Macht gleich, der bei uns wilde und grobe Formen annimmt. Die anderen drei Attribute der Politik: die Herausbildung und Übertragung der unterschiedlichen Interessen auf die entsprechenden Machtstrukturen, ihre Koordinierung und Aggregierung und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Entwicklungsrichtung, sind bei uns überhaupt nicht vorhanden. Die Aufgabe des „Runden Tisches" wäre dann die Vereinbarung über neue Wahlen zu den Staatsorganen aller Stufen auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems. Auf dem Tisch müssen folgende Ideen liegen: die Idee des Rechts- und Gerichtsschutzes für alle Parteien, Staatsgarantie für eine Mindestausstattung ihrer Aktivitäten (Zugang zu Druckereien, Papier und usw.). Außerdem müssen gleiche Bedingungen für die Aktivitäten der Basisstrukturen der Parteien vereinbart werden (entweder haben alle gleichen Zugang zu den Betrieben, oder alle haben keinen Zugang). Es müßte ein Dialog der demokratischen Linken mit der demokratischen Rechten bei Abtrennung der äußersten Pole geführt werden.

V'junizkij: Ich bin einverstanden damit, daß die Zeit für einen „Runden Tisch" reif ist, und daß er nicht als intellektuelle, sondern als politische Einrichtung nötig ist. Es gibt drei Kategorien von Teilnehmern: politische Kräfte, Berufsverbände und Republiken. Zu den lezteren könnte man dagegenhalten, daß es bereits einen Föderationssowjet gibt. Zu den zweiten könnte man sagen, daß bereits Verhandlungen laufen. Nur die ersteren sind noch nicht beteiligt. Die Machtorgane der Union wurden noch mittels einer Einparteienstruktur gebildet, die Republik- und die Lokalmachtorgane fast genauso. Heute sind wir schon weiter. Ein „Runder Tisch" würde eine Machttransformation ohne allgemeine Wahlen erlauben. Das ist sehr wichtig, weil wir unter den Bedingungen einer allgemeinen Apathie und Verbitterung Weimarer Verhältnisse bekämen. Grade die linken konservativen Kommunisten würden während der Markteinführung „Punkte sammeln". Aber ich bin mit Herrn *Kapustin* bezüglich der Beschränkung des Dialogs auf Republikstufe nicht einverstanden, denn das hätte keinen Sinn, wenn auf dem Unionsniveau alles beim Alten bliebe. Der 28. März hat gezeigt, daß der außerparlamentarische Druck auf seine Grenzen gestoßen ist. Wir waren an der Grenze, wo ein Schritt nach links oder rechts in einem großen Unglück hätte enden können. Wir brauchen einen „Runden Tisch" auf pragmatischer Grundlage und ohne ideologische Diskussionen.

Volkow: Wir können keinen „Runden Tisch" mit der Forderung nach Auflösung der alten Strukturen und damit nach Auflösung der UdSSR beginnen. Das wäre nicht nur juristischer Unsinn, sondern auch die Vernichtung der Legitimationsgrundlage des zukünftigen Verfassungsprozesses. Anders wäre es, wenn eine Koalitionsregierung mit einer gesetzgebenden Initiative zur Selbstauflösung des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets auftreten würde. Eine Regierung, die mit dem Einverständnis der Arbeiterbewegung als Ergebnis des „Runden Tisches" entstünde, könnte auch von Gorbatschow geführt werden. Das würde dann eine legale und kultur-rechtliche Transformationsgrundlage gewährleisten. Aber das ist ein Ideal, weil die Frage folgt: wie kann das unter Krisenbedingungen geschehen?

Vielleicht steht an erster Stelle nicht die Frage der Koalitionsregierung, sondern nach dem Unionsvertrag. Unklar ist auch die Frage der Zusammensetzung der Dialogteilnehmer. Sogar ein Teil der Bewegung „Demokratisches Rußland" ist gegen die Beteiligung von Parteien, die keine sozialen Interessen artikulieren können.

Evlachov: Wir haben die erste Diskussionsfrage, ob ein „Runder Tisch" möglich wäre, gestellt, aber ohne sie zu beantworten, reden wir schon über die Tagesordnung und die Zusammensetzung der Teilnehmer. Die Fragen hängen sicher zusammen. Man kann aber auch nicht ausschließen, daß der „Runde Tisch"-Vorschlag wieder, wie im Vorjahr, nicht „gehört" wird.

Lapshin: Ich habe die Rede von Gorbatschow im Föderationssowjet aufmerksam analysiert. Ich glaube seine Appelle an die Konsolidierung, die er gemacht hat, sind Zeichen in Richtung des „Runden Tisches".

Lysenko: Vor kurzem hat Präsidentenberater Shachnazarov auf einer Pressekonferenz erklärt, daß Gorbatschow zu solchen Verhandlungen bereit wäre. Aber das ist nicht alles. Nicht nur die demokratischen Kräfte, sondern auch der vernünftige Teil der KPdSU und der Unionsleitung sind daran interessiert, daß es nichtzur Verwüstung und dem Zusammenbruch des Landes kommt. Heute haben wir eine Patt-Situation, Gleichgewicht der Kräfte. Vor einem Jahr, als auf der Februarversammlung die Idee des „Rundes Tisches" zum ersten mal aufkam, haben wir darüber gelacht: mit wem sollte man sich an diesen Tisch setzen? Heute haben wir ein anderes Bild. Die Arbeiterbewegung ist zu einem Machtfaktor geworden, es hat sich ein Rat der Arbeitskollektive gebildet. Es gibt einen demokratischen Kongreß, der die größten Parteien der Republiken vereinigt und eine parlamentarische Konferenz. Diese vier Subjekte können die „Oppositionsmanschaft" bilden.

Kudjukin: Bei unterschiedlicher Parteizu-

OST-WEST informationen

werden herausgegeben vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz

UNSERE LETZTEN NUMMERN:

Nr.4/89:
OSTEUROPA - EIN ÖKOLOGISCHES PULVERFASS?
Berichte aus der CSFR, UdSSR, Polen, Ungarn, Slowenien.

Nr.1-2/90:
EIGENTLICH HABEN WIR GLEICHBERECHTIGUNG...
Zur Lebenssituation von Frauen in Osteuropa. Berichte aus der UdSSR, Polen, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, CSFR.

Nr.3/90:
LANDWIRTSCHAFT IM WANDEL
Texte aus der UdSSR, Polen, Jugoslawien, Ungarn, CSFR.

Nr.4-5/90:
OSTEUROPA NACH DEN WAHLEN
Analysen zur UdSSR, CSFR, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien.

Nr.6/90:
STALINISMUS - SCHULD UND SÜHNE
Texte zur Vergangenheitsbewältigung aus der UdSSR, CSFR, Rumänien, Jugoslawien, Albanien.

Nr.1-2/91:
OBDUKTION DES STALINISMUS
Geschichtsdiskussion in Osteuropa
Texte aus und über die Sowjetunion, Ex-DDR, Polen, Ungarn, Jugoslawien.

Nr.3-4/91:
VON DER KRISE IN DIE KRISE
Wirtschaft im Osten
Analysen aus Jugoslawien, Ex-DDR, Ungarn, CSFR, Gespräch mit Altvater, Mandel.

Doppelnummer: 4 DM, Jahresabo: 16 DM

Bestellungen bei:
OST-WEST-GEGENINFORMATIONEN
c/o Dezentrale für Alternativen
Prokopigasse 2/1,
A-8010 Graz, Österreich.

gehörigkeit zeigen die Teilnehmer dieser Runde doch eine ziemlich ähnliche Wissenschaftsposition. Aber es ist nicht alles so klar. Die Schärfe des Problems liegt darin, daß erstens die Subjekte des potentiellen „Runden Tisches" auf der Ebene der Republiken gewählt werden, aber der Problemknoten auf Unionsebene liegt. Zum zweiten waren in Osteuropa die Dialogteilnehmer Partei/Staat und zivile Gesellschaft und Ziel war es, den Staat zum Werkzeug der Gesellschaft zu machen und nicht umgekehrt. Bei uns ist dieses Ungleichgewicht viel stärker ausgeprägt. Mehr noch, es beschleunigt sich der Prozeß einer Politikverklumpung. Hier wären nicht nur die Erfahrungen Osteuropas wichtig, sondern auch Spaniens, wo 1976/77 eine Konzeption der Vertragsunterbrechung, die den Ausweg aus der Situation bei der Legitimierung des Prozesses auf der ganzen Länge gab, angewendet wurde. Die Osteuropäischen Erfahrungen haben auch negative Seiten. Es zeigte sich, daß der „Runde Tisch" ein Weg ist, wie sich die Kommunistische Partei von der Macht zurückziehen kann. Es gibt viele Argumente dafür, daß die KPdSU sich nur unter starkem Druck an einen „Runden Tisch" setzen wird. Aber der Druck darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern muß ein Mittel sein, um sie auf einen gesetzlichen Weg zu bringen. Beiden Seiten fehlt es an politischer Kultur. Es gibt eine übermäßige Personifizierung der Politik und die Unfähigkeit, zwischen politischen Institutionen und konkreten Personen wie z.B. Gorbatschow zu unterscheiden.

Evlachov: Das stimmt sicher. Das erste Beispiel eines „Runden Tisches" kam in Polen auf der Grundlage eines Dialogs mit dem selben Herrn Kicsak zustande, der als Innenminister früher seine späteren Dialogpartner verhaften ließ. Hier hat ein Tabula Rasa-Prinzip die Oberhand gewonnen, und beide Seiten haben sich die Hände entgegen gestreckt. Was die Auswahl der Teilnehmer aus den Republiken angeht, möchte ich *V'junizkij*, der sagte, daß sie sowieso im Förderationsowjet vertreten sind, widersprechen. Kann man Ter-Petrosjan in Armenien und Mutalibov in Azerbajdzan, der seine Autorität nur aus der auf dem Boden der Republik stationierten Armee bezieht, als gleichwertige Vertreter ihrer Bevölkerung bezeichnen? Deswegen sollte man die Teilnehmer aller wichtigen politischen Kräfte, hinter denen irgendeine gesellschaftliche Gruppe steht, vorsehen. Dasselbe kann man auch über die russischen autonomen Republiken sagen. Wir sind also übereingekommen, daß ein „Runder Tisch" in der heutigen Situation sinnvoll wäre. Wir sollten nun genauer die Tagesordnung, die Teilnehmer und die Gesprächsprinzipien abklären.

V'junizkij: Man müßte mit einem Antikrisenprogramm anfangen. Aber nicht nach dem Prinzip: Ein wenig von dem und ein wenig von jenem". Das haben wir schon als zusammengebasteltes Programm der „500 Tage" gesehen. Wir brauchen ferner eine Übereinkunft über das Prozedere und die Tagesordnung. Man sollte über einen negativen Konsens gehen, daß heißt: alles was keine Mehrheit findet, wird gestrichen. Das ist wichtig, damit kein Verdacht auf „Bolschevismus" aufkommt.

Kapustin: *V'junizkij* hat vorgeschlagen, im Dialog Programme zu beraten. Ein Programm kann jedoch wirtschaftlich sinnvoll, jedoch national und historisch ungeeignet sein. Es kann auch wegen „nicht passender" Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte unannehmbar sein. Deswegen schlage ich vor, zum „Runden Tisch" nicht auf Unionsebene, sondern auf der Regionalgrundlage zurückzukehren: Denn gerade dort werden die Leute in die Politik einbezogen.

Kudjukin: Ich bin insgesamt überzeugt: Der Ausnahmecharakter der Situation kann bewirken, daß die einzig richtigen Entscheidungen getroffen werden und daß Unwesentliches zurückgedrängt wird. Das betrifft auch die Frage einer Regierung des nationalen Vertrauens. Hier ist es erforderlich, Parteiemotionen auszuschalten, einen Schritt hinter schon errungene Positionen politischer Strukturierung zurückzutun und sich von einem einzigen Kriterium leiten zu lassen: Kompetenz. In der Regierung können sowohl Kommunisten wie Sozialdemokraten und Kadetten (konstitutionelle Demokraten) sein, aber nicht aufgrund ihres Parteibuches. Die Regierung muß überparteilich sein.

Lapshin: Das ist auch eine der unveräußerlichen Bedingungen des „Runden Tisches" selbst. Aber damit sein Mechanismus funktionieren kann, müssen auch andere Regeln beachtet werden. Das ist vor allem die Bereitschaft und die Absicht, der an den Verhandlungen teilnehmenden politischen Kräfte, einen politischen Kompromiß zu erreichen. Und das erfordert von den Teilnehmern ausreichende politische Kultur und den Verzicht auf ideologischen Populismus. Und schließlich: Das Paket der zu behandelnden Fragen muß die entscheidenden Probleme der Gesellschaft betreffen, von deren Lösung das Schicksal des Volkes abhängt. Die Auswahl ist klar: wie das Volk zu ernähren und anzuziehen ist, und wie die Sicherheit jedes einzelnen Menschen gewährleistet werden kann. ■

Aus: Rossija, Wochenzeitung des Obersten Sowjets der RSFSR, 27. April 1991.
Übersetzung: Boris Loifenfeld

RÜCKBLICK

ROSSANA ROSSANDA

20 Jahre auf der falschen Seite?

Zum Jubiläum von „il manifesto"

Ist es ein Zeichen von Sturheit oder von Stolz, wenn sich heute eine Tageszeitung in Europa im Untertitel immer noch als „kommunistisch" bezeichnet? Am 28. April dieses Jahres feierte die italienische Zeitung „il manifesto", „un quotidiano comunista" (eine kommunistische Tageszeitung), ihr nunmehr zwanzigjähriges Erscheinen. Wurde die Gründergeneration um Rossana Rossanda, Luigi Pintor, Aldo Natoli und Valentino Parlato vor zwanzig Jahren von der liberalen Öffentlichkeit (und den Parteikommunisten) als „Linksextremisten" abgetan, so gelten sie heute nur noch als „unbelehrbare Fossilien längst vergangener Zeiten".

Stand „il manifesto" tatsächlich zwanzig Jahre lang auf der falschen Seite der Geschichte und müßte deshalb spätestens heute in „postkommunistischer" Zeit das Erscheinen einstellen? Mit dieser Frage beschäftigt sich Rossana Rosanda in ihrem Kommentar, der in der Jubiläumsausgabe von „il manifesto" am 28. April 1991 veröffentlicht wurde.

1969 als wir mit einer Zeitschrift begannen und 1971, als *il manifesto* mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren zum ersten Mal als Tageszeitung erschien, standen wir inmitten eines heftigen Veränderungssturmes. Die Redaktion war klein, eine Verwaltung kaum vorhanden, aber unsere Motivation war riesig. Für uns stand die Revolution nicht vor der Tür, aber wir spürten, wie mitreißend der Fluß war, der in eine allgemeine Veränderung münden sollte.

Bis ungefähr 1976 war überall ein „revolutionärer Schub" zu spüren, der die faschistischen Reste in Europa beseitigen, die imperialistische Hegemonie in Lateinamerika zerschlagen und in Vietnam dem weltweiten Kapitalismus eine bittere Niederlage bereiten wollte.

Dann drehte sich der Wind. Um in den Jahren zwischen 1977/78 bis 1985/86 dem allgemeinen Trend zu widerstehen und die Zeitung weiterexistieren zu lassen, bedurfte es eines außergewöhnlich hartnäckigen Kollektivs. Der Veränderungsschub früherer Jahre hatte sich in Reue, Ernüchterung und Bitterkeit aufgelöst. Nichts veränderte sich mehr, und man hatte den Eindruck, die Geschichte dümpelte nur noch vor sich hin. Aber in diesen Jahren begannen auch bereits die später explodierenden historischen Ereignisse und Brüche wie in einem Hexenkessel zu brodeln. Eine Zeitung, erst recht eine, die sich kommunistisch nennt, lebt vom Orkan nun mal besser als von einem lauen Windchen.

Und heute? Wir wissen, es ist sogar mehr als ein Orkan gewesen, was sich in den letzten Jahren ereignet hat. Es war ein Erdbeben, ein Wirbelsturm, ein Tornado, die die Welt durcheinandergewirbelt haben. Die Ideen des Sozialismus sind nicht in einem glorreichen Kampf geschlagen worden, sondern durch eine Implosion des „realen Sozialismus". Diese Implosion war so heftig und gleichzeitig so verspätet, daß nicht einmal Antikörper überlebt haben, die fähig gewesen wären, wenigstens den schlimmsten Degenerationen standzuhalten.

Heute, 1991, sind wir da nicht mit einem zwar unordentlichen, aber doch üppigen Erwachen der Demokratie im Osten konfrontiert, das überzeugend mit siebzig oder vierzig Jahren der Geschichte aufräumt? Im Gegenteil, wir erfahren gegenwärtig, wie in dem Sumpf dieser Gesellschaften wieder die alten Gifte Nationalismus, Faschismus und Reaktion aufleben. Statt des *bürokratischen Sozialismus* blüht kein „normaler" Kapitalismus mit all seinen rohen und progressiven Seiten auf, dem selbst Marx noch einen revolutionären Charakter zusprach. Die Länder des ehemaligen *realen Sozialismus* sind nichts weiter als die wehrlose Beute eines kapitalistischen Raubzuges, der Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung und Völkerwanderung hinterläßt.

Zweihundert Jahre nach 1789 ist die Demokratie jetzt scheinbar nichts mehr als ein Symbol für Autorität, Ordnung und Markt. Auch Italien macht da keine Ausnahme. Der Staatspräsident will die Konstitution ändern, und alle fordern einen Abbau der Repräsentanz und eine Zunahme der Macht an der Spitze. Gefördert wird dieser Verfall der demokratischen Ideale in Italien noch durch eine kommunistische Partei, die sich innerhalb von nur zwanzig Monaten so gründlich selbst zerstört hat, wie es besser kein Feind von außen hätte erreichen können.

Wie könnt ihr euch angesichts all dieser Entwicklungen immer noch „Kommunisten" nennen, werden wir von allen gefragt. Einzugestehen, daß der Sozialismus diese Niederlagen erlitten hat, heißt aber für uns noch lange nicht, den Kapitalismus für unschuldig zu erklären. Die Intellektuellen, die dies behaupten, reizen nur zum Lachen.

Der Sozialstaat befindet sich doch deshalb in einer so tiefen Krise, weil Armut und Krankheit nicht absondern zugenommen haben. Und wenn die Länder der „Dritten Welt" keine guten Regierungen haben, ist damit doch der Kolonialismus noch nicht rehabilitiert. Vielleicht ist es ja eine Utopie, eine Gesellschaft der Freien zu wollen, aber damit reden wir doch nicht gleichzeitig einer Galeerengesellschaft das Wort. Und so könnten wir mit vielen Beispielen fortfahren, denen dann immer moralische, kulturelle und ethische Gegenpositionen entgegengehalten würden.

Aber um dieser Konfrontation willen lohnt es sich nicht, eine „kommunistische" oder besser, marxistische Tageszeitung zu machen. Wir arbeiten an und mit dieser Zeitung, weil weder die neoliberalen noch die vulgären marxistischen Interpretationen ausreichen, um die tiefen Brüche und Umwälzungen zu verstehen, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Ich sehe keine neuen glaubwürdigen Subjekte in der gegenwärtigen Gesellschaft, die die alten ersetzen könnten. Die großen Ideen werden zerredet. Es wird geklatscht statt diskutiert. Man redet nicht mehr von den Ausgebeuteten, geschweige denn von ihren Protesten.

Der Mensch ist entweder ein Unternehmer oder eine Ware — als Philosophie der Geschichte und als Ziel der sozialen Existenz reicht dies heute scheinbar aus.

Dieses ist tatsächlich eine verdeckte Form des *ideologischen Terrorismus*, dem sich eine autonome Zeitung und Gruppe mit kulturellen Wurzeln, wie wir sie haben, nicht anschließen kann. Vielleicht sind wir tatsächlich, wie man uns schon vorgeworfen hat, die Letzten, die an die Opfer denken. Aber würden wir es nicht tun, dann würden wir in derselben distanzierten Sprache vieler Politiker und Journalisten sprechen — nur etwas stilvoller vielleicht. Wir wären überflüssig.

Nicht wir, sondern die Menschen im Land sprechen nicht mehr. Sie sind mißtrauisch gegen alle geworden und stimmen deshalb einfach immer *dagegen* statt für etwas.

Und die Freiheit der Presse? In Italien sind von diesem demokratischen Ideal zwei große Unternehmensgruppen übriggeblieben, die über die Freiheit der Meinungen entscheiden.

Aber inzwischen quält man sich im Osten; und nicht alles, was da nach oben ans Tageslicht kommt, ist weniger gewalttätig als früher. In der Zwischenzeit sterben die Länder der „Dritten Welt" an Hunger oder belagern uns mit ihren unzähligen Mündern. Auch ein Schutzwall von Polizisten und Soldaten wird die Flüchtlinge nicht abhalten können, zu uns kommen zu wollen. Der Hexenkessel kocht jedenfalls und wird mit Schmerzen, Elend, Rassismen und Kriegen explodieren.

Eine Zeitung wie *il manifesto* muß daran erinnern, daß diese Konflikte im Rahmen dieses Systems nicht zu lösen sind und daß es schwer ist, eine freiere und gerechtere Welt zu schaffen. Aber ohne diese Erinnerung werden die Illiberalität und Ungerechtigkeit nur immer weiter wachsen. In diesem Sinne ist *il manifesto* heute nützlicher denn je.

Trotz aller Fehler, Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten registriert unser kleines Blättchen eine stete Zunahme an Lesern. Das sollte man auch nicht verschweigen. ■

Aus dem Italienischen mit Kürzungen übersetzt von Carl-Wilhelm Macke.

Antonio Gramscis „Gefängnishefte“ auf deutsch

Im Argument-Verlag ist jetzt der erste Band der deutschen Übersetzung von Gramscis Hauptwerk erschienen. Neun weitere sollen folgen. Vierzig Jahre nach der Veröffentlichung der ersten italienischen Ausgabe bekommt nun auch das des Italienischen nicht mächtige deutschsprachige Publikum die Möglichkeit, die ungekürzte und unverstümmelte Fassung eines Werks kennenzulernen, das nicht nur einen der sozusagen klassischen Bestandteile der kritischen Tradition Marx'scher Theorie, sondern eines der bedeutendsten Beiträge zur politischen Theorie und Philosophie überhaupt darstellt.

Zur Bedeutung Gramscis braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Sein Versuch, die historisch-materialistische Theorie von ökonomistischen Verkürzungen zu befreien, die Bedeutung kultureller und politischer Prozesse herauszuarbeiten und die Praxis handelnder Subjekte ins Zentrum gesellschaftstheoretischer Überlegungen zu stellen, ließ ihn zu einem der hervorragendsten Vertreter des „westlichen Marxismus“ werden. Die intensive Auseinandersetzung mit „bürgerlicher“ Theorie und Philosophie und die materialreiche Analyse neuer Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaften im zwanzigsten Jahrhundert (etwa seine Anmerkungen zu „Amerikanismus und Fordismus“) ließen seine Arbeiten zu einem der wichtigsten Beiträge in der Entwicklung einer kritisch-materialistischen Theorie von Gesellschaft und Politik werden.

Gramsci war Theoretiker und Politiker, Mitbegründer und einige Jahre Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens. Seine Texte sind von diesem Spannungsverhältnis geprägt, oft fragmentarisch und vielfach auf aktuelle Debatten und Auseinandersetzungen bezogen. Die Gefängnishefte, unter extrem schwierigen Bedingungen im faschistischen Zuchthaus geschrieben, sind keine systematische Abhandlung, sondern bilden eher eine Sammlung von Essays, die gleichwohl in einem übergreifenden theoretischen und analytischen Zusammenhang stehen.

Dieser fragmentarische Charakter, den die vorliegende Ausgabe weder zu glätten noch zu systematisieren versucht, macht die Lektüre zu keiner einfachen Angelegenheit. Das hat auch dazu geführt, daß Gramscis Werk als eine Art Steinbruch benutzt werden konnte, um mit einzelnen Textstücken höchst unterschiedliche theoretische und politische Positionen zu untermauern. Schon deshalb ist es ein großer Vorteil, daß nunmehr das gesamte Werk zugänglicher geworden ist. Dies betrifft nicht zuletzt die für Gramsci zentrale Kategorie der „societa civile“, ohne deren genaue Kenntnis mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ nicht so viel Schindluder getrieben werden könnte, wie es in der aktuellen Diskussion vielfach der Fall ist.

Gramscis Sprache ist schwer zu übersetzen. Das rührt auch daher, daß er keine theoretischen Schablonen anwendet, sondern sich zentralen Problemen und Zusammenhängen immer wieder neu und anders nähert, eigene Begriffe und Konzepte entwickelt. Eine Übersetzung wird daher selbst zu einem theoretisch höchst anspruchsvollen Unternehmen. Das ÜbersetzerInnenteam ist dieser Aufgabe mit beachtlicher Kompetenz gerecht geworden und mußte auf jeden Fall sehr viel mehr als die sonst übliche Arbeit investieren. Dem Suhrkamp-Verlag, der noch in den siebziger Jahren eine Herausgabe der Gefängnishefte plante, schien dieses Unternehmen später nicht mehr opportun. Die Zeiten hatten sich gewendet. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat eine finanzielle Förderung des umfangreichen Vorhabens mit dem Hinweis abgelehnt, den einschlägig Interessierten genüge der italienische Text. Dies ist ein markanter Hinweis auf den Zustand von „Kultur“ und „ziviler Gesellschaft“ hierzulande. Daß der kleine Argument-Verlag die Veröffentlichung allein unternommen hat, ist ihm hoch anzurechnen. Wenn auch der Preis nicht eben niedrig ist: die Anschaffung lohnt sich auf jeden Fall und — man sollte es in diesem Fall erwähnen — ist auch ein Akt notwendiger finanzieller Unterstützung.

JOACHIM HIRSCH

Antonio Gramsci
Gefängnishefte Bd. 1
Hrsg. von Klaus Bochmann, Argument-Verlag, Hamburg 1991, 194 S. und 94 S. Anhang. DM 46,— (Subskriptionspreis DM 37,—)

Die Geduld der Erde geht zu Ende

„Das Paradigma der Wirtschaft muß dem Paradigma der Ökologie weichen“ — das ist eine der Kernthesen von Vittorio Hösles Buch, dem Vorträge des Autors vom April 1990 in Moskau zugrundeliegen. Das Buch zeigt dreierlei. Erstens ist es überhaupt begrüßenswert, daß sich die akademische Philosophie in Gestalt eines ihrer jüngeren Vertreter mit der ökologischen Krise befaßt. Universalität und Komplexität dieser Krise fordern die philosophische Reflexion geradezu heraus. Es gehört daher zu den Krisensymptomen der Fachphilosophie, daß sie dieser Herausforderung in der Regel ausweicht. Hösle macht da eine erfreuliche Ausnahme. Zweitens — und auch das ist erfreulich — vermeidet der Autor weitgehend die Diffusität und Beliebigkeit, mit der sich Nicht-PhilosophInnen im Kramladen der philosophischen Ansätze und Paradigmen bewegen, wenn es darum geht, „die geistesgeschichtlichen Grundlagen der ökologischen Krise“ aufzudecken. Meistens ist Bacon schuld am Ozonloch oder doch Descartes oder womöglich schon Parmenides... Obwohl Hösles Ausführungen dazu von (vortragsbedingten? moskaubedingten?) Zungenschlägen dieser Art nicht ganz frei sind, vermeidet der prfunde Kenner Hegels und der Philosophiegeschichte doch weitgehend solche Reduktionismen und bietet einen relativ differenzierten Blick auf den Zusammenhang von westlicher Philosophie und den ökologischen Folgen des Projekts der Moderne. Drittens zeigt das Buch allerdings auch, wo die Grenzen selbst einer problembewußten disziplinär-philosophischen Blickweise auf die ökologische Krise liegen. Mit einer Abbildung dieser Krise auf die klassische Systematik der praktischen Philosophie ist es eben nicht getan.

Was Hösle hier entlang der Kapitel über Ethik, Ökonomie und Politik als Konsequenzen umreißt, erfüllt den im Titel angemeldeten Anspruch keineswegs. Die Etablierung der Natur als Rechtssubjekt, die Aufrichtung asketischer Ideale, die Anwendung des Verursacherprinzips, eine öko-soziale Marktwirtschaft und das Staatsziel Umweltschutz — alle diese vom Autor hauptsächlich bei Joschka Fischer und Ernst-Ulrich von Weizsäcker aufgegriffenen Lösungsvorschläge hätten des philosophischen Begründungsgangs kaum bedurft und bleiben bei ihm vage und ambivalent. Daran ist nicht allein die großteils konservative und altväterliche Argumentationsweise Hösles schuld. Auch die triviale Tatsache, daß man von überblickhaften philosophischen Vorträgen nun einmal kein ausformuliertes politisches Konzept erwarten kann, ist dafür nicht verantwortlich. Deutlich wird vielmehr, daß Philosophie den Sachverhalt „ökologische Krise“ nicht äußerlich voraussetzen kann — vor allem dann nicht, wenn sie, wie im Falle Hösles, den „objektiven Idealismus“ beerben möchte. Hösle jedoch läßt sich in eigentümlicher Wissenschaftsgläubigkeit die Phänomenalität „der“ ökologischen Krise durch diverse World-Reports einfach vorgeben und entnimmt „der“ Ökologie vor allem, „daß die Geduld der Erde zu Ende geht“ und wir die „objektiven Grenzen des Wachstums“ folgenreicher zur Kenntnis zu nehmen hätten. Hier berührt sich Hösles „Philosophie der ökologischen Krise“ mit der „Philosophie der Grünen“ von Manon Maren-Grisebach, die ansonsten ohne dessen philosophische Reflektiertheit auskommt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: wir brauchen eine Philosophie der ökologischen Krise — neben der ökologischen Umorientierung von Ökonomie, Politik, Ethik und den anderen Wissenschaften. Aber wir brauchen sie so, daß sie sich bereits auf der Ebene der Beschreibung der ökologischen Krise für zuständig erklärt und so das Terrain dieser Krise nicht den Wissenschaften allein überläßt. Und das heißt umgekehrt: daß sie Relevanz der Krisenphänomene für ihre Letzt- und Wesensfragen einsieht, diese zu transformieren bereit ist und die Alleinzuständigkeit für sie aufgibt. Hösles Kommuniqué ist keine Philosophie der ökologischen Krise, weil es keine Philosophie der sozialökologischen Krise ist.

FRITZ REUSSWIG

Vittorio Hösle
„Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge“
Beck'sche Reihe 432. Verlag C.H. Beck 1991. 151 S., DM 16,80

Das schwierige Thema Nationalsozialismus

In 17 Beiträgen auf ca. 240 Seiten beschäftigen sich Autorinnen und Autoren aus der Bundesrepublik, Australien, USA und Israel im Themenheft ,,Erinnern und Verweigern" der ,,Dachauer Hefte" mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den vergangenen 45 Jahren.

Einleitend stellen Wolfgang Benz und Barbara Distel, beide Herausgeber der ,,Dachauer Hefte", die im Auftrag des Comité International de Dachau (Brüssel) mindestens einmal jährlich erscheinen, fest: ,,Zu befürchten ist, daß das Unbehagen im öffentlichen Umgang mit der Erfahrung des Nationalsozialismus im Verweigern mündet. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die als Folge des Nationalsozialismus entstanden sind, könnte mit ihren neuen Problemen den willkommenen Anlaß dazu bieten. Das hieße aber, die historische Erfahrung des Nationalsozialismus wäre Episode geblieben.

Stellvertretend für alle Beiträge sollen hier die Ausführungen von Willi Dreßen, selbst stellvertretender Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, gewürdigt werden. Dreßen zeigt auf, daß die Verfolgung von NS-Verbrechen durch das Londoner Abkommen vom 8. August 1945 und das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 betreffend die ,,Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben" zunächst vorrangig in alliierten Händen lag. Etwa 5 000 deutsche Staatsangehörige wurden von den westlichen Besatzungsmächten wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, darunter mehr als 600 zum Tode. Mindestens 50 000 deutsche Staatsangehörige sind von den Siegermächten abgeurteilt worden.

Die deutsche Justiz selbst durfte nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 und nach Artikel 3 des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 der Besatzungsmächte vom 30. Oktober 1945 nur solche NS-Verbrechen verfolgen, die Deutsche an Deutschen oder an Staatenlosen begangen hatten. Mit dem sogenannten Überleitungsvertrag vom 5. Mai 1955, den die BRD mit den USA, Großbritannien und Frankreich abgeschlossen hatte, fielen dann endlich die letzten Schranken für die deutsche Justiz zur Verfolgung der NS-Verbrechen.

Der im Jahre 1957/58 stattgefundene ,,Ulmer-Einsatzgruppen-Prozeß" gegen den ehemaligen Polizeidirektor von Memel, der gleichzeitig als SS-Oberführer ein Einsatzkommando zur Massenerschießung von Juden im deutsch-litauischen Grenzraum befehligt hatte, führte schließlich auf Beschluß der Länderjustizminister und Senatoren zur Gründung der ,,Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen" (Zentrale Stelle), die ihre Arbeit am 1. Dezember 1958 in Ludwigsburg aufnahm.

Heute sind in der Zentralkartei der Zentralen Stelle über 1,4 Millionen alphabetisch und nach ,,Tatorten und Dienststellen gegliederte Karteikarten von Zeugen, Beschuldigten und sonstigen Personen enthalten, während in der Dokumentensammlung über eine halbe Million einzelner Dokumente über die NS-Zeit und über 500 Mikrofilme gelagert sind, die ebenfalls über eine eigene Dokumentenkartei zugänglich gemacht sind; Dokumentenmaterial, das der Forschung zur Verfügung steht.

Nachtrag, der in Dreßens Beitrag leider nicht zu lesen ist: Staatsanwalt Erwin Schüle, 1. Leiter der Zentralen Stelle, war ehemals selbst Mitglied der NSDAP und der SA.

ANTON MAEGERLE

,,Erinnern oder Verweigern — Das schwierige Thema Nationalsozialismus"
Dachauer Hefte, Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager
Heft 6, November 1990

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn

Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2
19,80 DM 224 Seiten

Europas ,,Neue Rechte"

Welche Zukunftaussichten hat das Ideologiegeflecht des ,,rechten Randes" in unserer Gesellschaft? Diese Frage stellt sich, wenn man das Buch ,,Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa" liest. Die Autoren Franz Greß und Hans-Gerd Jaschke (beide Universität Frankfurt), sowie Klaus Schönkäs (Gesamthochschule Kassel) möchten mit dem Buch eine wissenschaftliche Analyse in einem Forschungsbereich vorantreiben, welche zwar in den letzten beiden Jahren aufgrund aktueller Ereignisse in den Medien verstärkt in den Vordergrund getreten war, aber ein Stiefkind sozialwissenschaftlicher Arbeit darstellt.

Dabei gehen sie davon aus, daß ,,die Neue Rechte weder ein neuer Faschismus vor den Türen der Macht, noch eine gänzlich unbedeutende Sekte ist". Beispielhaft sei der Begriff ,,nationale Identät" genannt, welcher vor 15 Jahren von der ,,Neuen Rechten" geprägt wurde und heute bis in die Grünen hinein Verwendung findet und damit einhergehend ein gewisses Maß an neurechtem Denken. Dieser Prozeß der Neuformulierung der Rechten als theoretisches Projekt wird in dem Buch sachlich und gut nachvollziehbar dargestellt. Da die ,,Neue Rechte" ein Kind der ,,Alten Rechten" in allen Staaten war, ist die Detailgenauigkeit wichtig; eine ausführliche Bewertung und Diskussion fehlt hier leider. So bleibt zu hoffen, daß nun dieses Buch zur Diskussion heraufordert und weitere ähnliche Arbeiten folgen, zumal die ,,Neue Rechte" in Europa nicht nur — wie im Buch — auf Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik beschränkt ist. Besonderes Interesse in der Zukunft muß der Entwicklung in den osteuropäischen Staaten zukommen und daher wäre ein Folgeband wünschenswert.

RUDI MANGOLD

Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekäs:
,,Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa"
Westdeutscher Verlag, Opladen 1990
360 Seiten, kartoniert, DM 56,—

Dimensionen der Golfkrise

Eine Broschüre mit Beiträgen zur Analyse der ,,Krise am Persischen Golf" hat das Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer (FDI) im Februar 1991 im Rahmen seiner Script-Reihe herausgegeben. In dem Heft sind Beiträge versammelt, deren Argumentationen der Autor, Mohssen Massarrat, z.T. auch in *,,links"* vorgestellt hat. Als Beilage ist z.B. der Beitrag ,,Krieg der Kulturen" aus der März-Ausgabe vertreten. Aber die Broschüre geht über diese bisherigen Veröffentlichungen hinaus. Einleitend werden die Dimensionen der Golfkrise angesprochen. Sie ,,reichen weit über die Aggression eines Staates und deren Abwendung hinaus. Der Konflikt hat eine kulturelle Dimension (...). Angesichts reicher Ölreserven (...) gewinnt die Golfkrise auch eine qua Veränderung des Ölpreises sich vollziehende Dimenson der Ressourcenverteilung (...). Die Reduktion der Golfkrise auf die Souveränitätsfrage und die Ausblendung anderer Dimensionen des Konfliktes sind eindimensional und müssen zu Fehleinschätzungen führen." Weitere Themen des Heftes sind ,,Perspektiven für die Golfregion", ,,Verlierer und Gewinner", eine ungehaltene Rede an den Präsidenten der USA mit dem Titel ,,Vom Buschfeuer zum Steppenbrand" und ,,Koalitionen", die sich als Reaktion auf den Golfkrieg herausgebildet haben.

G.K.

Mohssen Massarat
,,Die Krise am Persischen Golf. Dimensionen einer Regionalkrise nach dem Ende der Bipolarität"
hrsg. vom Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer (FDI), Kommenderiestr. 41, 4500 Osnabrück, ISBN 3-9802658-0-3)500(

DIE AKTION
Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst

Ausgabe 76/78 = Zwischen den Kriegen. Wider die einstürzende Intelligenz: Einsprüche gegen die linken Kriegspatrioten u.a. 6.- DM
Drei Hefte zum Kennenlernen 10.-
verlegt bei Edition Nautilus
Hassestr.22 – 2050 Hamburg 80

GERALD PREIN / HEINZ SÜNKER

Anwalt der Subjektivität

Henri Lefebvre zum 90. Geburtstag

Angesichts der gegenwärtigen Weltlage, aktueller Debatten zu politischer Theorie, Gesellschaftstheorie und der Frage nach den Akteuren mag es fast wie eine Ironie der Weltgeschichte oder die von Hegel herangezogene „List der Vernunft" erscheinen, daß mit Henri Lefebvre der letzte Vertreter der 2. Generation des Westlichen Marxismus am 16. Juni dieses Jahres 90 Jahre alt wird. In seinem Werk, das über 60 Bücher und eine noch größere Zahl von Aufsätzen umfaßt, finden sich nicht nur die Widersprüche und Spannungen einer intellektuellen Biographie, die für dieses Jahrhundert als exemplarisch gesetzt werden kann, in seinem Werk, so zeigen die Autoren Prein und Sühnker, finden sich vielmehr auch — vergleichbar nur noch mit den theoretischen Anstrengungen Adornos — die Leitmotive, Denkfiguren und Argumentationen, die auch die gegenwärtigen intellektuellen und politischen Auseinandersetzungen wesentlich bestimmen.

Um mit dem Naheliegensten zu beginnen: Lefebvres Theorie der *mondialisation* versucht, die Analyse und Theorie eines politischen Weltsystems zu entwickeln. Er geht in diesem Zusammenhang von einer Verallgemeinerung, einer weltweit generalisierten Ausbreitung staatlicher Herrschaftsformen aus.

„Der moderne Staat, so sagen wir, generalisiert sich, mondialisiert sich. Jeder Staat trägt zwar seine eigene Geschichte mit sich, jeder Staat ist gleichzeitig jedoch (nur noch) ein Teilstück im planetaren Ensemblems, ein Glied in der Kette der Staaten (ein Mitglied der UNO)." (HL 1978a: 23)

Innerhalb dieses Prozesses der „mondialisation" entsteht eine neue, von Marx nicht vorhergesehene (Übergangs-)Form: Die „staatliche Produktionsweise" (mode de production étatique), innerhalb derer Staatskapitalismus und Staatssozialismus nur noch Sonderformen darstellen.

Mit dem Prozeß der „mondialisation" geht jedoch gleichzeitig das einher, was als Gegensatz zu einer realen Weltgesellschaft und Weltkultur zu verstehen ist, die (Re-) Etablierung von Nationalismen und Partikularitäten (vgl. schon HL 1988/1937). Theoretisch am eindruckvollsten formuliert wird dies von Henri Lefebvre durch die Aussage, daß sich das „Staatssystem" nicht widerspruchsfrei denken läßt und somit der Begriff der „Totalität" — in der Folge der Priorität von „Negativität" — immer auch auf die konfliktuellen Strukturen zu beziehen ist. (vgl. HL 1978a: 25)

Auch bei der zweiten aktuellen Problemlage, der Einschätzung der Entwicklungstendenzen und gesellschaftlichen Prozesse in Osteuropa, inbesondere insoweit es die UdSSR betrifft, sind Analysen Lefebvres in Erinnerung zu rufen. Er war der erste innerhalb der 2. Generation des Westlichen Marxismus, der mit theoretisch starken Argumenten und in einer radikalen Weise den Stalinismus als gesellschaftliche Realität und als Ideologie kritisierte.

Entscheidende Elemente seiner Kritik, die er seit 1936 (dem Jahr der Fertigstellung von Le matérialisme dialectique) formuliert hat, lauten: Es handelt sich um die Degeneration einer revolutionären Theorie, von Denken zu Ideologie, Religion, Dogmatismus — zusammengefaßt, um einen Niedergang zu einer „Weltanschauung"; es handelt sich um die Verkehrung des marxistischen Projekts in eine Doktrin des Staates: das revolutionäre Denken ist *„zu einer Herrschaftsideologie für industriell zurückgebliebene Länder erstarrt und hat sich dort mit den Forderungen nach Industrialisierung und Akkumulation vollgesogen"* (HL 1978b: 36; vgl. 37-53).

Mit dieser Debatte verbindet sich auch das dritte aktuelle Problem, die Frage nach den Möglichkeiten und der Perspektive des Projektes „Sozialismus". Im Jahre 1958 wird Henri Lefebvre aus der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgeschlossen. Später kommentiert er dies in einem Interview: *„Ich wiederhole (...), daß ich die Partei nach links hin verlassen habe, während die meisten Leute, die sie verlassen, dies nach rechts hin tun."* (HL 1975a, 98). Mit dieser Positionsbestimmung läßt sich verbinden, was für ihn - wie für andere Vertreter des Westlichen Marxismus - im Rahmen von Gesellschaftstheorie wie Politikkonzepten entscheidend blieb:

a) Aufgrund eigener Erfahrungen mit der Existenz oder den Nachwirkungen von Faschismus, Stalinismus, den Folgen von immer noch ungebrochener Kapital- oder leninistischer Parteiherrschaft steht das Interesse an einer grundsätzlichen Veränderung des Alltagslebens in Ost und West im Vordergrund, so daß es um die Revolutionierung des Alltagslebens geht, Veränderungen nicht einhergehen mit dem bloßen Ersatz einer herrschenden politischen oder ökonomischen Elite durch eine andere.

b) Die Forderung nach der Revolutionierung der Lebensweise, das heißt der kulturrevolutionäre Impetus, verweist auf ein zweites Interesse. Um die revolutionstheoretischen Implikationen der Marx'schen Kapitaltheorie, der Rede vom Kapital im allgemeinen, zu verdeutlichen und historisch-gesellschaftlich einzuholen, sind Form und Gehalt der Logik des Kapitalbegriffs „nach unten hin", zu den Erfahrungen zu verlängern, um so die positiven wie negativen Konsequenzen kapitalistischer Formbestimtheit und Formierungsversuche der konkreten Existenz von Individuen aufzuweisen.

Die Themen, um die es Lefebvre in seiner theoretischen und empirischen Arbeit geht, gruppieren sich um Fragen einer kritischen Lektüre und Weiterentwicklung der Marx' schen Werke, um die institutionelle Sklerose des bürokratisierten „Staatssozialismus",

um die Frage des Staates, um die Soziologie des urbanen und ländlichen Raumes, um eine Theorie der Zeittypen/der Rhythmoanalyse, um Linguistik, Logik und Dialektik und um die Kritik des Alltagslebens.
Die Kritik des Alltagslebens, die Darstellung und Kritik in einem ist, bildet dabei ein Zentrum der Bemühungen Lefebvres, weil sie den Ausgangspunkt für eine weitreichende Gesellschaftstheorie wie für empirische Untersuchungen darstellt. Um der darin eingeschlossenen Subjektperspektive, um einer Theorie der Subjektivität willen, plädiert Lefebvre für kulturrevolutionär begründete Veränderungen der gegenwärtigen Gesellschaft. Das heißt für ihn eine Auflösung der verdinglichten und verdinglichenden Strukturen des Alltagslebens.

„Der Philosoph muß achtgeben auf die Subjektivität; nicht auf eine spekulative Subjektivität: auf das Individuum. (...) Das Individuum kämpft gegen die Entfremdungen. (...) Die Totalität und der totale Mensch stellen sich nicht als unpersönliche Figuren dar, sondern als Grenzen im Unendlichen für das Individuum." (HL 1989/1959: 710).

Er verbindet so die den Westlichen Marxismus kennzeichnende praxisphilosophische Position mit der These von der historisch-gesellschaftlichen Notwendigkeit einer Entfaltung emanzipatorisch-menschlicher Bedürfnisse auf der Basis der drei Dimensionen „Bedürfnis - Arbeit - Genuß" (HL 1987: 447). Der Status der Kritik des Alltagslebens im Kontext des Lefebvreschen gesellschaftstheoretischen Ansatzes weist damit dem Alltagsleben eine zweifache Bedeutung zu. Zum einen handelt es sich im Anschluß an die praxisphilosophische Tradition um den Topos „Verwirklichung der Philosophie", der um die Frage nach den Realisierungschancen von Vernunft in der Geschichte kreist, und mit der Rede von der gesellschaftlichen Praxis bewußter Akteure noch allgemein beantwortet wird. Zum anderen konkretisiert Lefèbvre diese Perspektive, indem er, die sokratische Mäeutik — die Kunst der dialogischen Frage — nutzt und die Aufgabe stellt, *„der Alltäglichkeit zu helfen, eine in ihr anwesende-abwesende Fülle zu erzeugen"* (HL 1972: 31), d.h. den Virtualitäten des Alltagslebens zu ihrer Realisierung zu verhelfen.

Es geht ihm mithin um eine Rehabilitierung des Alltagslebens als dem Ort, *„in dem und ausgehend von dem die wirklichen Kreationen vollbracht werden, jene, die das Menschliche und im Laufe ihrer Vermenschlichung die Menschen produzieren: Die Taten und Werke. Die 'höheren' Tätigkeiten entstehen aus Keimen, die in der Alltagspraxis enthalten sind (...) Was in höheren Sphären der gesellschaftlichen Praxis entsteht oder errichtet wird, muß im Alltag seine Wahrheit beweisen. (...) Authentisch werden sie alle nur auf dieser Ebene"* (HL 1987: 298f).

In dieser Einschätzung verdichtet sich für ihn die Vorstellung von der Erforschung des Alltagslebens als „Leitfaden für die Erkenntnis der Moderne", da die Erkenntnis der heute globalen Gesellschaft ohne eine kritische Erkenntnis des Alltagslebens nicht möglich ist und sich in der Folge der „mondialisation" diese kritische Erkenntnis mit der der gesamten Gesellschaft verbindet (HL 1987: 353f). Daraus läßt sich letztlich sogar die These entwickeln, daß angesichts der gegenwärtigen Vergesellschaftungsprozesse diese Kritik des Alltagslebens die Kritik der politischen Ökonomie einschließt und sie zugleich übergreift (HL 1989/1959: 604).

Misere und Größe des Älltäglichen

Verkörpern die Virtualitäten den möglichen Reichtum des Alltagslebens, so sind sie auf gattungsgeschichtlich wie individuell anzustrebende und zu realisierende Vernunfts- und Freiheitschancen zu beziehen. Das Gegenteil hierzu bilden die dem spätkapitalistischen Vergesellschaftungsmuster inhärenten systemischen Zugriffsmechanismen, die von Lefebvre vor allem als Prozesse der Kolonisierung von Raum und Zeit dechiffriert werden. Auf die widersprüchliche Verfaßtheit des Alltagslebens ist auch der kategoriale Oberbegriff zu dessen Analyse und Beschreibung, „Ambiguität", bezogen (HL 1975: 14). Diesem zufolge ist das Alltagsleben zu beschreiben als „Ort der Begegnung und des Zusammenpralls von Repetition und Kreation" (HL 1987: 496), als Widerspruchsverhältnis „zwischen produktiver Aktivität und passivem Konsum, zwischen Alltäglichkeit und Kreativität" (HL 1974: 207). Dies findet sich wieder in der Misere und Größe des Alltäglichen (HL 1972: 55) und kann illustriert werden durch „Armut und Reichtum" (HL 1975: 331) so wie durch „Verkommenheit und Fruchtbarkeit" (HL 1972: 24).

Die umfassende Frage für eine Einschätzung des Alltagslebens innerhalb der gegenwärtigen historisch-gesellschaftlichen Konstellationen bleibt die nach befreienden Perspektiven im Kontext von Polarität, Mehrdeutigkeit und Mehrwertigkeit. Diese die Vergesellschaftungsproblematik enthaltenen Entwicklungen im Spätkapitalismus, den er als „bürokratische Gesellschaft des gelenkten Konsums" (HL 1972) definiert, faßt Lefebvre kategorial mit dem Begriff der „Alltäglichkeit" zusammen — in qualitativer Differenz zum „Alltagsleben", wo tendenziell noch Subjektivität verkörpert ist.

Utopie als Methode

Die Konsolidierung dieser Alltäglichkeit als defizienter Form des Alltagslebens ist ein Charakteristikum moderner Gesellschaften, die zu ihrer Etablierung und Aufrechterhaltung unterstützt werden müssen durch eine dreifache Bewegung: Diese stellt zum einen eine Vergesellschaftung in Form einer „Totalisierung der Gesellschaft" dar; bezogen auf die Subjektentwicklung bedeutet sie zweitens eine extreme Individualisierung und führt damit drittens zu einer Partikularisierung (HL 1978b: 340).

Gesellschaftstheoretisch und gesellschaftspolitisch ist es entscheidend, daß diese Etablierung der „Alltäglichkeit als verallgemeinerte Lebensweise" (HL 1975: 225) mit Prozessen der inneren Kolonisierung einhergeht, die auf der Zerschneidung von Lebenszusammenhängen beruhen und in der Tendenz zu Passivität und Nicht-Partizipation führen (HL 1975: 120f). Der Verlust von Subjektivitätspotentialen korrelliert mit dem Aufstieg eines Individualismus, der nicht mit der Verwirklichung von Individualität zu verwechseln ist, sondern im Privatismus und Atomismus bürgerlicher Existenz endet.
Alternativen werden denkbar aus dem Gegensatz einer Theorie des „totalen Menschen" zur Theorie der Entfremdung (HL 1975: 347), die auf der Ebene der Individuen und ihrer Beziehungen an eine Auflösung der Mythen des Alltags gebunden ist (HL 1975: 346). Den wesentlichen Bezugspunkt findet dieser Ansatz in der mäeutisch gewendeten Tradition der Philosophie als Frage nach dem Werden des Menschen und einem darin eingeschlossenen *„Gebrauch der Utopie als einer Methode der Erkundung des Möglichen"*. Diese Methode formuliert das Ziel ihres Gebrauches mit der Eroberung des Alltagslebens „durch die neuerliche Aneignung der in der Ästhetik entfremdeten, in der Politik verzettelten, in der Abstraktion verlorenen und vom Möglichen und Wirklichen abgeschnittenen Fähigkeiten" (HL 1978b: 115). Damit verbindet sich für Lefèbvre zugleich eine Kritik an den klassischen Operationen von Beweisführung, Induktion und Deduktion, die er durch den Begriff der „transduction" ersetzt, deren Bewegungsform er als vom Gegebenen und Wirklichen zum Möglichen voranschrietend darstellt (HL 1987: 373).

Wird diese Bewegungsform fundiert durch die Kritik des Alltagslebens, deren Gegenstand die Entfremdungen in Kultur, Produktion und Moral sind, so verlangt die Perspektive aufgrund des Interesses an einer „Aufwertung der Subjektivität" (HL 1978b: 27) und damit an Mündigkeit und Selbstverfügung, eine Reformulierung des „Politik-Begriffs", dessen Bedeutung als *„theoretische und praktische Erkenntnis des gesellschaftlichen Lebens in der Civitas"* (HL 1974: 229) die Reintegration von Politik, Ökonomie und Kultur auf einem historisch neuen emanzipatorischen Niveau gewährleisten soll. Die demokratie- und bildungstheoretisch orientierte Verteidigung von Subjektivität und das Insistieren auf einem Politikbegriff, der auf Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen abzielt, sind die Voraussetzung für Lefebvres Kritik an Apathie und Konformismus, als Symptome einer Situation, in der anstelle von autonomen Tätigkeiten „Haltungen" getreten sind. ■

Demokratie & Sozialismus

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage

Die politischen Umbrüche in den ehemals ,,realsozialistischen'' Staaten und das endgültige Scheitern zentralistischer Planungswirtschaft weisen von neuem auf die Notwendigkeit hin, die theoretischen Grundlagen einer radikaldemokratischen linken Politik zu diskutieren. Dabei wird die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus im Zentrum stehen. Wie sind die Prinzipien und Errungenschaften bürgerlich-formaler Demokratie zu bewerten? Welche Rolle und Funktion kann dem Markt in einer befreiten Gesellschaft zukommen?

Gleichzeitig mit der Implosion der realsozialistischen Bürokratie befinden sich auch die kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaften in einer Umbruchsphase, die es zu analysieren gilt. Was sind die Konsequenzen dieser Transformation für eine sogenannte Neue Weltordnung?

Diese Fragen betreffen die Rahmenbedingungen für eine am Ideal menschlicher Emanzipation festhaltende Politik und die Praxis der Neuen Sozialen Bewegungen.

In Fortführung der Tradition früherer Bloch-Tage wird auch die diesjährige Veranstaltung zum Thema ,,Demokratie & Sozialismus'' ein offenes Diskussionsforum der undogmatishen Linken und kritischen Öffentlichkeit sein.

Freitag, 8. Nov.:
Eröffnungsveranstaltung mit Vorträgen und Diskussion
Samstag, 9. Nov.:
Tagung der verschiedenen Arbeitsgruppen:
AG I: Utopie, Emanzipation & Sozialismus
AG II: Entmännlichung der Utopie (Vorbereitung Unabhängiger Frauenverband)
AG III: Demokratie & Sozialismus
AG IV: Sozialismus & Markt
AG V: Innere Veränderungen des Kapitalismus — Postfordismus oder Ende der Arbeitsgesellschaft?
AG VI: Selbstbestimmung und Menschenrechte im Mittleren Osten
Sonntag, 10. Nov.: Abschlußpodium
UnterstützerInnen: Sozialistisches Büro Offenbach, *links*-Redaktion, Unabhängiger Frauenverband Berlin, Redaktion TÜTE — Tübinger Termine, Fachschaft Philosophie der Ernst-Bloch-Universität Tübingen
Kontakt: Vorbereitungsgruppe Tübingen/Mathias Richter, Sigwartstr. 11, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/27321
Termin: 8. - 10. November 1991

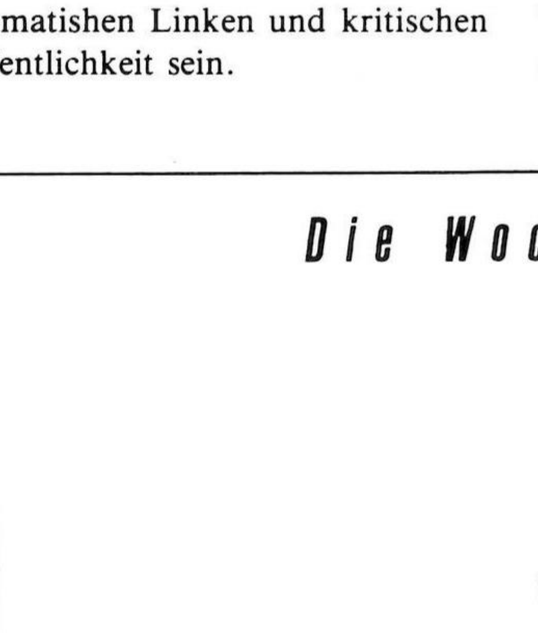
AG Spak: ,,Utopien und Perspektiven''

Die AG Spak lädt zum Sommerseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) in die Läufertsmühle nach Neckargerach ein. Die inhaltliche Gewichtung und der Ablauf der Arbeitsgruppe ist offen und wird von den Teilnehmenden selbst bestimmt. Wer sich über die gesamte Thematik des AG Spak-Sommerseminars ,,Utopien und Perspektiven'' informieren möchte, kann mit der Anmeldung gleichzeitig den Vorbereitungsbrief für 8,— DM bestellen. Die Teilnehmergebühr beträgt 145,— DM.

Information und Anmeldung bei:
Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51
Termin: 26. Juni bis 5. August '91

,,Verlust der politischen Utopie in Europa?

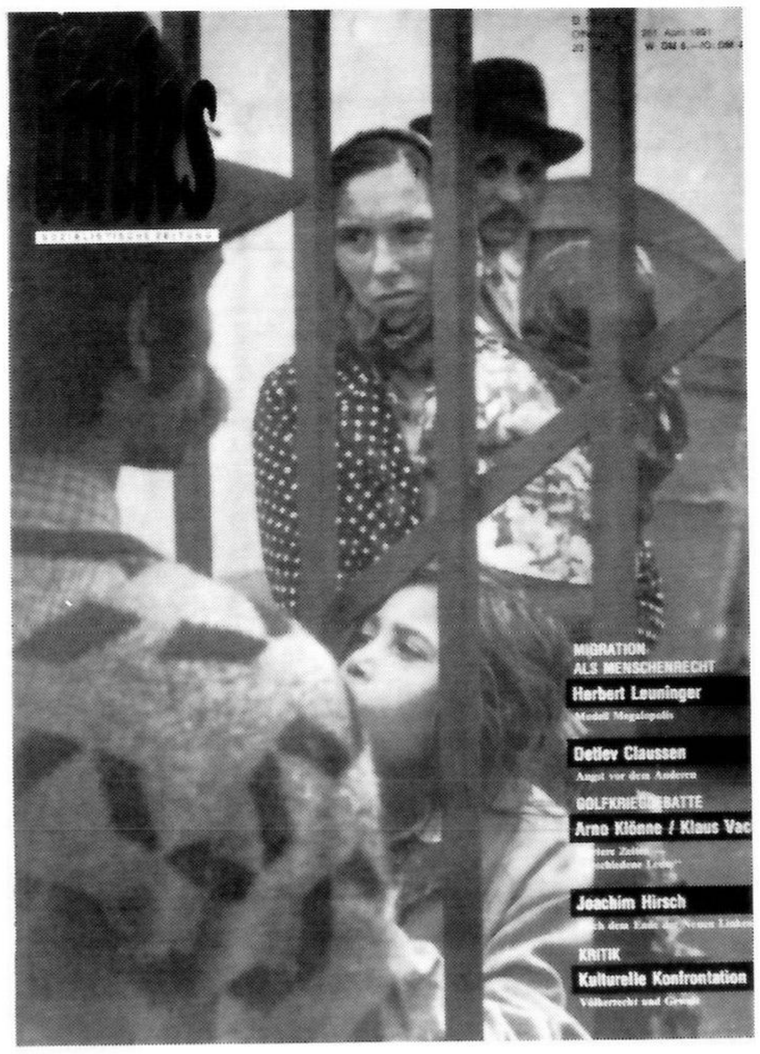
Unter diesem Thema plant die Sozialakademie Dortmund eine Internationale Tagung.Ziel der geplanten Tagung ist es, den unter Sozialwissenschaftlern entfachten Zukunftsdiskurs zugleich weiterzuführen, und einem breiteren Kreis zugänglich zu machen. Vier leitende Fragestellungen wurden ausgewählt:
1. Die Frage nach der zivilen Gesellschaft in Europa: Parlamentarische oder radikale Demokratie?
2. Die Frage nach einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.
3. Die Frage nach der Bedeutung eines soziokulturellen Wandels, der sich in Begriffen wie ,,Individualisierung'', ,,Feminisierung'', Entwicklung ,,neuer Lebensstile'' und ,,neue soziale Fragen'' ausdrückt.
4. Die Frage nach der Bedeutung ethnischer und nationaler Konflikte einerseits und den Chancen multikultureller Gesellschaften in Deutschland und Europa.
Termin: 9. - 11. Oktober '91
Anmeldung, weitere Informationen:
Sozialakademie Dortmund, Hohe Str. 141, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/12 60 59

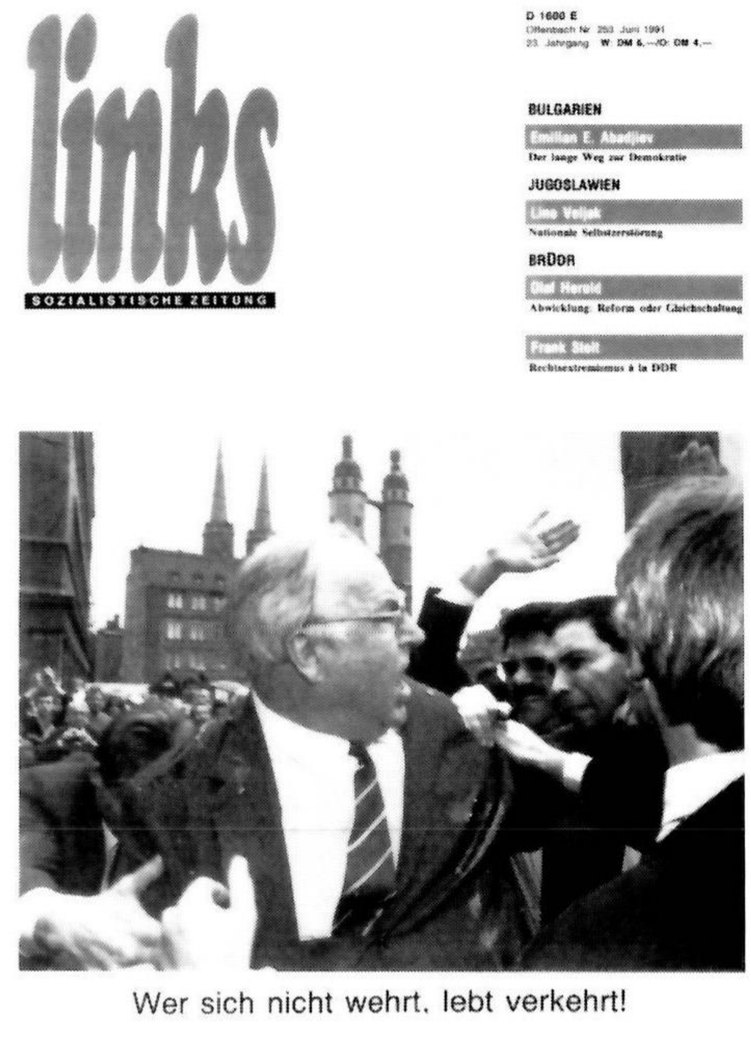
Die WochenZeitung
WoZ
WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen. bitte senden Sie mir vier Nummern gratis.
Vorname:
Name:
Strasse:
PLZ/Ort:
Einsenden an:
WoZ. Postfach. CH-8059 Zürich

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/6572538
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch





Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg und den Folgen, über das Flüchtlingselend der Kurden und die Problematik „Migration als Menschenrecht".
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name Vorname

Straße, Hausnummer PLZ u. Wohnort

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank Datum

Das Abo erhält:

Name Vorname

Straße, Hausnummer PLZ u. Wohnort

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

Stand: Oktober '90

WO DIE LINKS ZU BÜCHERLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Bu
Schlüterstr.
Petermann, Ge
Zeitschriftenver
Kurfürstenstr.
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demok.
Raum 105
Friedrichstr. 16
Bern
Münstergass Buchh
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarra.
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspieg
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordan
Bücherkiste Diekmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
egen
icherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
neider Buchhandlung
ostfach 303
tgart
handlung W. Niedlich
male Str. 9
& Wissen
tfach 10 28 44
gen
ndlung in
tenstraße
nstr. 20
pe —
hladen
asse 13
...laden am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7

Mühsal der Besten
„Woran arbeiten Sie?" wurde Herr K. gefragt.
Herr K. antwortete: „Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor."
B. Brecht

Zitate großer Denker werden gerne als Arbeitsmotto verwendet. Das obenstehende Zitat scheint wie gemacht für die linke Szene, obgleich von Arbeit und Mühe die Rede ist.

Doch sind es gerade die Irrtümer, die uns lebendig machen, wenn wir sie dialektisch verarbeiten.

Dazu bedarf es Information, die — so wird behauptet — reichlich zur Verfügung steht. Wir vom Anderen Buchladen sehen die unbegrenzte Verfügbarkeit von Informationen nicht als selbstverständlich gegeben an, vielmehr werden wesentliche, brisante Fakten von der Masse der Belanglosigkeiten und Beschönigungen erdrückt.

Doch scheinen selbst die etablierten Strukturen gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten mangels eindeutiger Begrifflichkeit nicht mehr als solche diskutierbar, denn die Komplexität des Phänomens „Gesellschaft" verlangt neue Beschreibungen, neue Worte. Wer macht sich die Mühe neuer Irrtümer?

Wir möchten mit unserem Buchladen-Sortiment Arbeitsmaterial für eine neue Grundlegung der Diskussionen mit philosophischen, sozialkritischen, ökonomischen, humanwissenschaftlichen Informationen bereitstellen. Wir sind der Meinung, daß wir politische Vorwärtsdenker unbedingt brauchen und verbreiten ihre Veröffentlichung in kleinen Verlagen mit Büchern und Zeitschriften, natürlich neben einem allgemeinen Sortiment. Der Buchladen gibt die Bücherlisten zu Lateinamerika heraus und stellt zweimal im Jahr wichtige Neuerscheinungen in der „aktuelles" vor.

Öffentlichkeit für Widersprüche soll auch ermöglicht werden durch Lesungen und Diskussionsveranstaltungen, die wir organisieren. Für andere Veranstalter stellen wir Büchertische zur Verfügung.

Leute, die auf dem Land wohnen, bekommen unsere Bücher auch gegen Rechnung zugeschickt.

Zweimal in Köln:

Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 40
Tel.: 0221/41 63 25

Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
5000 Köln 30
Tel.: 0221/52 05 79